

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



28. August 1982
Jg. 3 Nr. 18

G 7756 D Preis:
2,50

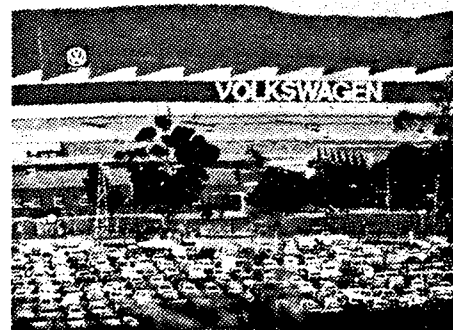
Schluß mit jeglichen Hilfen der BRD an die Junta!



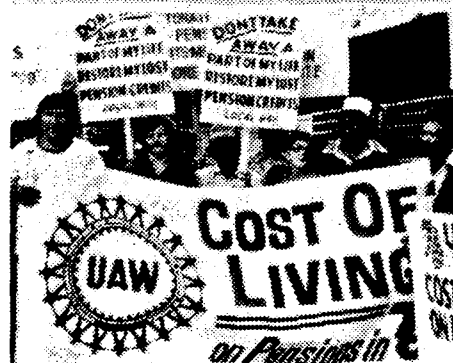
**Demonstration: Samstag, 11. September,
10.30 Uhr, Frankfurt – Paulsplatz**



Antikriegstag: Stahllexporte und Osthandel für den Frieden? Die Reaktion rührt eine trübe Suppe für Notgemeinschaft und Krieg! Seite 3



Kapitalexport: Neue Rekorde, „Dollarinvasoren gekontert“ Seite 9



US-Arbeiterbewegung: US-Kapitalisten haben den Elendsstandard ausgeweitet. Jetzt greifen sie die tariflich gesicherten Löhne an Seite 13

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Antikriegstag: Stahllexporte und Osthandel für den Frieden? Die Reaktion rührt eine trübe Suppe für Notgemeinschaft und Krieg! Seite 3

Schnellere Mobilisierung der Reservisten soll konventionelle Kriegsführung stärken Seite 4

Aufruf des DGB zum Anti-Kriegstag: Der Reaktion auf den Leim gegangen Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

DGB-Demonstration am 7.9.: Auftakt zu umfassenderen Aktionen? Seite 7

Privatisierungspläne: Reaktion greift die Existenz der ÖTV an Seite 7

11. September Türkei-Demonstration: Schluß mit jeglichen Hilfen der BRD an die Junta! Seite 8

Kapitalexport: Neue Rekorde, „Dollarinvasoren gekontert“ Seite 9

Einzelhandel: Umsatzkonzentration in wenigen Händen Seite 9

Lohnbewegung: Schlimm: Sozialchauvinistische Cliquenbildung im DGB Seite 10

Ausländer: Ausweisung wegen Bezug von Sozialhilfe ... Seite 11

Libanon: PLO ungeschlagen — Israels Krieg geht weiter Seite 12

US-Arbeiterbewegung: US-Kapitalisten haben den Elendsstandard ausgeweitet; jetzt greifen sie die tariflich gesicherten Löhne an Seite 13

Der „Schmelztiegel USA“ ist ein brutales Völkergefängnis Seite 14

Die Ausbeutung der Frauen durch die US-Kapitalisten ist schändlich Seite 16

Langjährige Lohnsenkung, Zunahme der Niedriglöhner und der Besserverdiener Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Daimler-Benz-Teststrecke: „Es geht immer noch darum, die Teststrecke zu verhindern“ Seite 19

IG Metall: Lohnrahmentarifvertrag wird neu verhandelt Seite 19

Krankenpflegeausbildung: Die Forderungen der ÖTV sind angeblich „ausbildungshemmend“ Seite 20

Startbahn West: Militärische Bedeutung wird immer offensichtlicher Seite 21

Ausländer: Klinikchef untersagt Behandlung Seite 21

Strafvollzug: Freigängerstatus mit unwürdigen Sklavenarbeitsverträgen Seite 22

Tarifrecht für Strafgefangene Seite 23

Schleswig-Holstein: Neue Deiche in alter Tradition Seite 23

CSU: Gesundheitspolitischer Kongreß Seite 23

Gewerbeaufsicht: Demagogisch in Sachen Gesundheitsschutz Seite 24

Sinti: Polizeirazzia auf dem „Landfahrerplatz“ Seite 24

P&S Strukturbereinigung: Eine Stadt soll veröden, damit die deutsche Stahlindustrie groß wird Seite 25

Vorstandsvorsitzender: „Ich habe das Beste gemacht für den Einsatz des Kapitals“ Seite 26

Stichwort: Stahlwerke P&S Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Großbritannien: Erste Anwendung von Thatchers Antistreikgesetz Seite 29

Belgien: Haushalt 1983: Raubzug gegen die Arbeiter ... Seite 29

Dänemark: Kampf gegen organische Lösungsmittel Seite 30

Italien: Folterungen in Polizeikasernen Seite 30

Angola: Erneute Überfälle durch südafrikanische Truppen Seite 31

Dominikanische Republik: Sklavenarbeit auf Zuckerrohrplantagen Seite 31

Türkei: Millionenfache Ruinierung der Bauern bewirkte die Landwirtschaftspolitik Seite 32

Dokumente aus dem Kampf der Kurden Seite 32

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

Kamikaze 1989: Der Polizeileutnant mit Gewissenswurm — ein spannender Kriminalfilm ist das nicht Seite 34

Bud Spencer und die Moral Seite 34

Polnische SF: Fromm und langweilig? Seite 34

Ein Dokument aus dem Kampf der PLO Seite 35

Unesco-Weltkulturkonferenz: Mehrheit gegen die Vernichtung des palästinensischen Volkes Seite 35

Kirchentag: Gerechtigkeit Gottes und Schläue der Pfaffen Seite 35

Computergestützte Produktion: Keine Humanisierung des Arbeitslebens Seite 37

Kapitalistenangriff auf große Belegschaften Seite 38

Stahlexporte und Osthandel für den Frieden? Die Reaktion rührt eine trübe Suppe für Notgemeinschaft und Krieg!

Die Bourgeoispropaganda hat angesichts des Stahlkriegs EG-USA und des Reaganschen Versuchs eines Röhrenembargos Gefahren für die deutsche Wirtschaft ausgemacht. Der „Spiegel“ schrieb am 16. August: „Die Exporte, bislang einzige Hoffnung in der düsteren Konjunkturlage, lassen nach ... Zu allem Überfluß droht ein Handelskrieg, den Reagan in seinem Kreuzzug gegen den Kommunismus anzettelte, auch die Geschäfte zwischen Europä-

als die USA. Gerade die jüngsten CDU/CSU-Drohungen gegen Polen (siehe Pol. Ber. 17/82, S. 3–5) beweisen das Gegenteil. Sondern weil sie ihre eigene Ausgangsposition für einen Übergang zu handfesteren Drohungen gegen die Staaten des Warschauer Paktes verbessern wollen, um *selbst* die Hauptbeute zu machen. Dazu brauchen sie auch: Zeit. Zeit, um die „sicherheitspolitische Zusammenarbeit“ in der EG zu einem regelrechten Mili-

Plackerei in den Fabriken zu steigern und so die benötigte Schlagkraft zu gewinnen. Alles unter dem Vorwand der „Sicherung der Arbeitsplätze“, denn sichert der Export etwa keine Arbeitsplätze? Und sichert der Osthandel etwa nicht den Frieden in der Welt?

Das Gegenteil ist der Fall. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres steigerten die BRD-Imperialisten ihre Warenexporte erneut um 15%. Der Hauptteil dieses Exportzuwachses entfiel dabei auf die Kapitalisten in der Investitionsgüterindustrie. Sie steigerten die Exporte sogar um 21%. In der gleichen Zeit entließen diese Kapitalisten in der Metallindustrie weiter. Sie senkten die Zahl der von ihnen ausgebeuteten Arbeiter von 3,075 Mio. im Durchschnitt des Jahres 1980 auf 2,907 Mio. Entlassung von 168.000 Arbeitern bei Exportsteigerung um 21%: Arbeitsplatzsicherung durch Exporte?

In Wirklichkeit verschaffen ihre Warenexporte den BRD-Imperialisten gerade die Profite, mit denen sie in der BRD die Ausbeutung verschärfen und die militärische Aufrüstung vorantreiben können. Und so wie die Lohnsenkungen und Entlassungen der letzten Jahre den BRD-Imperialisten ihre jetzigen Exporterfolge ermöglichten, so werden sie auch weiterhin Lohnsenkungen und noch mehr Schufterei, noch mehr Entlassungen zu erzwingen suchen, um künftige Exporterfolge vorzubereiten.

Zudem verschaffen diese Expansionsfeldzüge ihnen den Zugriff auf fremde Märkte, auf fremde Rohstoffreserven, sie erlauben, die Kreditschlinge fremden Staaten, insbesondere denen der Dritten Welt und des COMECON, enger um den Hals zu ziehen.

Auch der „Osthandel“ ist keineswegs Ausdruck westdeutscher Friedfertigkeit. Von Anfang an ging es den BRD-Imperialisten dabei um Einmischung in diese Länder, um die Schaffung von Erpressungsmöglichkeiten und Abhängigkeiten. Haben sie nicht jahrelang unter der Losung der „Entspannung durch friedlichen Handel“ der polnischen Regierung Kredite geliehen, die polnische Zahlungsunfähigkeit planmäßig herbeigeführt? Und nutzen sie nicht jetzt diese Zahlungsunfähigkeit aus, um erneut ihre revanchistischen Forderungen auf polnisches Territorium vorzubringen?

Noch nie hat die Ausweitung des Handels mit anderen Staaten die Impe-



Die AEG, „jenes weltumspannende Sinnbild deutschen Erfindergeistes“ (Spiegel), soll zu einem reinen Rüstungskonzern saniert werden. Die Generale wird's freuen. Links: CDU-Wirtschaftssenator Pieroth in Westberlin.

ern und Amerikanern empfindlich zu stören.“

Und noch Gefährlicheres droht: ein Angriff auf die Entspannungspolitik, auf den Frieden, und auf bundesdeutsche Souveränität! Denn der Reagansche Embargoversuch hat einen Vorläufer. Im Dezember 1962, zwei Monate nach der Kuba-Krise, zwangen die US-Imperialisten ihre NATO-Verbündeten, ein Verbot sämtlicher Röhrenexporte in die UdSSR einzuführen, da diese „strategische Güter“ seien. Damals konnten die US-Imperialisten sich durchsetzen, das Embargo blieb bis 1966 in Kraft. Heute jedoch fühlen sich die westeuropäischen Imperialisten in der EG stark genug, ihre eigenen Pläne zu verfolgen. Diese aber sehen vor, die wirtschaftliche Infiltration und Zersetzungsarbeit in den Staaten des Warschauer Pakts fortzusetzen. Vorerst. Nicht, weil die westeuropäischen Imperialisten friedfertiger sind

tärbündnis auszubauen, und: um noch mehr zu rüsten.

Also tönt der bundesdeutsche Sirenengesang: Die deutsche Stahlindustrie ist bedroht! Gefahren für den deutschen Export, für deutsche Arbeitsplätze und für den Frieden! Und wie immer, wenn es um Gefahren für den deutschen Export geht, fühlt sich Eugen Loderer vom Vorstand der IG Metall angesprochen. In der „Metall“ vom 11.8. verkündete er seine entschiedene Gegnerschaft gegen „Boykottaufrufe und Embargos“ und sah „ernsthafte Gefahren“ im Falle eines Scheiterns des Erdgas-Röhrengeschäfts „gerade für die Arbeitsplätze“ voraus.

Die BRD-Imperialisten werden seine Worte mit Freude vernommen haben. Schließlich wollen sie sowieso Stimmung machen für eine Notgemeinschaft zwischen Lohnabhängigen und Kapitalisten, um den Lohnstandard weiter zu senken, die Schufterei und

Schnellere Mobilisierung der Reservisten soll konventionelle Kriegsführung stärken

Die Bundesregierung hat am 5.8. 1982 dem Bundestag den „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wehrrechtes und des Zivilrechtes“ zugeleitet. Beabsichtigt sind Gesetzesänderungen, die eine schnellere Mobilisierung der Reservisten bei Alarm und Krieg bewirken sollen. Änderungen der Meldebestimmungen, hauptsächlich die routinemäßige Übermittlung der Daten aller männlichen Deutschen zwischen 18 und 32 Jahren, sollen die Kreiswehrratsämter in den Stand versetzen, die Wehrpflichtigen jederzeit ohne Zeitverlust durch Rückfragen bei anderen Behörden einziehen zu können. Um die künftig zur Verfügung stehende Zahl von Berufs- und Zeitsoldaten sicher einplanen zu können, sollen Gesuche um vorzeitige Entlassung unterdrückt werden. Zwar winkt die Regierung damit, daß ein gesetzlicher Anspruch begründet werden solle, gleichzeitig gestaltet sie die Bedingungen so, daß ein lohnabhängiger Soldat sich die vorzeitige Entlassung nicht leisten kann. In dem Fall soll er nämlich seine Ausbildungskosten zurückerstatten, Beträge bis zu 100000 DM (Luftfahrzeugführer).

Mit dem geplanten Gesetz soll die Nachdienpflicht erweitert werden. Nicht nur das Absitzen von Strafrest und Jugendstrafe fällt dann un-

ter die Zeiten, die nachgedient werden müssen, sondern auch Untersuchungshaft.

Bekannt sind die Pläne von Verteidigungsminister Apel, den Grundwehrdienst um drei Monate zu verlängern und den Dienst von Frauen als Sanitätspersonal auszuweiten. Darüber hinaus hat die Gesellschaft für Wehrkunde in ihrer Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ allerhand Konzepte zur stärkeren Heranziehung von Reservisten ins Spiel gebracht.

Lothar Domröse, Generalleutnant und Stellv. Chef des Stabes des Oberkommandos der Verbündeten Streitkräfte Europa, will unter dem Stichwort „Arbeitsteilung zwischen Landstreitkräften“ mehr Reservebrigaden aufstellen und die Verfügungsbereitschaft verlängern, ohne die verhaßte Verlängerung des Grundwehrdienstes durchsetzen zu müssen. An diesen sollen sich zwei Stufen der Verfügungsbereitschaft anschließen. Während ihrer Dauer und später soll die Zugehörigkeit zu einer Einheit und einer Stammkompanie erhalten bleiben, in der jeder Jahrgang in der gleichen Struktur und Bewaffnung ausgebildet wird. In Wehrübungen wird der Reservist an den neuesten Stand „seiner“ Kompanie angepaßt. Während der Verfügungsbereitschaft I muß der Reservist darauf vorbereitet sein, sich binnen 48



Abmarsch in zweieinhalbjährige Verfügungsbereitschaft nach dem Grundwehrdienst?

Stunden auf bloße Weisung des Verteidigungsministers auch ohne Mobilmachung bei seiner Einheit zurückzumelden. Im Anschluß blüht ihm für 15 Monate die Verfügungsbereitschaft II. Unterlaufen wird damit der „Friedens“-umfang des Heeres der Bundeswehr von 340000 Mann, da sehr schnell etwa dreimal so viele Soldaten eingesetzt werden könnten.

Oberstleutnant Reinhold Kremer sorgt sich um die Ausfallquoten bei Wehrübungen. Zwei Drittel treten dazu nicht an. Da lobt er sich die härter durchgreifende Schweiz: „Die Tatsache, daß die Wehrmänner in der Schweiz demnächst selbst über Weihnachten und Silvester mit Einberufungen zu Wehrübungen rechnen können

rialisten friedfertiger gemacht. Gerade die deutsch-polnischen Beziehungen sind dafür ein gutes Beispiel. Eines der ersten Handelsabkommen, die die deutschen Faschisten nach ihrem Machtantritt 1933 mit anderen Staaten abschlossen, war ein Handelsvertrag mit Polen! Am 7.3. 1934 unterzeichneten die deutschen Faschisten diesen Handelsvertrag, nachdem sie am 26.1.1934 einen Nichtangriffspakt mit Polen abgeschlossen hatten, um „eine neue Phase in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und und Polen einzuleiten“. Fünf Jahre später folgte der Überfall. Nicht besser erging es den Staaten des Balkan. Auch mit ihnen hatten die deutschen Imperialisten erst Anfang der 30er Jahre neue Handelsverträge abgeschlossen. Dieser „friedliche Handel“ hatte den Appetit der deutschen Imperialisten erst richtig geweckt.

So wundert es dann auch nicht, wenn der „Spiegel“ in seiner jüngsten Ausgabe trocken feststellt: „Ein drohender Stahlkrieg zwischen den USA und Westeuropa sowie die amerikanische Embargo-Politik gegen den für Westeuropa wirtschaftlich immens

wichtigen Handel zwischen Ost und West bringt die Grundlage der westlichen Verteidigung in Gefahr. Ohne wirtschaftliches Wachstum kann man nicht mehr Geld für Soldaten und Waffen ausgeben.“ Und, für den „Spiegel“ eine Selbstverständlichkeit: Ohne eine expandierende westdeutsche Stahlindustrie, die ihre überschüssigen Kapazitäten durch Exporte in die USA, durch Beherrschung des EG-Stahlmarktes und durch Röhrenexporte in die UdSSR nutzt, keine schlagkräftige Basis einer westdeutschen Rüstungsindustrie!

Die westdeutschen Lohnabhängigen haben wirklich keinen Grund, sich von den Kapitalisten in eine kriegsvorbereitende „Notgemeinschaft“ zwecks Sicherung der westdeutschen Exporte und angeblicher Sicherung von Arbeitsplätzen, Handel und Frieden in der Welt einwickeln zu lassen. Zumal die aggressiven Absichten der BRD immer deutlicher zutage treten. Drei Wochen ist es her, daß Verteidigungsminister Apel seine Pläne zur Ausdehnung der Wehrpflicht ab 1984 auf mindestens 18 Monate und zwecks Rekrutierung von 25000 Frauen zur Bundes-

wehr in den nächsten Jahren veröffentlichte. Am 5.8. legte Apel einen Gesetzentwurf vor (siehe auch Kasten S. 4), der die Bild-Zeitung zu der begeisterten Meldung veranlaßte: „Junge Männer können künftig schon mit 17 Jahren zur Bundeswehr. Das sieht ein Gesetzentwurf von Verteidigungsminister Apel vor. Wer keine Lehrstelle findet, keinen Studienplatz hat oder arbeitslos ist, kann dann die Zeit bei der Truppe überbrücken.“ Wenn das keine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist! Hier schließt sich der Kreis: Die Reaktion strebt eine Lage an, in der die Arbeiter in den Fabriken zu weiter gesenktem Lohnstandard zum Wohle bundesdeutschen Exporterfolges knüppeln müssen, wo die BRD-Imperialisten mit dieser Knüppelei neue Märkte erobern, ihre frischgewonnenen „Ostmärkte“ weiter ausbauen und so weitere Interventionsvorwände und militärische Schlagkraft sammeln, während sämtliche arbeitslosen Jugendlichen gleich als Rekruten der Bundeswehr für den Waffengang ausgebildet werden. Da fügt es sich auch nahtlos ein, wenn die Bundeswehr wieder – wie in Niedersachsen – öffentli-

– und die deswegen nicht auf der Straße demonstrieren –, kann einen nur wehleidig machen.“ Seine Lösung: Man muß den Reservisten etwas bieten, z.B. Vorgehen in schwierigem Gelände, Kartenlesen, Werfen mit scharfen Handgranaten. Statt „wie ein Gottesdienst“, also gemütlich zelebrierten abschließenden Gefechtsübungen, mehr echte Schinderei entsprechend dem Spruch des Inspektors des Heeres: „Fordern Sie Ihre Reservisten und vermeiden Sie Leerlauf bei den Wehrübungen!“

Oberst Eberhard Fuhr schlägt die Schaffung einer Miliz vor, die durch den „Verband der Reservisten der deutschen Bundeswehr“ ausgebildet werden soll. Sie soll Aufgaben des Objekt- und Heimatschutzes übernehmen und, ähnlich wie das Technische Hilfswerk organisiert, als paramilitärische Truppe wirken. Von Bedeutung ist dabei die moralische Aufrüstung, wie sie als Ziel schon 1972 von einem Mitglied der Wehrstrukturkommission gefordert wurde: „Der Wehrpflichtige, der in seiner engsten Heimat ... eingezogen würde, erfährt auf diese Weise viel hautnäher die Pflicht zur vorsorglichen Verteidigungsbereitschaft, falls sein Land angegriffen werden sollte ... Der Dienst in einer solchen Miliz-Einheit ... kann zu einer neuen und modernen Wehrgesinnung beitragen.“

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 9/1897, Der Spiegel vom 9.8.1982, Europäische Wehrkunde 1/1981, 9/1981, 10/1981

che Rekrutenvereidigungen durchführt, wenn die BRD in den nächsten Wochen mit den NATO-Herbstmanövern wieder zum „größten Manövergelände Westeuropas“ wird und wenn der neue Bundeshaushalt 1983 eine weitere Steigerung der offiziellen Rüstungsausgaben von 46,5 Mrd. DM 1982 auf 48,4 Mrd. DM 1983 vorsieht, während der Etat des Arbeits- und Sozialministers durch Kürzungen bei den Versicherungen der Lohnabhängigen von 59 Mrd. DM auf 53,2 Mrd. DM verringert werden soll.

Die Gewerkschaften täten wirklich besser daran, ihren auf dem DGB-Bundeskongreß 1981 gefaßten Beschluß ernstzunehmen, in dem sie erstmals in ihrer Geschichte die Forderung nach Wiedervereinigung aus ihrem politischen Programm gestrichen hatten und sich damit von der Programmatik aller bürgerliche Parteien gelöst hatten, und diesen Fortschritt in den Demonstrationen zum Antikriegstag durch Forderungen gegen die Expansions- und Eroberungsziele der BRD-Imperialisten zu festigen.

Quellenhinweis: Der Spiegel, 16.8. und 23.8.1982; Metall, Zeitschrift der IG Metall, vom 11.8.1982; Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik, Juli 1982

Aufruf des DGB zum Anti-Kriegstag: Der Reaktion auf den Leim gegangen

In zahlreichen Städten bereiten Kreis- und Ortsverbände des DGB und besonders die DGB-Jugend Demonstrationen und andere Aktivitäten zum Anti-Kriegstag vor. Der DGB-Bundesvorstand hat einen Aufruf beschlossen, der dafür eine einheitliche Stoßrichtung geben soll: „Frieden in Freiheit für alle Menschen“. „Frieden in Freiheit“ lautet seit 1955 der Schlachtruf der CDU/CSU, mit dem sie aufruft, die westdeutschen Menschenrechte in der ganzen Welt, vor allem aber in der DDR und den „deutschen Ostgebieten“ durchzusetzen. Diese Parole lieferte die Begründung für die Wiederbewaffnung, für eine starke Bundeswehr und NATO und für jedes militärische Offensivkonzept.

Was treibt die Mehrheit des Bundesvorstandes dazu, ausgerechnet zum Anti-Kriegstag diese alte CDU/CSU-Parole zu übernehmen? Oder ist nur der Wortlaut derselbe und wird etwas ganz anderes damit gemeint? Der Aufruf richtet sich zwar gegen „politische Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung“, aber nicht in der BRD, sondern anderswo, „insbesondere in der Dritten Welt“. Nicht gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch die westdeutschen Imperialisten, sondern durch ... andere. Kern des Aufrufs ist die Forderung: „Die Entspannungspolitik mit ihren tragenden Säulen des gegenseitigen Gewaltverzichts und des Verzichts auf militärische Überlegenheit muß konsequent fortgesetzt und

zu einer Sicherheitspartnerschaft weiterentwickelt werden.“ An wen wendet sich diese Forderung? Nicht an die Bundesregierung, denn deren Politik der Entspannung in Europa und der Welt wird „schwerer Schaden zugefügt“. Falls beabsichtigt sein sollte, die Politik der Bundesregierung damit gegen die CDU/CSU in Schutz zu nehmen, ist das überflüssig: der Aufruf kann sich des Beifalls von Regierung und Opposition sicher sein, wenn er sich in erster Linie an die Sowjetunion wendet und von ihr verlangt: „Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art (Mittelstreckenraketen) müssen abgebaut werden.“ Auf der schiefen Ebene „Wer cruise missile sagt, muß auch SS 20 sagen“, ist nach dem SPD-Parteitag 1982 und nach Teilen der Friedensbewegung jetzt die Mehrheit des Bundesvorstandes des DGB beträchtlich gerutscht. Einen Unterschied zur Position der CDU gibt es dennoch. Diese fordert die Arbeiter auf, für den „Frieden in Freiheit“ Opfer zu bringen. Das greift der Aufruf an: „Mit der militärischen Bedrohung wächst die wirtschaftliche und soziale Belastung, die vor allem die Arbeitnehmer in allen Teilen der Welt zu tragen haben.“ Der Kampf dagegen ist aber schon so gut wie verloren, wenn ansonsten Einheit mit der Reaktion besteht. Die vielen gewerkschaftlichen Aktivitäten zum Anti-Kriegstag werden sich jedenfalls kaum unter diesen Aufruf pressen lassen.



BRD will höchstes NATO-Kommando

Erst im Februar hatte die CDU im Rahmen einer Kleinen Anfrage gefordert, daß das gewachsene militärische Gewicht der BRD bei der Besetzung der NATO-Kommandostellen berücksichtigt werden müsse. Insbesondere forderte sie die Aufhebung der Osloer Vereinbarung, die ein Übergewicht westdeutscher Kommandogewalt im Bereich AFNORTH (Schleswig-Holstein, Dänemark, Norwegen) verhindert. Im Frühsommer meldete die BRD den Generalinspekteur der Bundeswehr General Brandt als Kandidaten für den Vorsitz des Militärausschusses, der höchsten Kommandostelle der NATO. Obwohl schon zweimal BRD-Generäle einstimmig in dieses Amt gewählt worden sind — 1960 — 64 General Heusinger und 1970 General Steinhoff — ließ sich keine Mehrheit im Wahlgremium

finden. Der Grund dafür wird im wachsenden militärischen Gewicht der BRD und in den vielfältigen Versuchen, die Hegemonie über die westeuropäischen Verbündeten zu erlangen, zu suchen sein. Die Bundesregierung gab sich damit nicht zufrieden. Durch massiven Druck erreichte sie eine Verschiebung der Wahl bis September. Dann kann Spanien mitwählen und wird — laut FAZ — wohl oder übel für Brandt stimmen müssen. In der Zwischenzeit ließen es sich sowohl Kanzler als auch Präsident nicht nehmen, die BRD-Anwartschaft noch einmal zu betonen, indem sie beide aus Anlaß des 85jährigen Geburtstages des Generals Heusinger dessen Verdienste herausstrichen. In der bundesdeutschen Generalität wird derweil debattiert, welche Ansprüche die BRD noch anzu-

melden hat. General Kießling, Stellvertretender Oberster Allierter Befehlshaber Europa, ist zufrieden mit der Zusammensetzung des NATO-Hauptquartiers Shape, wo die BRD mit sechs von 32 Generalstellen genügend Gewicht hat. Selbstverständlich sei, daß die Verbündeten Streitkräfte Mitteleuropa (AFCENT) unter westdeutschem Oberbefehl stehen. Bei den Kommandos Nord und Süd müsse sich dagegen einiges ändern. Im Bereich AFNORTH stelle die BRD inzwischen über 50% der Streitkräfte. Die Osloer Vereinbarung sei daher nicht mehr angebracht. Daß im atlantischen Kommando Süd (AF-SOUTH) kein deutscher Offizier eine Führungsposition innehat, soll auf keinen Fall so bleiben. Eine führende Position auch dort „ist aufgrund der deutschen Militärhilfe an Griechenland und die Türkei auch gerechtfertigt“, resümiert Kießling.

Mexikanische „Sanierung“

Alle wußten, was kommen würde, aber als es dann so weit war, brach unter den imperialistischen Banken beinahe eine Panik aus: Mexiko, trotz grausamster Auspressung der Arbeiter und Bauern im Land und trotz einer Ölförderung von 110 Mio. t heute mit 82 Mrd. \$ höchstverschuldetes Land der Dritten Welt, stand vorletzte Woche vor dem finanziellen Zusammenbruch. 9 Mrd. \$ Zinsen und 5 Mrd. \$ Kredittilgung muß das Land an die imperialistischen Banken abliefern. Die Ölerlöse werden aber durch die Preissenkungen und den Absatzrückgang knapp halb so hoch wie erwartet ausfallen. Also verkündete der Finanzminister: Zahlungsunfähigkeit! Die Banken eilten, zu retten, was zu retten war: Acht Zentralbanken, darunter die Deutsche Bundesbank, stellten einen Sofortkredit von 1,5 Mrd. \$ bereit. So wird die Bundesbank demnächst auch mexikanische Zinsgewinne an den Bundeshaushalt abführen. Die privaten Banken gewährten einen Zahlungsaufschub von 90 Tagen — nicht ohne freilich ein „Beratergremium“ einzurichten, das — unter Beteiligung der Deutschen Bank — der Regierung bei der Verwendung

ihrer Steuereinnahmen für die Imperialisten künftig „helfen“ wird. Auch von den US-Imperialisten kam „Hilfe“: Sie wollen ihre Öleinfuhren von 50000 auf 190000 Barrel pro Tag steigern und Mexiko zu ihrem wichtigsten Lieferanten machen. Das Handelsblatt meldete eine Gold-Hausse an den Börsen. Große US-Banken seien konkursgefährdet, und da flüchten die „Anleger“ eben ins Gold. So hat denn jeder was davon: Die US-Imperialisten mehr und billigeres Öl, die Deutsche Bank eine „Beraterstelle“ bei der mexikanischen Regierung, die Bankenwelt ihre Ruhe, weil Mexiko „zahlungsfähig“ bleibt, die südafrikanischen Goldmonopole die Freude an einem höheren Goldpreis und die mexikanische Regierung noch einmal höhere Schulden. Bis zur nächsten Zahlungsunfähigkeit.

Hinrichtungen in den USA

In den USA warten 1038 zum Tode verurteilte Häftlinge auf eine Entscheidung über ihr Leben. 1976 hat der Oberste Bundesgerichtshof die Todesstrafe wieder zugelassen. Unter Protesten wurden seitdem fünf Urteile vollstreckt. In der USA wurde von liberalen Kräften die Todesstrafe und die Zustände in den Haftanstalten

beklagt. Das Wall Street Journal berichtet, daß ein US-Sprecher erklärt habe: „Die Vollstreckung von Todesurteilen wird innerhalb der nächsten beiden Jahre auf möglicherweise drei pro Woche ansteigen, weil die Gnadengesuche der Gefangenen erschöpft sind.“ Auch soll die öffentliche Meinung zunehmend die Todesstrafe akzeptieren. Am 10. August wurde die Hinrichtung an dem ehemaligen Polizisten Frank Coppola vollstreckt. Coppola soll einen Raubmord begangen haben, den er bis zum Schluß bestritt. Die westdeutsche Presse hebt in ihrer Berichterstattung hervor: „Ein Verurteilter, der nicht mehr leben wollte“. Obwohl die Hinrichtung nicht öffentlich war, und sechs Zeugen beiwohnten, macht die Bildzeitung daraus nicht nur ein öffentliches Ereignis: „Coppola wurde an dem Eichenstuhl festgeschnallt. Er schrie nicht, zitterte nicht“, man möchte glauben, der Verurteilte war mit seiner Hinrichtung einverstanden. Warum bestritt aber Coppola die ihm vorgeworfene Tat? Vielmehr erklärte er, das „unwürdige Leben“ in dem Staatsgefängnis sei für ihn nicht weiter lebenswert. Den erzwungenen „Willen“ des Gefangenen verkauft die Bildzeitung als Einsicht. Bei wievielen noch?

EG will Seveso-Kampfgas

Das Bundesgesundheitsamt hat die Zulassung des hochgiftigen „Tetrachlordibenzydioxin“ (TCDD) um weitere drei Jahre verlängert. 1981 hatte die Bundesbehörde die Genehmigung vorsorglich zurückgezogen, nachdem bekannt wurde, daß TCDD, das auch in Pflanzvernichtungsmitteln verwendet wird, krebserregend sein und zu Mißgeburten führen soll. Das Bundesgesundheitsamt gesteht zwar die gesundheitlichen Gefahren ein, streitet aber krebserzeugende Wirkung ab. Diese Entscheidung haben 14 Chemiefirmen erwirkt, die gegen die Entscheidung aus dem Jahr 1981 Widerruf einlegten. Hinter TCDD verbirgt sich ein hochgiftiger Kampfstoff, den die US-Imperialisten im Vietnamkrieg tonnenweise einsetzten. Mit Flugzeugen versprühten sie über riesigen Flächen Dschungel das Gift und entlaubten die Bäume und Pflanzen, um die Stützpunkte der Befreiungstruppen besser bombardieren zu können. TCDD ist ein NATO-Kampfgas und wurde auch 1976 in Seveso (Italien) bei dem Hoffmann-La-Roche-Konzern produziert, als in der Fabrik ICMESA eine große Explosion stattfand. Zwei Kilogramm TCDD entwichen und verseuchten ein Gebiet von über 100 Hektar stark und zerstörten die Lebensbedingungen der ganzen Region. Menschen mußten evakuiert werden. Nach dem Unfall enthüllte die italienische Wochenzeitung „Espresso“, daß die Fabrik ICMESA das Kampfgas auch an NATO-Truppen nach Westdeutschland liefert. Erst im Sommer dieses Jahres, also sechs Jahre später, wird in der Europäischen Gemeinschaft eine Richtlinie „über die Gefahren schwerer Unfälle bei bestimmten Industrietätigkeiten“ beschlossen. Die Herstellung von TCDD ist damit nicht grundsätzlich ausgeschlossen, sondern unter Vorschriften gestellt. Diese gelten aber extra nicht für „militärische Anlagen“ und die „Herstellung ... von ... Munition“, so daß sich kaum etwas ändert. Die EG-Richtlinie trägt eine deutliche westdeutsche Handschrift und orientiert sich an der bereits 1980 verabschiedeten „Störfall-Verordnung“ der Bundesregierung, die schon sehr früh den Interessen der Chemiekonzerne nachkam.

DGB-Demonstration am 7.9.:

Auftakt zu umfassenderen Aktionen?

„Auf nach Bonn zur Beamtendemo“ ist das DGB-Flugblatt zur Demonstration am 7. September um 15 Uhr überschrieben. „Wir protestieren gegen Abkoppelung der Beamtenbesoldung, gegen Abbau sozialer Regelungen, gegen einseitig verordnete Sonderopfer. Wir fordern Besoldungserhöhung zum 1. Mai 1982 entsprechend den Tarifabschlüssen der DGB-Gewerkschaften, gleichberechtigte gewerkschaftliche Verhandlungs- und Vereinbarungsrechte.“

Unter dem Motto „Protest und Solidarität“ führt der Deutsche Beamtenbund am darauffolgenden Samstag, den 11.9., um 14 Uhr eine „Großveranstaltung“ auf dem Bonner Münsterplatz durch. „Der öffentliche Dienst und besonders das Berufsbeamtentum sind in den letzten Jahren zum Spielball der Politik geworden. Berechtigte soziale Belange der Mitarbeiter werden mißachtet.“ „Fürsorgepflicht“ sei zum Fremdwort geworden. Der DBB fordert u.a.: kein Sonderopfer, und die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes müsse erhalten bleiben.

Der Deutsche Beamtenbund sorgt sich also nicht in erster Linie um den Lohnraub, der insbesondere die Beamten im einfachen und mittleren Dienst hart trifft, sondern um das Berufsbeamtentum und die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. Sorgen, die sich vorwiegend die Reaktionäre machen. Folglich buhlt er um die „Solidarität“ und „Fürsorgepflicht“ des Dienstherrn, was die CDU im Bundesrat im Juli zu starken Worten und den gleichen „Sorgen“ veranlaßte, die Ablehnung der Besoldungsverschiebung durch Beschluß blieb bezeichnenderweise aus.

Dagegen geht der Aufruf des DGB vom Interessenstandpunkt der Beschäftigten im öffentlichen Dienst aus. Allerdings wird der Protest auf die Beamten beschränkt sowie die Besoldungsverschiebung isoliert von den umfassend durchgeführten und noch geplanten Angriffen auf alle Angestellten und Arbeiter. Die angekündigten Proteste der DGB-Gewerkschaften gegen die unsozialen Maßnahmen im geplanten Bundeshaushalt 1983, der zur gleichen Zeit ab Mitte September beraten wird wie das Gesetz zur Besoldungsverschiebung, wird isoliert von den Aktionen gegen die Besoldungsverschiebung. Wird dagegen die Verbindung zwischen den beiden Maßnahmen hergestellt, ließen sich vielleicht

Erfolge sowohl im Kampf gegen die Besoldungsverschiebung wie gegen die unsozialen Maßnahmen bei der Operation 83 erzielen. Von den einzelnen Funktionären wird die Demonstration am 7.9. schon als Auftakt der Gewerkschaftsaktionen, die für den Herbst angekündigt sind, verstanden.

Daß die Verbindung zwischen den 82er-Maßnahmen und den geplanten 83er-Maßnahmen hergestellt wird, zeigt die Broschüre der ÖTV-Nieder-



Mehrere Tausend beteiligten sich an DGB-Kundgebungen (Bild: Düsseldorf).

sachsen vom 11.8.82 zur Haushaltsoperation 83. „Nach einer Berechnung des DGB-Bundesvorstandes kommen durch die Operation 83 zu den bereits durch die Operation 82 bewirkten Belastungen der Arbeitnehmer und Rentner in Höhe von 60 Mrd. DM in den Jahren 1982 bis 1985 (davon durch das Besoldungsgesetz 7,3 Mrd. DM, d.V.) weitere 23,1 Mrd. DM insgesamt für die Jahre 1983 bis 1985 hinzu, so daß sich die Gesamtbelastung auf 83,1 Mrd. DM belaufen wird.“ (ebd. Seite 31) Durch die 83er Maßnahmen sollen den Beamten zusätzlich zu der Kürzung des Reallohns die Vorsorgepauschale gesenkt werden. Schließlich muß betont werden, daß die Beamtenanwärter doppelt getroffen sind, weil für sie eine 15%-Kürzung der Bezüge ohnehin schon beschlossen ist.

Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wird auch die nächste Lohnrunde erheblich schwieriger, wenn die Besoldungsverschiebung durchkommt, weil der Dienstherr mit dieser Niederlage auf „Gleichbehandlung“ der Beschäftigten im öffentli-

chen Dienst drängen wird und die Abspaltung eines Teils der Beschäftigten nutzen kann. Nicht umsonst fordert die ÖTV im Aufruf zur Demonstration am 7.9.: „Beamte verlangen die uneingeschränkte Tarifautonomie.“

Andererseits nimmt der „Sparwille“ auch bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst immer mehr ab, je mehr der Zweck der „Sparmaßnahmen“, Mittel für die Expansion des BRD-Imperialismus bereitzustellen, offen zutage tritt. „Mit der Operation 83 ist nicht nur eine weitere Leistungsverkürzung im Sozialbereich verbunden, es findet gleichzeitig darüberhinaus eine Umschichtung öffentlicher Ausgaben weg von den Sozialausgaben hin zu mehr Ausgaben für militärische Zwecke statt ... Nach dem Regierungsentwurf

für den Haushalt 1983 wird demnach der Anteil des Arbeits- und Sozial Etats am Gesamthaushalt gegenüber 1982 von 24% auf 21,2% fallen, der direkt ausgewiesene Verteidigungsetat von 18% auf 18,4% steigen.“ (ÖTV-Broschüre, s.o., Seite 33/34).

Privatisierungspläne Reaktion greift die Existenz der ÖTV an

Stärker denn je sind die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten mit dem gebieterischen Ruf der Kapitalisten nach „Privatisierung“ konfrontiert. Die Forderung ist nicht neu, ein Bericht von 1976 z.B. konnte auf 629 Privatisierungsmaßnahmen bei Gemeinden verweisen, und die Zahl der Fälle, in denen Kapitalisten ehemals öffentliche Dienste in Geschäfte zur Vermehrung ihres Profites verwandelten, sind seither rasch gestiegen. Doch ist der Umfang der bisherigen Privatisierung

gen geradezu eine Kleinigkeit gegenüber den offen geäußerten Absichten.

In einer 1981 erschienenen Studie mit dem bedeutungsvollen Titel „Privatisierung als Rationalisierungschance“ (1), auf die sich seither v.a. CDU-Politiker berufen, fordert der Leiter des Mittelstandsinstitutes Niedersachsen Prof. Dr. Hamer die Privatisierung von 80% aller Gemeindefunktionen. Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel sieht darüber hinaus 50% der Landes- und 20% der Bundesdienste privatisierungsreif und gibt als Ziel an: „In den Bereich seiner (des Staates, Red.) Aufgaben gehören streng genommen nur Justiz und Polizei.“

Einen großen Teil also der gut vier Mio. Beschäftigten in den öffentlichen Diensten hat die Reaktion damit ins Visier genommen. Was sie bezweckt, wird bereits an einigen Beispielen deutlich. So enthüllte die Gewerkschaft ÖTV, daß nach der Privatisierung der Naßbaggerei Emden die Belegschaft drastisch reduziert wurde mit dem Ergebnis, daß die Arbeitszeit der verbliebenen Beschäftigten bis zu 18–20 Stunden am Tag betragen und bis zu 130 Stunden wöchentlich, und dies zu niedrigerem Tariflohn. Bei der Privatisierung des Schlachthofs Köln wurde die Belegschaft binnen kurzem von 144 auf 55 reduziert, mit welchen Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der verbliebenen 55, läßt sich leicht ausrechnen. Der Bürgermeister von Königswinter, der sich in den von der CDU/CSU herausgegebenen „Kommunalpolitischen Blättern“ über seine Privatisierungserfolge ausließ, weist auf einen weiteren wesentlichen Gesichtspunkt hin: Das einzige städtische Altersheim wurde im Juli der katholischen Kirche übergeben; wenn dies Beispiel Schule macht, wird ein erheblicher Teil der bei den Gemeinden Beschäftigten zukünftig unter dieselben ungünstigen Rechtsverhältnisse gezwungen, wie sie für die bei den Kirchen Beschäftigten gelten.

Bei jeder einzelnen Privatisierung verfolgen die Privatisierer den Zweck, die Rationalisierung voranzutreiben und den von der ÖTV erkämpften Lohnstandard einzureißen. Die Auswirkungen sind weitreichend, allzumal wenn man bedenkt, daß die Frauenlöhne im Öffentlichen Dienst deutlich über denen in der Industrie liegen. Die Senkung ihrer Löhne qua Privatisierung wird die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, gerade im Bereich der unteren Lohngruppen, gewaltig verschärfen. Und schließlich greift die Reaktion mit ihren umfassenden Privatisierungsabsichten direkt die Existenz der Gewerkschaft ÖTV an.

11. September Türkei-Demonstration Schluß mit jeglichen Hilfen der BRD an die Junta!

Unter dem Schutz der NATO-Herbstmanöver in der Türkei putschten am 12. September 1980 reaktionäre und faschistische Kräfte. Die Truppen der Bundesrepublik waren an diesen Manövern beteiligt. Dies war aber nur eine aggressive Handlung in einem großen Plan, die Türkei den Interessen des BRD-Imperialismus gefügig zu machen. Im Januar 1979 wurde der BRD, der größte Handelspartner der Türkei,

von den USA, Frankreich und Großbritannien das Einverständnis für eine „Türkei-Hilfsaktion“ übertragen. Der CDU-Finanzexperte W. L. Kiep erzwang durch einen 1 Mrd. \$-Kredit von der damaligen rechtskonservativen Regierung Demirel freie Bahn für den Kapitalexport. Kurz vor dem Putsch folgte eine zweite „Türkei-Hilfe“. Weitere Kreditzusagen der Imperialisten blieben aus mit dem Hinweis, daß das Sta-

AUFRUF

Arbeiter, Werktätige,

Die faschistische Militärdiktatur ist jetzt 2 Jahre an der Macht. Diese waren die dunkelsten Jahre in der Geschichte unserer Arbeiterklasse und Völker.

Das sind die blutigen 2 Jahre der faschistischen Junta:

- * über 170000 Verhaftete und Inhaftierte
- * mehr als 100 Revolutionäre und Demokraten wurden durch Folter ermordet
- * über 700 Menschen wurden bei Operationen ermordet
- * insgesamt 16 Menschen wurden hingerichtet
- * gegen 4600 Angeklagte wird die Todesstrafe beantragt
- * mehr als 100 Personen sind zum Tode verurteilt worden
- * die Massaker gegen die kurdische Nation haben ihren Höhepunkt erreicht
- * alle fortschrittlichen, revolutionären Gewerkschaften und Massenorganisationen wurden verboten
- * das Streik- und Tarifrecht der Arbeiterklasse wurde aufgehoben
- * Verteuerung, Arbeitslosigkeit und Inflation haben ihren Höhepunkt erreicht

BETEILIGEN WIR UNS AN DER DEMONSTRATION UND KUNDGEBUNG AM 11. SEPTEMBER IN FRANKFURT

- um die unterschiedliche Art des revolutionär-demokratischen Kampfes unserer Arbeiterklasse und Völker in der Türkei und Türkei-Kurdistan zum Sturz der faschistischen Militär-Diktatur und zur Errichtung einer eigenen demokratischen Macht des Volkes zu unterstützen
- um gegen die von der volksfeindlichen und reaktionären Militärjunta aufgezwungenen Betrügereien wie „Verfassung“, „Parlament“ und „Demokratie“ zu protestieren
- um das nationale Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation – einschließlich ihres Rechts, einen eigenen Staat zu gründen – zu verteidigen
- um gegen jegliche politische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung, die dazu dient, die Militärjunta am Leben zu erhalten, durch die Imperialisten, vor allem die USA, die BRD und deren Angriffspakt NATO, zu protestieren
- um gegen die kriegstreiberische Politik der faschistischen Generalsbande im Nahen Osten als Teil der Kriegstreiberei des Imperialismus im internationalen Maßstab, als Handlanger der USA bei der Bedrohung, Erpressung und Expansion zur Verstärkung ihrer Positionen in der Region zu protestieren
- um die Einheit und den gemeinsamen Kampf der in- und ausländischen Arbeiter in der BRD gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit, den Abbau der sozialen und demokratischen Rechte, die gefährlich anwachsende Ausländerfeindlichkeit, die Beschränkung des Asylrechts, die Angriffe seitens der neo-nazistischen und reaktionären Kräfte und gegen die massive Kriegsvorbereitung zu verteidigen
- Nieder mit der faschistischen Militärdiktatur!
- Es wird Rechenschaft gefordert werden für die Hinrichtungen, Folter und Massaker!
- Schluß mit der Unterdrückung und den Massakern gegen die kurdische Nation!
- Freiheit für alle antifaschistischen Inhaftierten und Generalamnestie!
- Freiheit für DISK und die verbotenen revolutionär-demokratischen Gewerkschaften und Massenorganisationen!
- Nein zu den Schnellen Eingreiftruppen der NATO und USA!
- Nein zur aufgezwungenen Verfassung der Junta!
- Schluß mit jeglichen Hilfen der BRD an die Junta!
- Nieder mit der Ausländerfeindlichkeit!
- Es lebe der Widerstand des palästinensischen und libanesischen Volkes und die internationale Solidarität der türkischen, kurdischen und anderer Revolutionäre, die diesen unterstützen!

**DEMONSTRATION: 11. September, Samstag, 10.30 Uhr
FRANKFURT – PAULSPLATZ**

Ala Rızgari, ATIF, BIRKOM (Birlik Yolu, Cephe, Devrimci İsci, Devrimci Savas, Emekci, İscinin Sesi, Kivilcim, Serxwebun), DİB-FAK, FİDEF, İsci Geccegi, KAWA, KOÇKAK, KOMKAR, Kürt Halk Evleri, Proleter Dayanisma, Tokosin Sempatizanolari, Türkei-Komitees, BWK, Arbeiterbund, Initiative Solidarität mit den Demokraten der Türkei, KPD, Volksfront, KB, Alternative Türkiyehilfe

Die Unterstützer: DİDF, Gecceki

(1) erschienen im A. Philler Verlag, Minden 1981, 29,50 DM. Weitere Quellenhinweise: Handelsblatt 13./14.8.1982; Kommunalpolitische Blätter, Ausgaben 1982

bilitätsprogramm der Regierung nicht aufgehe und die Kreditrückzahlungen nicht gesichert seien. Mit dieser Politik trieben die Bundespolitiker die neue Militärjunta an die Macht. Heute, zwei Jahre später, vermeldet die westdeutsche Presse, daß das Defizit in der türkischen Handelsbilanz in den ersten sechs Monaten dieses Jahres auf 1,68 Milliarden Dollar gesunken sei. Dies ist ein Ergebnis der Folter und des Terrors durch die Militärjunta. Kredit und Zins müssen zurückgezahlt werden! Die Imperialisten haben die „internationale Arbeitsteilung“ so angelegt, daß sich die Türkei daraus nicht lösen kann. Trotz „besserer“ Handelsbilanz sind die Exporte halb so groß wie die Importe. Die Arbeitsteilung ruiniert die türkische Landwirtschaft und fördert durch westliche Industriensiedlung die Fertigung von industriellen Zwischenprodukten, die zu niedrigsten Preisen als „gesteigerter Export von Industrierzeugnissen“ in die EG geliefert werden.

Der Aufruf zur Demonstration zum zweiten Jahrestag der Machtergreifung der Militärjunta erhebt die Forderung nach Einstellung der „Türkeihilfe“ der Bundesrepublik zu Recht. Im Rahmen der NATO-Verteidigungshilfe wird die BRD 120 Kampfflugzeuge des Typs F-104 liefern und der Türkei vier Fregatten vom Typ MEKO-200 verkaufen. Im September wird im Haushaltsausschuß, im Auswärtigen Ausschuß und im Ausschuß für Wirtschaftliche Zusammenarbeit des Bundestages über weitere Geldzahlungen an die Militärjunta von 460 Millionen DM beraten.

Quellenhinweis: FAZ, 16.08.82; Europ. Wehrk. 8/82

Kapitalexport Neue Rekorde, „Dollarinvasoren gekontert“

Das „Handelsblatt“ jubelt: „Auf der einstigen Einbahnstraße ausländischer Beteiligungsengagements in der Bundesrepublik – man denke an die Dollarinvasion der 50er und 60er Jahre – gibt es längst Gegenverkehr.“ Die übrige Presse hat ansonsten dazu geschwiegen, daß die Bundesbank in ihrem neusten Monatsbericht meldet, daß die BRD-Kapitalisten seit 1980 mehr Kapitalanlagen im Ausland besitzen als umgekehrt ihre Konkurrenten in der BRD an Industrieanlagen, Handelsgesellschaften, Banken usw. kontrollieren. Es läßt sich eben kaum propagandistisch für ein Opfer der westdeutschen Arbeiter an die notleidende deutsche Industrie ausschlagen, daß innerhalb von nur vier Jahren die BRD-Konzerne die Anzahl ihrer Auslandsunternehmungen um 3000 auf Ende 1980 11996 und die Zahl der dort



Olympia-Werk in Mexiko, 1981 erweitert – Massenentlassungen im Werk Leer/Ostfriesland 1982 angekündigt.

von ihnen ausgebeuteten Arbeiter und Angestellten um eine halbe Million auf 1735000 erhöhen konnten; daß diese Unternehmen mit mindestens 25% westdeutscher Beteiligung ihre Jahresumsätze von 1976 auf 1980 um das 1,8fache auf 322 Mrd. DM steigerten; daß die westdeutschen Kapitalisten statt 48,4 Mrd. DM jetzt 83,3 Mrd. DM im Ausland an Anlagen besitzen und auch 1981 weitere 10,5 Mrd. DM außerhalb der BRD investierten.

Von 1976 bis Ende 1980 bereicherten sich die westdeutschen Kapitalisten um 11,1 Mrd. DM an unmittelbaren Kapitalanlagen in anderen EG-Staaten, während umgekehrt alle anderen EG-Staaten in der BRD nur einen Vermögenszuwachs von 0,8 Mrd. DM hatten. In Frankreich beuten BRD-Kapitale 164000 Lohnabhängige aus, die Westdeutsche Kapitalanlage beläuft sich inzwischen auf 8,7 Mrd. DM, 4 Mrd. DM mehr als vier Jahre vorher. Und war Österreich nicht schon immer deutsch? 106000 von den drei Millionen Beschäftigten Österreichs unterstehen dem Kommando des BRD-Kapitals. An nächster Stelle der europäischen Rangliste folgt Spanien mit 82000.

Der rasche Zuwachs des westdeutschen Kapitalexports erstreckt sich auf fast alle Branchen. Die Bundesbank triumphiert, daß der Straßenfahrzeugbau in den beobachteten vier Jahren seine Investitionen im Ausland verdoppelt hat, „während gleichzeitig das ausländische Unternehmensvermögen (in der BRD, d. Verf.) in diesem Bereich ... von 4,8 Mrd. DM auf 3,1 Mrd. DM schrumpfte“. Die chemische Industrie nimmt seit längerem eine führende Rolle ein, 20% aller Direktinvestitionen setzten die Kapitalisten in dieser Branche ein.

Mit großem Interesse betrachtet die westdeutsche Kapitalistenmeute ihren Abstand zu den USA. Nach Bundes-

bank hatten die USA Ende 1976 noch fünfmal soviel Unternehmensvermögen in der BRD wie umgekehrt westdeutsche Kapitalanleger in den USA. Ende 1980 hatte sich der westdeutsche Kapitalbesitz in den USA mehr als verfünffacht, der USA-Besitz in der BRD war nur noch doppelt so groß. Diese Entwicklung hat sich 1981 und 1982 fortgesetzt. Damit ist die USA zum größten Anlegerland für profitsüchtiges BRD-Kapital geworden. 17,8 Mrd. DM, über 20% aller Direktinvestitionen sind dort zur Ausbeutung von 380000 US-Arbeitern angelegt.

„In den Beziehungen zu den Entwicklungsländern überwiegt das deutsche Vermögen auf Grund von Direktinvestitionen naturgemäß schon immer beträchtlich“, meinen die Banker. Die „Natur“ hat es so eingerichtet, daß die BRD-Kapitale in den Entwicklungsländern zusammengekommen 495000 (1976: 361000) Lohnarbeiter ausbeuten. Der Interessenschwerpunkt ist Südamerika und dort Brasilien mit 267000 Arbeitern unter BRD-Kapitalen (1976: 199000); es folgt Mexiko mit 37000, Argentinien mit 31000. In Asien sind es in erster Linie die 51000 indischen, in Afrika die 44000 südafrikanischen und die 27000 nigerianischen Arbeiter, die für BRD-Monopole schuften müssen. In Europa gilt der Türkei ein Hauptaugenmerk der westdeutschen Kapitalisten, sie wurde erstmals in die Bundesbankstatistik aufgenommen. 10000 Lohnarbeiter waren es in der Türkei Ende 1980 gegenüber 7900 1975, weiterer Zuwachs wird erwartet.

Quellenhinweis: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Aug. 1982; Handelsblatt, 13./14.8.1982

Einzelhandel Umsatzkonzentration in wenigen Händen

1981 erzielte der Einzelhandel Niedersachsen einen Jahresumsatz von 398,4 Mrd. DM und somit eine Zunahme von 2,5% gegenüber dem Vorjahr. Preisbereinigt sank so der reale Umsatz 1981 um 2,7%, ein Umsatzrückgang, wie ihn die Einzelhandelskapitalisten im ganzen Bundesgebiet melden.

Wie kommt der Kapitalist aus dieser Lage am besten heraus? Die kleineren Unternehmen müssen liquidiert werden. In Niedersachsen waren es im Einzelhandel in den ersten vier Monaten 1982 allein 413 Unternehmenszusammenbrüche und 20000 Entlassungen. Laut Einzelhandelsverband (EV) wird 60% des hannoverschen Umsatzes von Unternehmen gemacht, die ihren Hauptsitz nicht in Niedersachsen haben. Sie sind es aber, die die fortgeschrittensten Maßnahmen einführen,

um den Profit zu steigern auf Kosten der Beschäftigten. Damit üben sie mächtigen Druck auf die gesamte Branche aus.

Der Einzelhandelsverband empfiehlt, keine weiteren großen Flächen zu errichten, da die Regionen abgedeckt seien. Dem ist man nachgekommen: „... der überwiegende Teil von Neueintragungen in den ersten vier Monaten 82 betrifft lediglich Umgründungen, die aus Gründen der Haftungsbeschränkungen vorgenommen



Titelbild des „Arbeitsheft Datenkassen“ der HBV. Es enthält umfangreiche Untersuchungen über Pläne und Maßnahmen der Kapitalisten in der technischen Rationalisierung und Hilfen zur Gegenwehr.

worden sind“. (EV Nds.) Von den sechs Wertheim-Warenhauskonzernen sind nur drei übriggeblieben. Trotz der Schließung vom Haus Hannover lag der Umsatz im ersten Halbjahr 1982 nur 0,4% unter dem des Vorjahres. 453 Beschäftigte wurden entlassen.

Am 12.8. wird vom Einzelhandelsverband empfohlen, man solle sich spaten im harten Wettbewerb und versuchen, in Kürze 10 bis 15% Personalkosten einzusparen. Dies unmittelbar nach den Tarifverhandlungen, die mit 4,35% endeten. Für die Zeit des tariflosen Zustands von drei Monaten wurde nicht mit erhöht.

Konzerne wie z.B. Kaufhof AG sind die ersten, die aus den Investitionen für die technische Rationalisierung ihre Profite rausziehen. In den ersten vier Monaten 82 wurde die Zahl der Beschäftigten bei der Kaufhof AG um 4613 bundesweit gesenkt. Die Lohn- und Gehaltssumme ist um 1,17% gesunken. Mit 58 Mio. DM liegt der Reingewinn vom Kaufhof nur wenig unter dem Vorjahresergebnis mit 61 Mio. DM. Die Umstellung, höhere Umsatzkonzentration in wenigen Händen, soll über Entlassungen und weniger Lohnkosten finanziert werden. Das computergesteuerte Warenwirtschaftssystem, Beschäftigte werden „freigesetzt“, soll dabei dienlich sein.

Lohnbewegung

Schlimm: Sozialchauvinistische Cliquenbildung im DGB

Wenn Gewerkschaften sich außerstand zeigen, ihre Standpunkt hinsichtlich der Lohnhöhe zu bestimmen, zu begründen und zu verfechten, dann sind sie auch in politischen Fragen hilflos. In den quirligen Ereignissen der letzten Wochen bieten die Vertreter der DGB-Gewerkschaften das abstoßende Bild absichtsvoller Verwirrung.

Was soll man davon halten, wenn der Kölner Stadtanzeiger über den IG Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer berichtet:

„In einem Interview mit der ‚Westdeutschen Allgemeinen Zeitung‘ betonte Loderer, mit den Etatbeschlüssen für 1983 sei die Grenze des Tragbaren erreicht ... Zugleich widersprach Loderer der Gewerkschaft ÖTV, die erklärt hatte, was den Arbeitnehmern jetzt weggenommen werde, müßten sie sich in der nächsten Tarifrunde wiederholen. Der IG Metall-Vorsitzende meinte, die Tarifpolitik habe ihre Grenzen. Ein Tarifvertrag brauche zwei Unterschriften, sonst sei er nichts wert. „Die IG Metall bildet sich nicht ein, hereinholen zu können, was in der Politik versäumt wurde.“

In der Politik wurde „versäumt“, die Beamtengehälter zusammen mit dem Tarifaufschluß für die Angestellten und Beamten anzuheben. Die ÖTV kämpft dagegen noch. Sie wird in dieser Auseinandersetzung mit dem Parlament ihre Position zu weiteren Lohn- und Gehaltspolitik abstecken müssen. Genau bei den kommenden Lohnverhandlungen werden die Gewerkschaften sich nämlich mit der Behauptung konfrontiert sehen, die Beamten hätten ein Vorab-Opfer bereits gebracht! Nun sei es an den Arbeitern und Angestellten, solidarisch nachzuziehen, schon allein, weil sonst Ungerechtigkeiten entstünden. Wie Loderer von den „zwei Unterschriften, die ein Tarifvertrag braucht“ reden kann? Und das bezogen auf die ÖTV und einen Konflikt, in dem praktische Bedeutung gewinnt, daß die Beamten überhaupt keinen Tarifvertrag abzuschließen berechtigt sind? Er spekuliert offensichtlich auf die Unwissenheit seines Publikums. Daß bei allgemeiner Tendenz zur Lohnsenkung dennoch weite Lohn- und Gehaltsbereiche zumindest noch 1981 weiter stiegen, als der Tarifvertrag vorsah, zwingt zu der Bemerkung, daß ein Tarifvertrag auch dann wertlos sein kann, wenn er zwei Unterschriften trägt und Eugen Loderer sein Griffel im Spiel ist. Dabei wäre es so leicht gewesen, der ÖTV nicht in den

Rücken zu fallen. Man hätte – unter Berufung auf DGB-Beschlüsse! – sagen können, daß die Beamtengehälter so lange nicht sicher sein könnten, als das Tarifrecht für Beamte nicht erkämpft sei. Aber nein, ein Fußtritt mußte sein.

Loderer ist nicht der einzige Gewerkschaftsfunktionär dieser Art. Wie fand der IG Chemie-Vizevorsitzende Hermann Rappe es für sinnvoll, sich zu dem denkbaren Wechsel der FDP zur CDU zu stellen?

„Selbstverständlich wird der DGB mit jeder demokratisch zustande gekommenen Regierung zusammenarbeiten. Wir müßten dann versuchen, auch über den Arbeitnehmerflügel der CDU Einfluß zu gewinnen.“

Was alles demokratisch und formal ganz einwandfrei als Regierung zustande kommen kann, sollte das Jahr 1933 eigentlich jedem eingeschärft haben. Nicht daß jetzt etwa dasselbe anstünde. Aber warum hat Rappe nicht mal die erzpamarlamentarische Traute, für den Fall eines FDP-Ausstieges wenigstens Neuwahlen zu verlangen? Das wäre wenig genug, aber wenigstens kein politischer Blankoscheck.

In der Zeitung „Metall“ ist, wiederum Eugen Loderer, ein Aufsatz über Boykotte und Embargos veröffentlicht. Darin erregt sich Loderer über die Regierung der USA, die in abgeschlossene Verträge und in die Rechte amerikanischer Firmen eingreife, auch wenn diese auf europäischem Boden lägen und damit der Rechtsprechung der jeweiligen Länder unterworfen seien.

Der Vorgang ist ein Paradebeispiel für die politische Seite des Kapitalexportes. Nachdenken über diesen Vorgang sollte eigentlich zu einer Kritik des Kapitalexportwesens führen. Dies aber darf nicht sein, denn einem Konflikt mit den Methoden der BRD-Konzerne und auch der Bundesregierung wäre nicht auszuweichen. Viel lieber benutzt Loderer die Gelegenheit, die Haltung der IG Metall gegenüber der lebhaften Investitionstätigkeit der BRD in Südafrika zu rechtfertigen:

„Das (die Zurückhaltung gegenüber Boykott- oder Embargoaufrufen) hat uns im Fall Südafrika viel Kritik und gleichzeitig viel Beifall von der falschen Seite eingebracht; Beifall von denen, die meinten, uns für die Verharmlosung himmelschreienden Unrechts vereinnahmen zu können. Damit waren und sind solche Leute bei uns allerdings an der falschen Adresse und dies gilt nicht nur für Südafrika.“

Die Versuche der BRD-Konzerne, aus der Plünderung der Reichtümer und der Ausbeutung der Arbeiter Südafrikas Profit zu ziehen, werden also auch künftig auf ernstem Widerstand der IG Metall nicht stoßen. Und wenn dem dortigen Regime imperialistischer Sachwalter die Stunde geschlagen hat? Nun, eine Regierung, die dann in abgeschlossene Verträge und in die Rechte, diesmal freilich westdeutscher, Firmen eingriffe, indem sie diese zum Wohl der Einwohner des Landes enteignet, hätte mit der Unterstützung Eugen Loderers nicht zu rechnen.

Der Eindruck, der sich aus diesem kleinen Überblick ergibt, ist traurig. In den DGB-Gewerkschaften bildet sich eine Clique heraus, für die das Gedeihen westdeutscher Industrie das einzig wirklich prinzipielle und durchgängige Interesse bildet. Sie sind Sozialchauvinisten. Ihre Politik unterscheidet sich in der Begründung von der Politik der Kapitalistenklasse. Sie wollen eine gute Geschäftslage, weil sie vielleicht vermuten, jedenfalls aber behaupten, daß

Bereich der Öffentlichen Dienste zuzustimmen. Wenn große Unternehmungen in Konkursgefahr geraten, so sind sie unter Heranziehung öffentlicher Mittel zu sanieren, und zwar ohne daß an die Vergabe solcher Mittel einschneidende Auflagen geknüpft würden. Damit diese Politik gemacht werden kann, sind im Falle weiterer politischer Krisen Neuwahlen zu vermeiden. Viel eher ist eine große Koalition anzustreben bzw. eine CDU/CSU-Regierung zu tolerieren. Damit alles klappt, ist auf jeden Fall das Entstehen einer großen Lohnbewegung zu vermeiden. Das heißt, die Forderungen sind so niedrig anzusetzen, daß Lohnverluste von vorneherein klar sind.

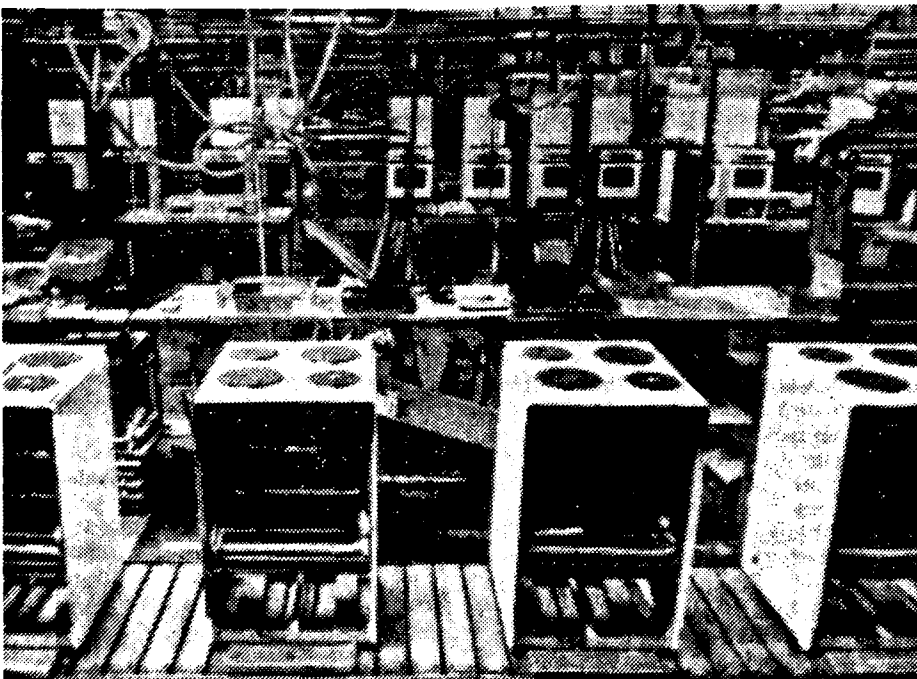
Man würde die Situation in den DGB-Gewerkschaften falsch beurteilen, wenn man alle Funktionäre mit SPD-Mitgliedschaft als Verfechter eines solchen Kurses ansehen wollte. Richtiger ist, daß heftiger Widerspruch gegen die Maßnahmen der Regierungen von Bund, Ländern und Gemeinden und gegen die auf Minderung des Lohnes und Verschlechterung der Ar-

siert. Die Vorwürfe gegen Steinkühler geraten in eine ähnliche Tonart.

Die Funktionäre, die ins Kreuzfeuer solcher Schmutzkampagnen geraten, sind keine unbeschriebenen Blätter. Sie alle haben nicht nur einmal, sondern vielemale bewiesen, daß auf sie auch kein Verlaß ist. Die Belastbarkeit dieser Leute ist nicht hoch. Zu befürchten ist, daß die tätige Arbeiterbewegung alsbald vor einer geschlossenen Blockade durch die Leitungen der Gewerkschaften sich wiederfinden wird.

Das kann jedoch verhindert werden, man möchte fast sagen: noch. Den Anstatzpunkt bietet die kommende Lohnbewegung: wird sie unter Forderungen durchgeführt, die auf eine Stabilisierung der Lohneinkommen zielen und d.h. auf Abschlüsse deutlich über der Inflationsrate, so kann eine Mobilisierung gelingen, die es für die Kapitalistenklasse und ihre derzeit verschiedenen denkbaren Regierungen zum Risiko macht, auf der Arbeiterklasse weiterhin herumzutrapeln. In der Lohnfrage können sich gegenwärtig sehr unterschiedene politische Richtungen finden. Eine Machtdemonstration der organisierten Arbeiterbewegung in dieser Frage würde endlich ihrer politischen Stimme wieder einiges Gewicht zurückgeben. Das würde auch die Diskussion voranbringen. Man muß nicht glauben, daß für die Diskussion auch der strittigen Fragen besonders vortrefflich sei, wenn egal ist, was aus der Arbeiterbewegung zu hören ist, weil die einschlägigen Angesprochenen wissen: das wird keine Folgen haben.

Quellenhinweis: Handelsblatt, versch. Ausgaben; Kölner Stadtanzeiger, 20.8.82; Metall Nr. 16/82 vom 11.8.82



Produktionsstillstand nach Antrag auf Liquidationsvergleich bei Neff.

dann die Situation der Arbeiterbewegung im Kampf um politische Rechte und wirtschaftliche Interessen erleichtert wäre. So finden sie in den Zielvorstellungen zu einer gemeinsamen Politik mit der Kapitalistenklasse. Diese Leute werden jetzt aktiv. Ihre nächsten Vorstellungen sind: Die Kürzung der Leistungen aus dem Transfersystem sind zu schlucken. Eine Sanierung der öffentlichen Haushalte auf Kosten der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst und bei Bahn und Post ist nicht zu vermeiden. Wenn die Arbeitslosigkeit weiter zunimmt, so ist der Einrichtung von arbeitsdienstähnlichen Beschäftigungsverhältnissen im

beitsbedingungen zielende Kapitalistenpropaganda sich allenthalben aufzutut.

Tatsächlich werden bereits gegenwärtig Konflikte zwischen Spitzenfunktionären der Gewerkschaften sichtbar, die sich von den üblichen Karrierestreitereien unterscheiden. So berichtet der Kölner Stadtanzeiger, ein Gewerkschaftssprecher fühle sich durch Äußerungen des ÖTV-Vorstandsmitglieds Merten an „Nazi-Jargon“ erinnert, den man „auch von links nicht wünsche“. Merten hatte im Stern gegen den Umgang der öffentlichen Hand mit Interessen den Beschäftigten in Öffentlichen Diensten polemi-

Ausländer Ausweisung wegen Bezug von Sozialhilfe

In zweiter und dritter Lesung behandelte der Bundestag am 25. Juni den Teil des Sozialgesetzbuches über „Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten“. Verhandelt wurde nach Auffassung von Parlamentariern aller Schattierungen über „Reparaturen“ von Schäden, die durch das 2. Haushaltsstrukturgesetz entstanden seien. Im Rahmen dieses Gesetzes hatte das Parlament Änderungen des Sozialhilfegesetzes vorgenommen, die ihm den besonderen Zorn der Betroffenen zugezogen hatten. Hier sollte geflickt werden. „Repariert“ wurde die „Abschmelzung“ des Blindengeldes in der Art, daß der Zeitraum, in dem die Familien von Blinden zur Ader gelassen werden, gedehnt wird zur leichteren Gewöhnung an die Zumutung, daß sie für Heimunterbringung statt 400 DM etwa das

Doppelte monatlich aufbringen sollen. Geflickt wurde am Zusatztaschengeld für Altenheimbewohner, das auf Wunsch der CDU nach „Leistung“ im früheren Arbeitsleben gestuft ist.

Keiner außer dem SPD-Abgeordneten Heyenn ging auf den zäh betriebenen Vorstoß der Christdemokraten während der eineinhalb Jahre dauernden Beratung des Gesetzentwurfs ein, auch das Ausländergesetz zu reparieren. Beschädigt wurde es nach Meinung aller Parteien bei der vorhergehenden Behandlung des Schutzes von Sozialdaten. Seitdem leidet die Vollstreckung des §10 Ausländergesetz darunter, daß die Abschiebung wegen des Bezugs von Sozialhilfe, da den Ausländerbehörden nicht bekannt, nicht vollstreckt werden kann. Bis Ende 1980 galt die Regelung, daß die Sozialämter zur Mitteilung an die Ausländerbehörden verpflichtet sind, wenn ein Ausländer nur noch durch Sozialhilfe seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Seit Inkrafttreten des Datenschutzes fehlt für dieses Vorgehen die gesetzliche Handhabe. Die Reaktionen von CDU und CSU versuchten, gleich den ganzen Datenschutz für Ausländer zu beseitigen. Heyenn äußerte dazu: „Aus Gründen des Datenschutzes sind wir einem Wunsch des Innenausschusses nicht nachgekommen. Wir mußten einer *generellen Zulässigkeit* (Hervorhbg., Red.) der Offenbarung personenbezogener Daten eines Ausländers an die Ausländerbehörde unsere Zustimmung versagen.“ Die SPD stellte jedoch ihrerseits Überlegungen an, wie zumindest das Mitteilungsverfahren bei Bezug von Sozialhilfe wiederhergestellt werden und verschärft werden könnte. Denunziert werden sollte in jedem Fall, nicht nur in Fällen, wenn der Bezug von Sozialhilfe mehr als „nur vorübergehend“ ist. Jedoch wollte sie lieber auf die nächste Novellierung des Ausländergesetzes warten.

Dieses Zögern veranlaßte die CDU/CSU erneut zum Vorstoß. Baden-Württemberg brachte einen Antrag zur Wiederherstellung des Mitteilungsverfahrens in den Bundesrat ein. Ende Juli äußerte sich Lummer, Innensenator des Landes Berlin, befriedigt darüber und erregte sich über „Mißbrauch von Sozialhilfe bei Ausländern“. Noch vor Ende dieses Jahres möchte er wieder diese Möglichkeit zur Abschiebung haben, die allein in Westberlin 1980 in 70 – 80 Fällen praktiziert wurde.

Die SPD-Regierung Nordrhein-Westfalens zog mit einem Antrag nach, dessen Fassung mit der Empfehlung des Innenausschusses fast identisch ist, in dieser Form vom Bundesrat beschlossen wurde und Ende August vom Vermittlungsausschuß behandelt wird.

Am selben Tag behandelte der Bundestag abschließend das „Gesetz zur Beschleunigung von Asylverfahren“ (s. Politische Berichte 17/82). Alles zusammengenommen tritt das nackte Interesse der Kapitalisten hervor, Zwangsarbeit auf der Grundlage völliger Entrechtung zu organisieren, und Arbeitskraft, die keinen Ausbeuter findet, als bloßen Kostenfaktor abzuschieben. Mit der Zeit eröffnet sich vielleicht die Möglichkeit, ausländische Arbeiter, die sozialhilfefällig werden – die Ausweisung ist ja nicht zwingend vorgeschrieben – vor die freie Wahl zu stellen, ob sie entweder ausgewiesen oder ins Arbeitslager überführt werden wollen.

Quellenhinweis: Deutschland-Union-Dienst Nr. 144; Bundestagsprotokoll 9/109; Bundestagsdrucksache 256/82

Libanon

PLO ungeschlagen – Israels Krieg geht weiter

Ein Ende der israelischen Besetzung des Libanon ist nicht in Sicht. Die Besatzungstruppen erhalten Winterausrüstung; Pionierkompanien bauen neue Straßen in Richtung Ostlibanon, wo mehrere tausend PLO-Kämpfer und – im Rahmen eines Abkommens der arabischen Staaten – syrische Verbände stationiert sind; im besetzten Südlibanon baut der Zionistenstaat eigene Verwaltungsstrukturen auf. Israels nächstes Ziel nach Abzug von 6000 PLO-Kämpfern aus West-Beirut: der vollständige Rückzug aller syrischen und PLO-Soldaten aus Libanon, die Installierung einer Marionettenregierung. Gerade ist unter den israelischen Bajonetten der Kollaborateur und Großbourgeois Pierre Gemayel, Anführer einer Mörderbande, illegal zum libanesischen Staatspräsidenten gekürt worden – bei einem Wahlboykott

durch die meisten Moslem und Drusen-Abgeordneten. Mit der Wahl ist der Bürgerkrieg gegen den moslemischen Bevölkerungsteil und gegen die Drusen, gegen ihre gemeinsam mit der PLO kämpfenden Organisationen und gegen die ganze antizionistische Opposition erklärt.

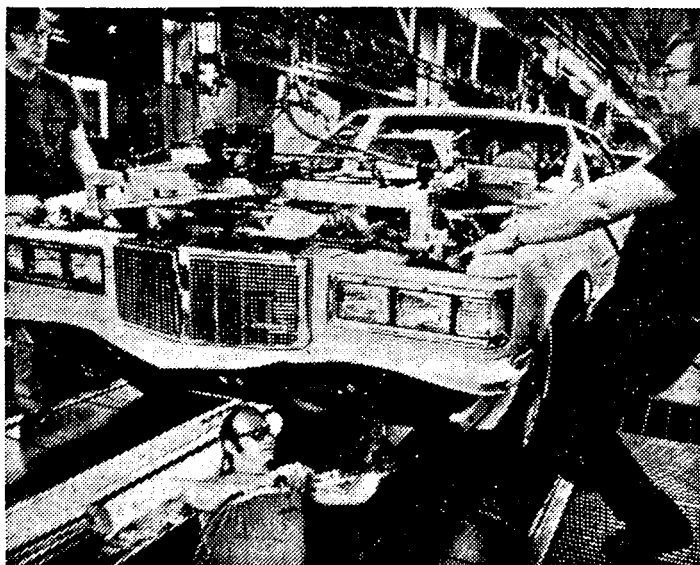
Die USA, zum ersten Mal seit ihrer Invasion 1958 im Libanon mit 800 Marinesoldaten militärisch wieder präsent neben der EG-Vorhut aus der französischen Fremdenlegion (mit Libanon-Kolonialerfahrung!) und aus der italienischen Armee, zeigen sich befriedigt. Die Bundesregierung wünscht der „Friedensstreitmacht“ viel Erfolg und setzt die Finanzierung der israelischen Aggression fort; die von den westlichen Imperialisten betriebene Nahost-Lösung verspricht Beute. Reagan hält die Situation für günstig wie nie – weil sich die PLO von dem Schlag nicht erholen könne, wie er erklärte. Unterstützt von den USA und der EG und unter Anwesenheit von US- und EG-Verbänden hat Israel jetzt die zweite Phase des Kriegs eröffnet – gegen die syrischen und die restlichen PLO-Verbände im Libanon, gegen die libanesischen Linke.

Das Kalkül kann nicht aufgehen, weil die Grundannahme nicht stimmt: die PLO ist militärisch nicht geschlagen, ihre Verbände haben einer gewaltigen Übermacht getrotzt. Der Krieg gegen den Zionistenstaat geht weiter, mit allen Mitteln und überall, auch im Libanon und von Beirut aus, erklärte PLO-Führer Kaddoumi beim Eintreffen der ersten aus Beirut abgezogenen PLO-Soldaten auf Zypern. Im israelischen Rundfunk sagte der von den Israelis amtsenthobene Bürgermeister von Gaza, Israels Krieg habe das Ansehen der PLO unter den Palästinensern noch erhöht und den Willen verstärkt, für einen eigenen Staat zu kämpfen.

Quellenhinweis: FAZ, 21., 23., 24.8.; Jerusalem Post, 21.8.; Wireless Bulletin der US-Botschaft, 20. u. 23.8.



Von den syrischen Golan-Höhen, von Israel annektiert, hat die israelische Armee freies Schußfeld bis tief nach Syrien hinein.



US-Arbeiterbewegung

US-Kapitalisten haben den Elendsstandard ausgeweitet; jetzt greifen sie die tariflich gesicherten Löhne an

Als „neue Form der Beziehungen“ zwischen den Gewerkschaften und den Kapitalisten begrüßten die Sprecher der US-Kapitalisten im Februar einen Tarifaabschluss, mit dem die Ford-Kapitalisten der US-Automobilarbeitergewerkschaft UAW einen Drei-Jahresvertrag über Lohnzugeständnisse aufdrücken konnten. Mit einer wachsenden Zahl von Werkschließungen und der Drohung, weitere Teile der Produktion in Zulieferbetriebe auszulagern, hatten die Fordkapitalisten die Zustimmung der Arbeiter – 43600 gegen 15900 stimmten die UAW-Mitglieder bei Ford mit Ja – erzwungen. Im Verhältnis zu dem bis dahin geltenden Tarifvertrag, der u.a. jährlich 3% Tarifloohnerhöhung vorsah, werden die Fordkapitalisten in den 38 Monaten Laufzeit insgesamt über eine Mrd. Dollar an Lohngeldern einbehalten. Die Ford-Kapitalisten behaupteten, sie hätten im Jahr 1981 1 Mrd. \$ Verlust gehabt.

Seit dem Juli 1981 ist die Industrieproduktion in den USA stark zurückgegangen, im Juni 1982 betrug die Kapazitätsauslastung in der gesamten US-Wirtschaft 68%. Schon 1981 hatten die Kapitalisten mehr Lohnkürzungen gegen die Gewerkschaften als 1980 durchsetzen können, so z.B. bei Chrysler, im Lufttransport, der Gummiindustrie, im Lastwagenfernverkehr und der Fleischverarbeitung. Nach Abschluß des Vertrages bei Ford verstärkten die anderen Kapitalisten den Druck gegen die Arbeiter. Bei General Motors und im Fernlastwagenverkehr setzten sie durch, daß sie für die Laufzeit der mehrjährigen Verträge wie bei Ford keine Tarifloohnerhöhungen zahlen müssen, die Inflationsanpassungen der

Löhne werden zurückgestellt, neu eingestellte Arbeiter müssen zu einem wesentlich niedrigeren Lohn anfangen – bei Ford mit 85% des normalen Lohns – und kommen erst nach drei Jahren auf 100%.

Die Kapitalisten versuchten nachzusetzen und stießen auf wachsenden Widerstand. Auf den jeweiligen Betriebsebenen verhandelten die GM-Kapitalisten über die Änderung und Verschärfung der Arbeitsbedingungen, was sie gegenüber dem konzernweiten Abschluß als wichtiger ansehen. Bisher hat die große Mehrzahl der GM-Belegschaften Verschärfungen des Akkords, Verringerung der Maschinenbesetzung und Streichung von Facharbeitereinstufungen abgelehnt. Die Chrysler-Arbeiter wurden aufgefordert, zum vierten Mal seit 1979 Lohnkürzungen hinzunehmen, sie haben das bisher abgelehnt. Den Durchschnittslohn bei Chrysler haben die Kapitalisten seit 1979 um drei Dollar die Stunde gegenüber dem Lohn in den anderen Autokonzernen herabgedrückt. Die Stahlarbeitergewerkschaft USW hat Ende Juli auf der Konferenz aller örtlichen Gewerkschaftsvorsitzenden einstimmig das von den Stahlkapitalisten geforderte „Einfrieren“ der Löhne für die nächsten Jahre abgelehnt. Die Stahlkapitalisten hatten insgesamt 8 Mrd. Dollar für die nächsten drei Jahre an „Zugeständnissen“ verlangt. Anfangen sollten die Arbeiter mit dem Verzicht auf die 10 Cents Lohnerhöhung zum 1. August 1982 und auf die gleichzeitig fällige Inflationsanpassung der Löhne. Die Erhöhungen sind in Kraft getreten.

Die verlorengegangene Konkurrenzfähigkeit müsse wieder gewonnen und Amerika wieder groß werden, erklären

die US-Kapitalisten. Die Leute müßten wieder zur Arbeit gebracht werden durch eine großangelegte Reindustrialisierung. Anders sei die Arbeitslosigkeit nicht zu stoppen. Das verhindere aber der zu hohe Lohnstandard, er müsse endlich gesenkt werden. Entgegen den Behauptungen der Kapitalisten, daß der Lohn zu hoch sei, fällt der Lohn tatsächlich seit Jahren. 1981 hatten sie den mittleren Lohn (50% der Löhne liegen über diesem mittleren Lohn, 50% darunter) um 4% unter den mittleren Lohn des Jahres 1967 (inflationsbereinigt) gesenkt. Wobei diese Zahl die tatsächliche Senkung noch beschönigt, denn die ständig gewachsenen Steuern und Abgaben sind nicht verrechnet, die Intensivierung der Arbeit ist nicht angerechnet. Für viele reicht der Lohn nicht zum Leben. Das zeigt die steigende Zahl derjenigen, die unter die offizielle Armutsgrenze fallen. 1981 waren es 14% der Bevölkerung.

Insbesondere für die Lohnabhängigen, deren Lohn nicht durch Tarif gesichert ist, fällt der Lohn. Nur für etwa ein Drittel der Arbeiter und Angestellten gelten Tarifverträge der Gewerkschaften. 1976 waren es 26,9 Millionen. Seit Jahren haben die Kapitalisten in den tariflosen Branchen und Betrieben den Lohn herabgedrückt. Nachdem ihnen dort eine weitgehende Lohnsenkung gelungen ist, glauben sie jetzt, die tariflich gesicherten Löhne gezielt angreifen zu können. Sie fühlen sich stark genug, an die Tarife der Industriebereiche heranzuwollen, in denen die Gewerkschaften die höchste Organisation erreicht haben und höhere Löhne durchsetzen konnten.

Insbesondere auf die Verträge dieser Gewerkschaften konzentrieren die Kapitalisten jetzt ihre Angriffe. Die Automobilarbeitergewerkschaft hat Verträge, die mindestens über 1000 Beschäftigte umfassen, für 962000 Lohnabhängige geschlossen, die Gewerkschaft der Beschäftigten im Nachrichtenwesen für 609000, die Teamster-Gewerkschaft (Lastwagenfahrer und Lagerarbeiter) für 513000, die Stahlarbeitergewerkschaft für 486000, die Maschinistengewerkschaft für 310000. Hier haben die Gewerkschaften deutlich über 50% der Beschäftigten organisiert, der größte Teil der Belegschaften hat in Wahlen die jeweilige Gewerkschaft zu ihrem Vertreter bei Verhandlungen mit den Kapitalisten bestimmt.

Der höhere Lohnstandard in diesen Bereichen hängt mit der Art des Wirtschaftens der US-Kapitalisten zusammen, das zu einem großen Teil auf dem extensiven Raubbau an der Arbeitskraft beruht. Die Kapitalisten haben beständig große Massen von Arbeitskräften rekrutiert – oft von weit entfernten anderen Gebieten der USA –



Schilder am Solidaritätstag 1981: „Reagans Haushaltskürzungen helfen den Reichen und nichts uns“

um die rasch verschlissenen Arbeiter auszutauschen. Obwohl das Potential an billiger Lohnarbeit so groß war, hat dieser ungeheuer rasche Verschleiß und die ständig nötige Neuzufuhr von Arbeitskraft den Gewerkschaften ermöglicht, höhere Löhne zu erkämpfen. Die

Kapitalisten waren wegen ihrer Monopolstellung auf dem Weltmarkt in der Lage, Zugeständnisse zu machen. Diese Monopolstellung haben sie aber inzwischen verloren. Bei einem offiziell gemeldeten Stand von 9,8% Arbeitslosen – der ALF-CIO stellt dagegen fest, daß die tatsächliche Arbeitslosenrate zwischen 13 und 14% liegt – sehen die US-Kapitalisten jetzt die Gelegenheit, auch dort, wo sie die tariflich gesicherten, höheren Löhne nicht drücken konnten, den Lohnstandard zu Fall zu bringen.

Die Zielrichtung, wohinunter die Kapitalisten die Löhne senken wollen, sind die äußerst niedrigen Löhne eines großen Teils der Lohnabhängigen. In der Form der kolonialen Raubwirtschaft haben die US-Kapitalisten die Angehörigen der farbigen Nationen und wachsende Teile der Arbeiterklasse der Ausbeutung zum Elendslohn unterworfen. Von den im Jahr 1981 72 Millionen Vollzeitbeschäftigten, die Lohn oder Gehalt erhielten – weitere 16 Millionen arbeiten als Teilzeitbeschäftigte – verdienten 7 Millionen

Der „Schmelztiegel USA“ ist ein brutales Völkergefängnis

Daß der angebliche „Schmelztiegel USA“ in Wirklichkeit ein brutales Völkergefängnis ist, das der US-Finanzbourgeoisie bis heute erlaubt, einen bedeutenden Teil ihrer Profite aus der nationalen Unterdrückung und Ausbeutung von mehr als 40 Mio. Schwarzen, Mexikanern, Indianern und Inuit (Eskimos) zu ziehen und mittels der Unterdrückung dieser Nationen auch den übrigen Lohnabhängigen ständig schwere Niederlagen beizubringen, ist eine von der bürgerlichen Propaganda gern verschwiegene Wahrheit. Vergessen werden soll die fast völlige Auslöschung der indianischen Nationen und die andauernde Einpferchung der Reste dieser Nationen in elenden Reservaten. Vergessen werden soll das Elend der Schwarzen und insbesondere, daß sie nach der Aufhebung der Sklaverei keineswegs das von ihnen seit Jahrzehnten bearbeitete Land erhielten, sondern sich binnen kurzem als Lohnarbeiter und Pächter von den gleichen früheren Sklavenhaltern ausbeuten lassen mußten, begleitet von ständiger Terrorisierung durch die weißen Landbesitzer und ihre Banden, allen voran den Ku-Klux-Klan. Vergessen oder verschwiegen werden soll auch das Elend der spanisch sprechenden und zumeist mexikanischen Nationen in den USA und insbesondere, daß die US-Kapitalisten nach dem Eroberungskrieg ge-

gen Mexiko 1848, durch den sie sich ein Drittel ihres heutigen Staatsgebietes zusammenraubten, diese Bauern und Pächter fast ausnahmslos von ihrem Land vertrieben, ihnen allein in den Staaten Texas, Colorado, New Mexico und Arizona 21 Mio. ha Land raubten und sie so in elendeste Lohnarbeiter ohne jegliche Rechte, ständig terrorisiert durch Kapitalisten und die US-Staatsmaschinerie, verwandelten.

Seit Jahrzehnten bildet diese Unterdrückung der Nationen der Indianer, Inuit, der Mexikaner und Schwarzen eine schwere Bürde für die US-Arbeiterbewegung. Noch heute sind der Süden und Südwesten der USA weitgehend „gewerkschaftsfrei“, ist der Lohnstandard dort bedeutend niedriger als in den anderen Gebieten. Noch heute bilden die unterdrückten Nationen zusammen mit den vier bis fünf Millionen „illegalen“ Einwanderern aus Mexiko oder den karibischen Inseln den entscheidenden Teil des gewaltigen Niedriglohnheeres in den USA.

So rekrutieren die US-Farmkapitalisten aus diesen unterdrückten Nationen bis heute den größten Teil ihrer 2,5 Mio. Farmarbeiter. Für diese Landarbeiter gelten weder die Mindestlohngesetze noch die Gesetze gegen Kinderarbeit noch irgendwelche Versicherungen gegen Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit. 800000 Farmarbeiter sind Kinder unter 16 Jahren. Hunderttausende

müssen ihr Leben lang als Wanderarbeiter durchs Land ziehen. Die Lebenserwartung dieser Arbeiter liegt mit 49 Jahren drei Jahre über der der Indianer und 22 Jahre unter dem US-Durchschnitt, ihr Lohn in der Regel unter dem für die übrigen Lohnabhängigen gültigen gesetzlichen Mindestlohn von 3,35 \$.

Auch in der Textilindustrie im alten Baumwollgürtel des Südens, in der Bekleidungsindustrie mit ihrem New Yorker „Modezentrum“, das auf der Ausbeutung von 140000 schwarzen, puertorikanischen und dominikanischen Lohnabhängigen in den berüchtigten „Schweißbläden“ und Heimarbeiterlöchern in den Getthos beruht, überwiegend schwarze und mexikanische Lohnarbeiter. In den Schlachthöfen von Chicago, als häusliche Bedienstete, in Wäschereien, Lagerhäusern, bei kirchlichen Wohlfahrtseinrichtungen, bei der Straßen- und Gebäudereinigung, als ungelernte Büroangestellte oder Verkäuferinnen, bei gefährlichen Bau- und Montagearbeiten, in Getreidemühlen und den Gießereien der Stahlwerke, kurz überall, wo schwere, gefährliche und schlecht bezahlte Arbeit zu leisten ist, rekrutieren die US-Kapitalisten noch heute ihre Arbeitskräfte mit Vorliebe aus den unterdrückten Nationen.

1981 lag der Durchschnittslohn aller schwarzen Lohnabhängigen 20% unter dem US-Durchschnitt. 1980 wurden 80% aller schwarzen Lohnabhängigen als angelernte oder ungelernte Arbeitskräfte ausgebeutet. 1979 lebten 30,9%

unter 150 Dollar die Woche. In der Metallerzeugung konnten die Gewerkschaften 437 Dollar die Woche durchsetzen, der Durchschnittslohn in der Industrie war 1981 255 Dollar.

Über 600000 von den eben angeführten 7 Millionen erhielten unter 100 Dollar die Woche, weniger als sie bei einem gesetzlichen Mindestlohn von 3,35 Dollar die Stunde verdient hätten. Diese 600000 arbeiteten für diese 100 Dollar bzw. noch darunter 40 Stunden die Woche! Von allen Beschäftigten überhaupt, also auch den Teilzeitbeschäftigten, mußten 1,4 Millionen zu einem Lohn von unter 3 Dollar die Stunde arbeiten. Wie weit die US-Kapitalisten die Löhne gedrückt haben, zeigt, daß sie eine wachsende Zahl von Lohnabhängigen dazu zwangen, eine Doppelbeschäftigung wahrzunehmen. Die Zahl der Lohnabhängigen mit zwei Arbeitsstellen stieg von 1965 mit 3,7 Millionen auf 4,7 Mio. 1980.

Zum größten Teil müssen zu diesen elenden Niedrigstlöhnen Frauen, Jugendliche und Angehörige der farbigen Nationen arbeiten. Aus ihnen haben

die Kapitalisten den Zuwachs an ausbeutbaren Arbeitskräften mit überwiegender Mehrheit im letzten Jahrzehnt rekrutiert. Diese Ausweitung der Lohnabhängigkeit ist im wesentlichen das Ergebnis der weiteren Verarmung, der Ausweitung des Elendsstandards.

Von 1970 bis 1980 ist die Zahl der Erwerbspersonen von 85,9 Mio. auf 106,8 Mio. gestiegen, um 24,4%. Die Gewerkschaften konnten nicht im selben Maß neue Mitglieder organisieren. Sie konnten 4,6% mehr organisieren, 1980 hatten die Gewerkschaften 22,2 Millionen Mitglieder. Von der Erwerbsbevölkerung waren 1970 24,7%, 1980 nur 20,8% in einer Gewerkschaft organisiert.

Als weiteres Mittel, mit dem die Kapitalisten die Ausweitung des elenden Lohnstandards betrieben, haben sie seit 1965 die systematische Verlagerung der Betriebe in den Süden durchgeführt. Von 1970 bis 1980 sind 64% aller neuen Arbeitsplätze in den USA in den Staaten zwischen Kalifornien und Florida, dem sogenannten Sonnengürtel (Sun Belt) geschaffen worden. Dort

beuten die Kapitalisten die Arbeitskräfte zu noch niedrigeren Löhnen aus als in den übrigen Teilen der USA. Die Hälfte aller schwarzen Arbeiter der USA müssen dort für die Kapitalisten schuften. Die Kapitalisten zahlen den schwarzen Arbeitern nur 71% des Lohns eines weißen Arbeiters, den weißen Arbeiter entlohnen sie 10% unter dem Lohn der weißen Arbeiter in den übrigen Staaten der USA. Die Gewerkschaften konnten dort nur 15% der Lohnabhängigen gegenüber etwa 35% in den anderen Staaten organisieren. Wenn die Kapitalisten verhindern können, daß eine Belegschaft durch die Gewerkschaft vertreten wird, was im Süden zum großen Teil der Fall ist, heißt das, daß sie im Durchschnitt zwischen 24 und 30% weniger an Lohn zahlen müssen. Dabei nutzten die Kapitalisten das Festungswerk von Gesetzen, das diese Staaten gegen die gewerkschaftliche Organisation und gewerkschaftliche Betätigung errichtet haben.

Die Profitfeldzüge des US-Kapitals zwingen zugleich Millionen Arbeiter

aller Schwarzen unter der offiziellen Armutsgrenze, 21,6% aller spanisch sprechenden Nationen, weit über 50% aller Indianer und Inuit.

Daß diese Nationen auch weiterhin schuften und schwitzen sollen, um „Amerika wieder groß zu machen“, ist das erklärte Ziel der Reagan-Regie-

der Vorwand, um den Polizeiterror gegen diese Nationen auszuweiten. Der Ku-Klux-Klan, 1975 auf 6500 Mitglieder geschrumpft, meldete 1980 bereits wieder 10000 Mitglieder, und seine Mitgliederzahl wächst weiter. Nur durch „individuelle Leistung“, so jüngst Justizminister Smith höhnisch,



„Freiheitsmarsch“ der United League of Mississippi am 25.11.1978: 2000 demonstrieren für „Land, Freiheit und Selbstbestimmungsrecht“.

rung. Mit den Angriffen auf den Mindestlohn, der weiteren Unterhöhnung der Gesetze gegen Kinderarbeit, der erneuten Legalisierung der Heimarbeit in der Bekleidungsindustrie, den brutalen Kürzungen der Lebensmittelmarken und der Sozialhilfe zielt sie insbesondere auf die unterdrückten Nationen in den USA. Die „Ausweitung des Kampfes gegen illegale Einwanderer“ und gegen „Drogenschmuggel“ ist nur

könnten Schwarze, Mexikaner usw. in der US-Gesellschaft aufsteigen: „Wir arbeiten dafür, daß die Individuen auf der Basis ihrer Verdienste behandelt werden, nicht als Mitglieder einer bevorzugten oder benachteiligten Gruppe.“ Was die weitere Verfolgung der unterdrückten Nationen in den USA als offen proklamiertes Ziel bedeutet.

Aber trotz dieser Unterdrückung stellen z.B. die schwarzen Lohnabhän-

gigen heute 15% aller US-Gewerkschaftsmitglieder, bei einem Bevölkerungsanteil von nur 11%, ist seit Jahren jedes dritte neue Gewerkschaftsmitglied Schwarzer, konnten die mexikanischen Landarbeiter in Kalifornien bislang die einzige US-Farmarbeitergewerkschaft, die UFW, in heftigen Kämpfen gegen die Farmkapitalisten aufbauen. 1970 demonstrierten in Los Angeles in Kalifornien 25000 Chicanos gegen ihre nationale Unterdrückung. Seitdem haben sich im Südwesten der USA eine ganze Reihe von mexikanischen Organisationen gebildet, die für die Rückgabe des geraubten Landes und für nationale Rechte der Chicanos kämpfen. In Mississippi gründeten 1967 Schwarze die „United League of Mississippi“, die für die Rückgabe des Landes im Süden an die Schwarzen, für Selbstbestimmungsrecht und nationale Freiheit der Schwarzen kämpft. 1975 besaß die United League bereits 75000 Mitglieder in Mississippi. „Land und Selbstbestimmungsrecht“ für die unterdrückten Nationen der Indianer, Schwarzen, Mexikaner und Inuit: die Durchsetzung dieser Forderungen würde das US-Völkergefängnis sprengen und die Kampfbedingungen der weißen Lohnabhängigen bedeutend verbessern.

Quellenhinweis: Claus Biegert, Seit 200 Jahren ohne Verfassung, Indianer im Widerstand, Hamburg 1976; P.M. Michels, Wetbacks, Kojoten und Gorillas, Arbeitskämpfe der Farmarbeiter in den USA, Frankfurt 1976; Wall Street Journal, 28.7.82; AFL-CIO (Hrsg), Federationist, August 181; Unity, Zeitung der League of revolutionary Struggle (ML), USA, 26.1.79 und div. andere Ausgaben; New York Times, 19.11.81; Time, 10.5.82

quer durch die USA auf die Suche nach Arbeitsplätzen. Bei wachsender Arbeitslosigkeit in den bisherigen Industriegebieten des Nordens trieb das US-Kapital große Teile der Arbeiterklasse in den Süden, die hofften, ihre Arbeitskraft dort verkaufen zu können. So wanderten z.B. 1,5 Millionen aus dem Norden zwischen 1975 und 1980 nach North Carolina. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt dort bei 6%.

Seit 15 Jahren arbeiten die Kapitalisten systematisch daran, die höheren Löhne zu drücken. Die Reagan-Regierung nutzt bei ihren Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse und die unterdrückten Nationen aus, was die Kapitalisten erreicht haben. Sie versucht, bestehende Schranken, die es der Gewerkschaft erlauben, Widerstand gegen die Lohnsenkung und die verschärfte Ausbeutung aufzubauen, zu beseitigen:

1. Will die Reagan-Regierung die Möglichkeit für Kapitalisten verbessern, an die alte und ausgepowerte Arbeitskraft heranzukommen. Reagan hat die Verschiebung des Rentenalters von 65 auf 68 Jahre angekündigt. Wer mit 62 in Rente geht, dem sollen die Bezüge um 40% gekürzt werden. Die Mindestrente von 100 Dollar im Monat

ist zukünftig gestrichen. Weitere Angriffe gegen die Rentner bereitet die Regierung vor. Im Dezember, nach den Senats- und Repräsentantenhaus-Halbzeitwahlen im November wird sie einen Bericht über die Rentenkassen vorlegen.

2. Der Zugriff auf die jugendliche Arbeitskraft soll erleichtert werden. Die Regierung will die gesetzlich erlaubte Arbeitszeit für schulpflichtige Jugendliche im Alter von 14 und 15 Jahren von 18 auf 24 Wochenstunden ausdehnen. Das Verbot der Arbeit in Wäschereien, Tankstellen, Bäckereien, Küchen, Lagerarbeit in Kaufhäusern u.a. soll aufgehoben werden.

3. Die Regierung strebt an, den Kapitalisten die Vernutzung der Arbeitskraft ohne Rücksicht auf Gesundheit und Lebensdauer zu ermöglichen. Für Industrie und Handel will Reagan insgesamt 194 Sicherheitsbestimmungen beseitigen. Für mehr als 18 Mio. Beschäftigte im Einzelhandel will die Regierung den „unnötigen“ Schutz wegnehmen. Die Regierung will 90% der giftigen Stoffe aus der Berichtspflicht der Betriebe entfernen. Und das in einer Situation, wo die Kapitalisten vermelden können, daß in ihren Betrieben zwischen 1970 und 1980 147100 Beschäftigte bei Betriebsunfällen starben.



114000 sterben jährlich durch Unfälle und Berufskrankheiten

Der AFL-CIO veröffentlichte die Todesrate, die alle Fälle umfaßt, die nachweislich auf der Ausbeutung beruhen: Jedes Jahr verursacht die Kapitalistenwirtschaft 114000 Todesfälle durch Betriebsunfälle und Berufskrankheiten.

4. Neben der Beseitigung der gesetzlichen Schranken übt die Regierung nackten ökonomischen Druck aus, durch Kürzung des Arbeitslosengeldes

Die Ausbeutung der Frauen durch die US-Kapitalisten ist schändlich

Zynisch bemerkt die Zeitschrift „Newsweek“ in ihrer Ausgabe vom 9. August, daß „die Kinder in den kommenden Monaten ihre Mammies wieder etwas mehr sehen werden“, da die Arbeitslosigkeit der Frauen weiter wachsen werde. Tatsächlich klingt es wie blanker Hohn, wenn die Reagan-Reaktion von Bewahrung der amerikanischen Familie als Fundament der Freiheit Amerikas daherredet. Die Taten der herrschenden Klasse in den USA stellen selbst ihre Propagandalügen, die der Sowjetunion Schändung der Weiblichkeit durch massenhafte Schwerarbeit vorwerfen, in den Schatten.

Die US-Bourgeoisie hat die zu ihrer Ausbeutung bereit stehende Arbeiterarmee vor allem deshalb so rasch und so bedeutend vergrößern können, weil sie die Löhne so weit gedrückt hat, daß es für viele zur Existenzfrage wird, daß die Frau arbeitet. Und selbst bei den Arbeitern und Angestellten, die scheinbar viel verdienen, ist die Unsicherheit, nach einem Arbeitsunfall oder bei Arbeitslosigkeit in völlige Armut zu sinken, so groß, daß die Frau zur Finanzierung von Versicherungen sich nach einem Job umsehen muß. Es spricht



	Frauen über 16 J. in Mio.	davon erwerbs- tätig Mio.	in %
USA 1960	61,6	23,3	37,8
1970	72,8	31,6	43,4
1980	86,6	44,7	51,7
SU 1970	93,7	45,8	48,9
BRD 1980	26,9	10,5	39,6

Anmerkung: Für die Sowjetunion wird die Frauenerwerbsquote für gewöhnlich mit 68,9% angegeben, da sie auf die Zahl der erwerbsfähigen Frauen berechnet wird, das sind in der UdSSR Frauen zwischen 16 und 55 Jahren. Da in den USA eine Frau ab dem 16. Lebensjahr ohne Altersgrenze als ausbeutbar gilt, mußte umgerechnet werden.

Bände, wenn fast die Hälfte aller verheirateten Frauen mit Kindern unter sechs Jahren arbeiten muß und wenn acht Prozent der Kinder von lohnabhängigen Müttern zur Arbeit mitgenommen werden, weil sie sonst nirgends untergebracht werden können.

Die Löhne, die die Kapitalisten an Frauen zahlen, garantieren kaum die Existenz einer Alleinstehenden, und wehe einer Büroangestellten, die geschieden ein oder zwei Kinder großziehen muß! Sie gehört mit ihren Kindern rasch zu jenen 31,8 Millionen US-Amerikanern, die 1981 unterhalb der offiziellen Armutsgrenze lebten. In einem Bericht des Census Bureaus der US-Regierung heißt es, daß 1980 50,8% aller Halbfamilien mit weiblichem Haushaltsvorstand und Kindern unter 18 Jahren arm waren.

	Frauen waren erwerbstätig			
	USA		BRD	
	1960	1970	1980	1980
verheirateten	30,5%	40,8%	50,2%	39,3%
ohne Kinder	34,7%	42,2%	46,1%	36,7%
mit K. 6-17 J	39,0%	49,2%	61,8%	40,8%
mit K. u. 6 J	18,6%	30,3%	45,0%	35,2%
geschieden	—	70,9%	74,5%	59,5%
ohne Kinder	—	67,7%	71,4%	53,8%
mit K. 6-17 J	—	82,4%	82,3%	69,4%
mit K. u. 6 J	—	63,3%	68,0%	49,8%

Von den 49,8 Millionen Frauen, die im März 1980 beschäftigt waren, ge-

die Arbeitslosen zu zwingen, jede Arbeit anzunehmen, wann immer das Kapital sie braucht zu welchen Bedingungen auch immer.

Der AFL-CIO Exekutiv-Ausschuß hat Anfang August die Gewerkschaftsmitglieder aufgerufen, im November Kandidaten zu wählen, die den Forderungen der Gewerkschaftsbewegung am nächsten kommen. In den meisten Fällen sind damit Kandidaten der Demokratischen Partei gemeint. Bekannt ist, die Demokratische Partei, zuletzt Carter, war lange am Ruder und hat ihre Politik gegen die Arbeiterklasse gemacht. In der Gewerkschaftsbewegung entwickeln sich auch andere Kräfte, die versuchen, den Kampf gegen das entscheidende Problem, den Niedriglohn, zu organisieren. Das drückt sich darin aus, daß jedes dritte neue Gewerkschaftsmitglied ein Farbig ist. Diese Kräfte wollen, indem sie die Arbeiter im Niedriglohnbereich und die unterdrückten Nationen organisieren, die Angriffe der Kapitalisten zurückschlagen.

Quellenhinweis: Daniel J.B. Mitchell, Unions, Wages and Inflation, Washington 1980; R. Scheuch, Labor in American Economy, New York 1981; The AFL-CIO American Federationist, März 1982; U.S. Department of Labor, Monthly Labor Review, Dezember 1981, Januar 1982, April 1982

hörten nur 21,6 Millionen zur Kategorie der „ganzjährig im gleichen Beruf voll Beschäftigten“. Mindestens 8,2 Millionen waren Teilzeit arbeitende Frauen. Diese Brutalität der US-Kapitalisten, mit der sie Frauen ständig in die Produktion einsaugen, wieder ausspucken und wieder einsaugen, drückt das Lohnniveau. So lag der mittlere Stundenlohn von Hausmädchen bei 1,31 \$ (1 \$ ca. 2,50 DM). Die 1,5 Mio. Frauen in diesem Bereich sind fast alle teilzeitbeschäftigt oder wechseln rasch. Verkäuferinnen, 3,4 Mio., davon 0,9 Mio. ganzjährig vollbeschäftigt, verdienen im Mittel 3,12 \$ die Stunde. Die 16,7 Mio. Büroangestellten verdienen 7,06 \$, wenn sie vollbeschäftigt sind (8,4 Mio.), sind es 9,86 \$. Im Vergleich zu den mittleren Männerlöhnen in allen Branchen lag der mittlere Lohn der Frauen bei 60 Prozent, gleich 5,99 \$ die Stunde.

Welche Schwierigkeiten den Gewerkschaften daraus erwachsen, liegt auf der Hand. Es kostet große Anstrengungen bei sich ständig umwälzenden Belegschaften, die Frauen so zu organisieren, daß die Zahl der Organisierten Schritt hält mit der noch weiter rasch wachsenden Zahl von weiblichen Lohnabhängigen.

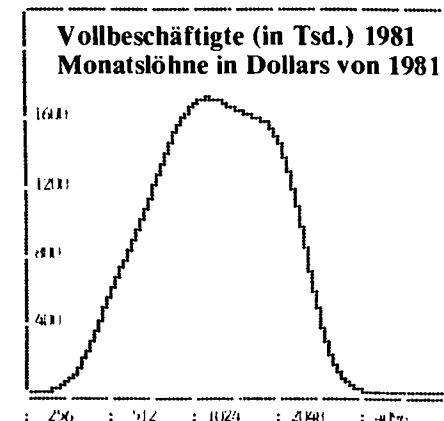
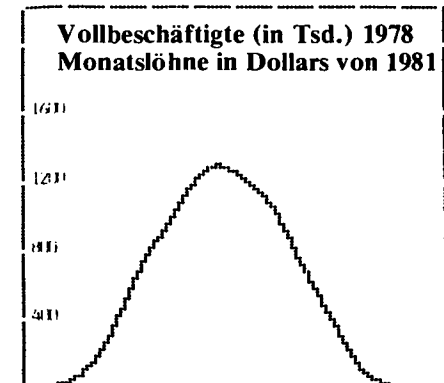
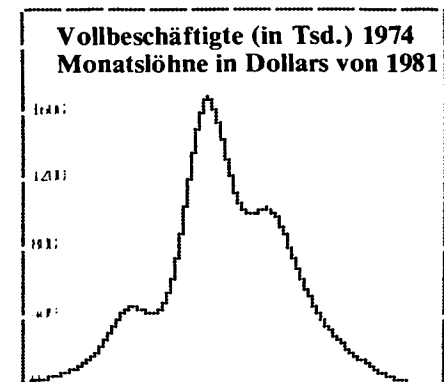
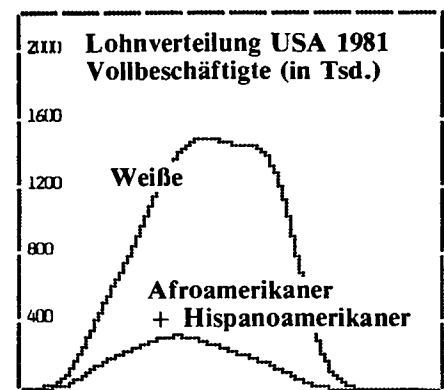
Quellenhinweis: Time, 12.7.1982; U.S. Department of Commerce, Statistical Abstracts of United States 1981

Langjährige Lohnsenkung, Zunahme der Niedriglöhner und der Besserverdiener

1974 verzeichnete die US-Statistik 85,9 Mio. beschäftigte Lohnarbeiter, 1978 94,4 Mio. und 1981 98,4 Mio. Das Anwachsen des Lohnarbeiterheeres wird mit der Zunahme der Frauenbeschäftigung und dem Eintritt von Millionen Jugendlichen in Lohnarbeitsverhältnisse erklärt. In dem Zeitraum hat sich die Struktur der US-Lohnverteilung wesentlich verschoben: Während 1974 die Verteilung noch drei klar voneinander getrennte Schichten von vollbeschäftigten Lohnabhängigen auswies – die Niedrigstlöhner, zum großen Teil Afro- und Hispanoamerikaner, die Masse der weißen Lohnarbeiter und eine zahlenmäßig relativ große Schicht von besser bezahlten Vorarbeitern, Technikern, Angestellten –, scheint diese Zerklüftung der Verteilung 1978 annähernd verschwunden. Die Verteilung 1981 dagegen weist in den Lohnklassen zwischen 1000 und 2000 \$ Monatslohn/-gehalt Anzeichen für eine neue Spaltungszone auf, die sich vielleicht in den nächsten Jahren noch klarer herausbildet und die Masse der einfachen Lohnarbeiter von einem zahlenmäßig fast ebenso großen Heer besser bezahlter Facharbeiter, Spezialisten und Kapitalagenten abtrennt.

Unübersehbar ist in dem Vergleichszeitraum 1974–81 die gewaltig wachsende Zahl von Lohnarbeitern, die unter 1000 Dollar (in Preisen von 1981) (1) verdienen. Das ist nicht nur das Ergebnis der Zunahme der Frauenbeschäftigung und der Einbeziehung Millionen Jugendlicher in den Ausbeutungsprozeß – beide Gruppen Lohnabhängiger werden meist zu Niedriglöhnen beschäftigt –, sondern ebenso das Resultat von Lohnsenkungen für weiße männliche Lohnarbeiter, deren Arbeitskraft schon jahrelang ausgebeutet wird. Da verwundert es nicht, daß die Lohnunterschiede zwischen Weißen einerseits und Afro- und Hispanoamerikanern andererseits laut US-Statistik sich leicht verringert haben.

Feststellbar ist auch, daß sich im Vergleichszeitraum die Zahl der Beschäftigten in den Lohnklassen über ca. 1500 Dollar monatlich eher noch erhöht hat. In der Vergrößerung dieser Schicht von Lohnabhängigen, für die offensichtlich die Lohnsenkungen kaum wirksam wurden, dürfte einer der Gründe liegen, warum die US-Arbeiterbewegung die Lohnsenkungen und die Angriffe auf die Tariflöhne kaum abwehren konnte.



(1) Die Gleichsetzung der Löhne in Dollar von 1981 wurde nach dem Verbraucherpreisindex für die Stadtbevölkerung vorgenommen; die in der US-Statistik angegebenen Wochenlöhne wurden auf Monatsbasis umgerechnet. - Quellenhinweis: Monthly Labor Review 8: 1975, 8: 1979 und 4: 1982; George D. Stamas, Usual Weekly Earnings: another look at intergroup differences and basic trends, in: Monthly Labor Review 4: 82

Lehrerstreik gegen Mehrarbeit

Bremen. Die bremische Bürgerschaft hat die Unterrichtsverpflichtung für den Sekundarbereich I auf 25 Wochenstunden festgesetzt. Diese Art der behördlichen „Gleichstellung“ verlangt von 800 Gymnasiallehrern zwei Wochenstunden mehr Unterricht und spart ca. 70 Lehrstellen. Seit dem 16.8. verweigern elf Lehrer eines Schulzentrums die Mehrarbeit. Bis zum 24.9. haben sich 200 Gymnasiallehrer dem Streik angeschlossen, viele Haupt- und Realschullehrer erklärten sich solidarisch, die Gewerkschaft unterstützt den Kampf. Bildungssenator von Hassel droht mit Gehaltskürzungen und Disziplinierungen.

Tarifloser Zustand im Einzelhandel

Westberlin. 150 DM für alle, 90 DM für Auszubildende, mit dieser Forderung hat die Gewerkschaft HBV die Tarifverhandlungen im Westberliner Einzelhandel begonnen. Nach dreimonatigen Verhandlungen lautet das Angebot der Einzel-

Seesen. Von den öffentlichen Gelöbnissen, die derzeit in Städten Niedersachsens unweit der Grenze zur DDR in Szene gesetzt werden (u.a. in Unterlüß, Wolfsburg, Osterode, Helmstedt), konnte das erste am 12.8. in Seesen nur fortwährend begleitet von Sprechchören und Pfiffen durchgeführt werden. Zuvor hatten 300 an einer Gegendemonstration teilgenommen. Vereidigt wurden 150 Rekruten einer Patenkompanie der Stadt Seesen aus dem Luftwaffenausbildungsstandort Goslar.

handelskapitalisten für die 83000 Beschäftigten 4,35%. Erstmalig seit vielen Jahren lehnen die HBV und die DAG ein Angebot gemeinsam als völlig unzureichend ab. Beide Gewerkschaftsorganisationen planen für Anfang September die Haupteinkaufszonen durch zeitgleiche Betriebsversammlungen geschlossen zu halten. Bereits während der bisherigen Verhandlungen führte die HBV zahlreiche öffentliche Aktionen zur Information über die Situation der Einzelhandelsbeschäftigten durch.



DGB im Streit mit IHK um Ausbildung

Der DGB Köln hat „energisches Widerstand“ gegen die Abschaffung des Blockunterrichts für Friseure angekündigt. Es werde bereits weniger theoretischer Unterricht erteilt als gesetzlich vorgeschrieben. Er widersprach Angaben der IHK, daß mehr Lehrstellen angeboten würden (6851 bis Mitte Juli). Um bei der größeren Zahl von Schulabgängern auf das prozentuale Ausbildungsangebot von 55,5% wie 1981 zu kommen, müßten jetzt 17834 Verträge geschlossen werden. Auch würde ein verstärktes Angebot in Berufen wie Friseur, Maler, Lackierer etc. die Lage der Jugendlichen nicht verbessern, da sie nach der Ausbildung keinen Arbeitsplatz in Aussicht hätten. So stünden 2807 Friseurlehrlingen 6000 Arbeitsplätze gegenüber, die besetzt seien. Die Kammern aber würden sich gegen Ausbildungseinrichtungen für „qualifizierte Berufe“ wehren.

Einschränkung der Lernmittelfreiheit

Am 1.8. trat eine neue Lernmittelverordnung in Baden-Württemberg in Kraft. Sie ergänzt die mit dem neuen Schulgesetz in Baden-Württemberg beschlossene Erhöhung des Eigenanteils der Eltern von einer auf fünf DM. Künftig müssen die Eltern nicht nur Hefte, Stifte und andere Arbeitsmaterialien bezahlen, die jeweils bis zu 5 DM kosten, sondern auch Taschenrechner und weitere 500 Lernmittel, die mit der neuen Verordnung aus dem Verzeichnis der vom Staat zu bezahlenden Lernmittel gestrichen wurden. Neben diesem Plünderungsef-

fekt ist auch eine politische Ausrichtung bei den Schulbüchern gemäß den Zielen der Lehrplanrevision beabsichtigt. Die Fachkonferenzen der Lehrer können nur noch aus fünf Titeln, die von einer Empfehlungskommission des Kultusministeriums Baden-Württemberg bestimmt werden, ein Buch auswählen, das dann vier Jahre an der Schule benutzt werden muß. Ein Geschichtsbuch des Schroedel-Verlags soll z.B. nicht mehr zugelassen werden, solange es eine bissige Karikaturenmontage gegen die koloniale Ausbeutung Afrikas durch die imperialistischen Großmächte Deutschland und England enthält.

Goethepreis an Reaktionär Jünger

Frankfurt. Auf Betreiben von CDU und anderen Reaktionären fiel die Wahl auf Jünger, einem Mann, der schon lange den Militarismus in seinen Gedichten in mystisch-religiöser Weise verherrlichte, die Faschisten als „eisernes rücksichtsloses Geschlecht“ propagierte, der für „Massenbildung“ durch „Züchtung und Auslese“ eintrat. Nachdem die Grünen sowie die SPD fast einstimmig im Magistrat Jünger ablehnten, denkt die CDU anders: Er sei zwar Nationalist, aber kein Nationalsozialist. In derselben Preislage scheinen die späteren Differenzen zwischen Jünger und NSDAP zu liegen, die die CDU anführt. Immerhin hat er ihre Machtergreifung auch noch nach dem Krieg teilweise begrüßt. Diese „aufmerksame Kunst- und Kulturpflege“ in Frankfurt (CDU-Wahlprogramm) war so stark, daß sie drei Wochen vor der Preisverleihung die Sache in den Magistrat brachte zur Abstimmung.



Nahezu alle 60000 Automobilarbeiter Argentinien, die 75000 Beschäftigten der privaten Busunternehmen und die Angestellten der Elektrizitätswerke traten in der Woche zwischen dem 18. und 22. August in den Streik, um sofortige Lohnerhöhungen durchzusetzen. Seit Antritt der neuen Regierung sind die Lebensmittelpreise mit rasender Geschwindigkeit gestiegen, z.B. Brot und gemahlenes Getreide ist um 200% teurer geworden, Fleisch um 400%. Die Inflationsrate der letzten acht Wochen beträgt 200%. Für die ohnehin schon in elende Verhältnisse gezwungenen Arbeiter (Bild: Slums von Buenos Aires) ist der tägliche Lebensunterhalt nicht gesichert. Aufgerufen zu den Streiks hatte die peronistische Gewerkschaft „CGT-Brasil“, die auch die Kundgebung der Automobilarbeiter vor dem Präsidentenpalast unterstützte. Die Automobilarbeiter forderten in ihrer Kundgebung die Rückkehr zu einer zivilen Regierung, die Aufhebung der Einschränkungen und Verbote für gewerkschaftliche Tätigkeit und eine Wirtschaftspolitik, die ihren Interessen gerecht wird.

Daimler-Benz-Teststrecke

„Es geht immer noch darum, die Teststrecke zu verhindern“

Bad Mergentheim. Im Juli hat der Verwaltungsgerichtshof Mannheim den Bebauungsplan „Teststrecke“ in Boxberg für rechtmäßig erklärt. Die schriftliche Urteilsbegründung soll im Herbst zugestellt werden. Das Urteil ist unanfechtbar. Der Bundschuh will, vor allem hinsichtlich der mit dem Flurbereinigungsverfahren betriebenen Enteignungen, Verfassungsklage erheben. Zur Einschätzung der Lage haben wir mit Herbert Hettinger, Landwirt und Vorsitzender der Bundschuh-Genossenschaft, gesprochen.

BWK: Mitte Juli hat der VHG Mannheim die Normenkontrollklage der Bundschuh-Genossenschaft gegen die geplante Daimler-Teststrecke zurückgewiesen. Wie siehst Du den Schwerpunkt für die weitere Arbeit des Widerstandes?

Hettinger: Zuerst einmal zum Urteil. Es war für alle im Bundschuh und im Widerstand sicher eine bittere Enttäuschung, aber für mich persönlich war es keine Überraschung, wenn man die politische Realität sieht. Und die ist, daß wir keinen freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat haben, sondern eine ganz brutale Geldsackdiktatur. Es ist ganz offenkundig, daß mit Macht und Geld so ein Urteil jonglierbar ist. Wären die Richter tatsächlich neutral, hätte dieser Prozeß nicht nur hundertprozentig, sondern zweihundertprozentig von uns gewonnen werden müssen.

Ein Hauptproblem in unserem Kampf sehe ich darin, daß sich die gesamten Widerstandskräfte enger zusammenschließen müssen, über politische Grenzen hinaus. Es geht immer noch darum, die Teststrecke zu verhindern, und dies steht für mich im Bundschuh im Vordergrund. Das heißt natürlich nicht, daß man den ökologischen Landbau vernachlässigen soll – ich selbst wirtschaftete seit einigen Jahren biologisch-dynamisch – aber wir können im Moment unsere Hauptkraft nicht darauf richten. Die Bundschuh-Genossenschaft hat in bezug auf gemeinsame Vermarktung, Übergang zu alternativen Wirtschaftsweisen usw. bestimmt eine Zukunft, aber wir sollten im Augenblick den politischen Widerstand an die erste Stelle setzen.

BWK: Von Ministerien und Behörden ist ja schon oft dementiert worden, daß die Teststrecke etwas mit einem NATO-Flughafen zu tun hätte. Wie ist Deine Meinung dazu?

Hettinger: Man hat schon von vielen Leuten gehört, auch vom ehemaligen SPD-Kreisvorsitzenden und heutigen MAD-Oberst Kluss, daß die Teststrecke nicht in erster Linie für Daimler gebaut wird, sondern für die Bundeswehr und NATO. Man muß auch nur anschauen, in wieviele Rüstungsprojekte Daimler verwickelt ist. Schon daran kann man den direkten Bezug zum Verteidigungsministerium und den Zusammenhang von Teststrecke und Startbahn Boxberg sehen. Und außerdem: Wer vom Krieg profitiert, das sind die Konzerne.

Die Menschen hier sollen mit Arbeitsplätzen geködert werden. Selbstverständlich braucht man Arbeitsplätze; die braucht man aber nicht nur in Boxberg, sondern anderswo auch. Man kann doch den Leuten nicht vorgaukeln, wir schaffen euch Arbeitsplätze, und in Wirklichkeit baut man hier die tödliche Vernichtung. Wenn hier ein NATO-Flughafen gebaut wird, unterstützt man doch nur die Kriegsvorbereitungen. Inzwischen ist bereits das NATO-Tanklager in Betrieb, und der Bau des NATO-Flughafens Boxberg steht unmittelbar bevor, wenn ihn nicht in letzter Minute der Bundschuh verhindert. Und wenn die Gewerkschaften sagen, daß sie gegen Kriegsvorbereitungen und Krieg sind, dann kann es doch nicht so schwierig sein, gegen die Teststrecke aufzutreten.

Wir haben nichts dagegen, wenn Daimler einen Fertigungsbetrieb in den Boxberger Raum verlegt. Wir haben unsere Kompromißbereitschaft von Anfang an zu erkennen gegeben unter der Voraussetzung, daß der Landverbrauch etwa auf die Größe des ehemaligen Seehofgeländes beschränkt bleibt. Die wollen aber von einem Kompromiß überhaupt nichts wissen, sondern nur die totale Unterwerfung unter ihr Vorhaben, und so was nennt sich dann noch christlich und sozial. Wenn man Arbeitsplätze schaffen will, dann geht dies auch, ohne eine solche große Fläche besten Landes kaputtzumachen.

Der frühere Landesbischof Heidland hat mir einmal gesagt, daß nach dem Bibelwort die Teststrecke zu verdammen ist, aber in der heutigen Zeit hätten politische, finanzielle und wirtschaftliche Ermessensfragen Vorrang. Es gibt viele Pfarrer, die im Widerstand stehen, aber was die Kirchenführung praktiziert, spricht eindeutig für die Geldsäcke.

BWK: Welche Bedeutung mißt Du dem Widerstand außerhalb Boxbergs zu, insbesondere den Freundeskreisen?
Hettinger: Ich trete dafür ein, daß die Zusammenarbeit mit den Freundeskreisen und die Arbeit der Freundeskreise intensiviert wird. Sobald die Kriegstreiber irgend eine Möglichkeit sehen, wird es mit dem Baubeginn schnell gehen. Wenn Bürgermeister Zipperle unlängst auf einer Pressekonferenz verkündet hat, daß in Boxberg nicht mit Großdemonstrationen wie z.B. in Wyhl oder Brokdorf zu rechnen



ist, so ist dies eine direkte Aufforderung an den Bundschuh, dem Konzerndiener und NATO-Buben zu zeigen, wie der Hase läuft. Wenn unsere Gegner glauben, den kleinen Mann mit Macht und Geld völlig ausmanövrieren zu können, so ist es unsere Verpflichtung, nach Möglichkeiten zu suchen, die Konzerne und die Landesregierung empfindlich und nachhaltig zu treffen. Der Bundschuh will keine Gewalt, aber wenn der Gegner glaubt, uns durch Vergewaltigung niederwerfen zu können, dann haben wir das Recht, uns zu wehren.

IG Metall

Neuer Lohnrahmentarifvertrag gefordert

Freiburg. Die IGM Baden-Württemberg hat den Arbeitgebern von Südbaden, Süd-Württemberg und Hohenzollern einen Lohnrahmentarifvertrag zur Vereinbarung vorgelegt. Der Vertrag soll die „menschengerechte Gestaltung der Arbeit“ absichern. Die IGM hat schon mehrere Versuche zur Durchsetzung unternommen (1973 und 79). In den Grundsätzen des Vertrages heißt es: „Die Arbeitnehmer sind vor Unfall- und Gesundheitsgefahren, vor arbeitsbedingten Erkrankungen, vor Fehlbeanspruchungen und gesundheit-

lichen Spätschäden zu schützen, daß die von ihnen geforderte Arbeitsleistung ihnen die Berufstätigkeit über die Zeitdauer eines Arbeitslebens ermöglicht.“

Der Vertragsvorschlag richtet sich gegen die Rationalisierung und ihre Folgen und hilft den Betriebsräten und Belegschaften, gegen die Bestrebungen der Kapitalisten, die Arbeitsteilung weiter voranzutreiben und dadurch das Tempo zur Verrichtung der Arbeiten zu steigern, vorzugehen. Allerdings sicher mit Schwierigkeiten, weil in dem Vertrag noch ziemlich oft die Floskel „...soll vermieden werden“ auftaucht. Mit Sicherheit geht der Vertragsvorschlag in die richtige Richtung, wenn es unter § 6 (Fließ-, Fließband- und Taktarbeit) heißt: „Zur Erfüllung der Bestimmungen der §§ 4 und 5 (§4.1.2 zu vermeiden sind ... bestimmte menschliche Körperteile einseitig beanspruchen) darf die Sollzeit (Taktzeit/Zykluszeit) bei Fließ-, Fließband- und Taktarbeit grundsätzlich 2,5 Min. nicht unterschreiten.“

Gegen die Ruinierung der Gesundheit wird in §9 (sichere und gesundheitsgerechtere Arbeit) dem Arbeiter ein wichtiges Druckmittel gegeben: „Jeder Arbeitnehmer hat das Recht, seine Arbeitsleistung zu verweigern, ohne daß er den Anspruch auf das vereinbarte Arbeitsentgelt verliert, wenn der Arbeitgeber im Arbeitsbereich des Arbeitnehmers gegen geltende Gesetze, Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften verstößt oder wenn er Gefahren für Leben oder Gesundheit vermutet.“ Weiterhin wird in diesem Zusammenhang (§11 Erholungspausen) gefordert: „Die Erholungspause beträgt mindestens sechs Minuten in der Stunde, nach 19 Uhr bis 6 Uhr mindestens 12 Minuten ...“

In der Neuordnung der Entlohnung gibt es nur noch die Einteilung in Leistungslohn oder Zeitlohn. Bei Leistungslohn gelten grundsätzlich 140 % vom Tariflohn als „Durchschnittsverdienst, der im Lohnabrechnungszeitraum nicht unterschritten werden darf.“

Die Verhandlungen werden von der IG Metall mit Schulungen der Vertrauensleutekörper und Betriebsräte vorbereitet.

Der Kampf um die Erfüllung der Forderungen des Lohnrahmentarifvertrags kann unterstützende Wirkung auf die kommende Tarifrunde haben. Auf keinen Fall kann man hinnehmen, daß die Ergebnisse des Lohnrahmentarifvertrages bei den nächsten Tarifverhandlungen in Rechnung gestellt werden.

Die letzte Information: Der Kapitalistenverband hat jede Verhandlung abgelehnt. Die Forderungen nach Ausweitung der Betriebsratsrechte seien „politische Forderungen“.

Krankenpflegeausbildung

Die Forderungen der ÖTV sind angeblich „ausbildungshemmend“

Hamburg. Den Kapitalisten und den öffentlichen Arbeitgebern sind die erkämpften Schranken der Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft und gesetzliche Absicherungen von Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen stets ein Dorn im Auge. Bestehende Ausnahmen sollen unter dem Motto „ausbildungshemmende Vorschriften abbauen“ zur Regel werden und den uneingeschränkten Einsatz von Jugendlichen und Auszubildenden möglich machen. Der Gesetzgeber und die Reaktion nehmen diesen Auftrag ernst. In der Auseinandersetzung um die Krankenpflegeausbildung hüten sie die Sonderstellung

zeit der § 8 des Tarifvertrages zum Opfer fallen, der die Bezahlung von Überstunden und Bereitschaftsdiensten der Auszubildenden regelt. Die ÖTV erklärt dazu: „Während der Berufsausbildung sollen Qualifikationen erlangt werden, die zur Ausübung der späteren beruflichen Tätigkeit erforderlich sind. Diese Qualifikationen kann man ohne weiteres von Montag bis Freitag an einem normalen Arbeitstag von acht Stunden erlangen.“

Laut § 14 BBiG endet das Berufsausbildungsverhältnis mit Bestehen der Abschlußprüfung. Im Krankenpflegegesetz ist die Ausbildungsdauer auf



Hamburger Krankenpflegeschüler diskutieren ÖTV-Forderungen mit Besuchern am Tor des Allgemeinen Krankenhauses Harburg.

der Krankenpflegeschüler gegenüber anderen Auszubildenden.

So trägt der Neuentwurf des Krankenpflegegesetzes (KrPflG) den Forderungen der ÖTV keine Rechnung, das Berufsbildungsgesetz (BBiG) voll auf die Krankenpflegeausbildung anzuwenden und das Krankenpflegegesetz und den Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und -pfleger entsprechend zu ändern. Der Bundesrat macht in einer Pressemitteilung im Gegenteil erhebliche Bedenken dagegen geltend, und das aus gutem Grund.

Würde doch dadurch das Vertretungsrecht durch Personal- bzw. Betriebsrat ebenso gesichert wie der Abschluß von Berufsausbildungsverträgen, in denen Rechte und Pflichten der Auszubildenden und eine Probezeit von höchstens drei Monaten festgelegt sind. Würde doch einer Vereinbarung über die regelmäßige tägliche Arbeits-

drei Jahre festgelegt. Da das Examen schon einen Monat vorher abgeschlossen ist, arbeiten die bereits examinieren Schwestern und Pfleger noch einen Monat für Ausbildungsentgelt.

In keiner anderen Berufsausbildung werden Auszubildende per Anrechnungsschlüssel auf Stellen für vollausgebildete Kollegen angerechnet, wie es in allen Bundesländern außer Hamburg und Bremen der Fall ist. Diese Methode zur Personal- und damit Kosteneinsparung bundeseinheitlich gesetzlich zu verankern, ist der Bundesregierung bisher nicht gelungen, weshalb die Anrechnungsschlüssel zwischen 3:1 und 7:1 schwanken. Während das Verwaltungsgericht Bremen in einem Urteil feststellt, es sei nicht Zweck der Ausbildung, Auszubildende als Lückenbüßer zu verwenden bzw. als billige Arbeitskräfte auszunutzen, behauptet das Verwaltungsgericht Baden-Württemberg, der praktische Ein-

satz am Krankenbett mindere den Personalbedarf. Die ÖTV hat sich immer gegen eine Anrechnung der Auszubildenden auf den Stellenplan ausgesprochen und eine Stellenplanerweiterung gefordert, die dem Zeitaufwand des examinierten Personals für Ausbildungsaufgaben Rechnung trägt.

Die CDU kümmert sich um die Jugend. Auch Lernschwestern und -pfleger, für die das Jugendarbeitsschutzgesetz (JuArbSchG) gilt, sollen in den Genuß der „ausbildungsbefreienden“ Vorschläge kommen, die die Regierung von Rheinland-Pfalz zur Änderung des JuArbSchG im Bundesrat eingebracht hat. Da sie das 17. Lebensjahr vollendet haben, sollen sie schon um 6 Uhr statt um 7 Uhr zum Dienst erscheinen. Und da es sich um einen mehrschichtigen Betrieb handelt, sollen ihre 8 Stunden Ausbildung zwischen 6 Uhr und 23 Uhr stattfinden.

Die ÖTV hat die Verhandlungen über den Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und -pfleger vorläufig unterbrochen, da die Arbeitgeber eine Hinhalte- und Verschleppungstaktik eingeschlagen haben. Um eine breite Information und Diskussion in den Betrieben zu fördern, gibt sie regelmäßige Informationsblätter zur Begründung ihrer Forderungen heraus. Die Kreisjugendausschüsse stellen den Tarifvertrag in den Mittelpunkt ihrer Arbeit.

Quellenhinweis: Deutsche Krankenpflegezeitschrift 8/82; ötv-Gesundheitsreport 2/82; ötv-Informationen zum Krankenpflegegesetz und Tarifvertrag.

Startbahn West Militärische Bedeutung immer offensichtlicher

Walldorf/Mörfelden. 1500 DM setzte die hessische Polizei Ende Juni auf die Ergreifung von Tätern besonderer Art aus: Es wurde versucht, ein Element des Betonschutzzaunes, der das Baugebiet in seiner gesamten Länge umgibt, gegen eine Holzatrappe auszutauschen. Die Polizei verdächtigt einen „gewissen Kreis älterer Bürger“ aus den umliegenden Gemeinden. Seit Monaten herrscht am Bauplatz eine Art Kleinkrieg.

Die „Rechtsgrundlage“ der hessischen Landesregierung erweist sich als Flickwerk von mühsam gebastelten Provisorien aus Voraberglaubnissen, Sofortgenehmigungen, Kompetenzverschiebungen usw. Am 22.7. klagte ein Umweltschutzverband erfolgreich gegen den Bau eines Straßentunnels unter der Startbahn. Die FAG (Flughafen Frankfurt/Main AG) und die Stadt Frankfurt ließen mit Rückendeckung von Minister Hoffie (FDP) diesen ein-

fach 1,5 km weiter nördlich bauen, um die sichere Einwendung des Kreises Groß-Gerau zu umgehen. Derzeit laufen noch eine Reihe Klagen von Verbänden und Gemeinden. Es ist fraglich, ob damit der eigentliche Startbahnbau verhindert wird. Ein Eilantrag gegen die seit kurzem begonnenen Betonarbeiten wurde abgewiesen.

Nach FAG-Bericht 1981 erwiesen sich die Prognosen im Planfeststellungsverfahren 1971 als reine Spekulation oder einfache Lügen: Statt der 345000 prognostizierten Flugbewegungen gab es 1977 nur 212101. Seit 1971 stagnieren die Zahlen zwischen 207354 (1971) und 221037 (1981). Nach Hochrechnungen für 1982 sind 3300 weniger Flüge zu erwarten. Wirbel verursachte ein „Spiegel“-Interview mit Lufthansa-Chef Ruhnau, in dem er im Zeichen des „harten Wettbewerbes“ Überlegungen über die Einrichtung von mehr Direktflügen im Fernverkehr ohne Umsteigezwang in Frankfurt preisgab. Eventuelle Auswirkungen auf den Ausbau des Frankfurter Flughafens wurden später eiligst dementiert.

STARTBAHN - WEST



denn Viele warten auf Beförderung

Aus Umwelt-Expreß der Bürgerinitiative Walldorf/Mörfelden.

Die Bedeutung des Flughafens als Hauptumschlagplatz in Europa für den Krieg, das einzig aktuell gültige Argument für den Ausbau, versuchten zwei Friedensforscher Mitte März, allerdings glücklos, herunterzuspielen: Eine Kapazitätserhöhung sei aus militärischer Sicht unnötig, weil bei einem Krieg in Europa ohnehin der zivile Luftverkehr eingestellt sei. Bei der Bewegung einer amerikanischen Eingreiftruppe für den Einsatz gegen die Golfstaaten herrscht in Europa allerdings Frieden.

Ausländer

Klinikchef untersagt Behandlungen

Mannheim. Verwaltungsdirektor Deckner vom Klinikum Mannheim verschickte an die leitenden Klinikärzte ein Rundschreiben, in dem die Behandlung von „Ausländern und Zigeunern“, bei denen die Kostenfrage nicht geklärt ist, untersagt wird. Deckner stützt sich dabei auf ein rechtskräftiges Urteil des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofs vom 9. September 1981 (6 S 782/81). Der befand, daß der Sozialhilfeträger (Sozialamt) selbst dann die Übernahme von Behandlungskosten ablehnen kann, „wenn die Krankenversorgung zur Abwendung eines akuten, lebensbedrohlichen Zustandes oder eines unmittelbar drohenden erheblichen Gesundheitsschadens notwendig ist.“ Nach Pressemeldungen wurden in Rheinland-Pfalz wie auch vom Stuttgarter Ministerium für Wissenschaft und Kunst ähnliche Anweisungen an die Krankenhäuser ausgegeben. Deckner aber tat sich besonders hervor. So heißt es in seinem Schreiben u.a.: „... Zigeuner und ihre Kinder dürfen nur in Notfällen zur stationären Behandlung aufgenommen werden. Bei der Beurteilung, ob ein Notfall vorliegt, ist ein strenger Maßstab anzulegen ...“.

Entsprechend empört gab der Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma zu der Anweisung eine Presseerklärung ab: „Das Erschreckende an dieser Anordnung ist jedoch die rassistische Selektion und die zynische Menschenverachtung, die finanziellen Interessen den absoluten Vorrang vor der Rettung von Leben und Gesundheit einräumt.“

Auch die Beschäftigten am Klinikum reagierten zum großen Teil ablehnend auf die Anweisung des Verwaltungsdirektors. Das ganze Geschehen fand eine für die Direktion äußerst unerwartete breite Presse-Öffentlichkeit.

Unter diesem Druck waren der Sozialdezernent und auch der Oberbürgermeister gezwungen, sich sofort einzuschalten und zu veranlassen, daß zumindest bis zur nächsten Sitzung des Krankenhausausschusses der Stadt Mannheim Ende August die Anordnung Deckners außer Kraft gesetzt wird.

Deckner war dazu „veranlaßt“, in einer Darstellung an den OB zu formulieren: „Notfälle sind hiervon selbstverständlich ausgenommen, das heißt, die Aufnahme- und Behandlungsindikation bleiben rein medizinischen Entscheidungskriterien unterworfen.“ Bislang hat aber die Verwaltung des Klinikums sich weder entschuldigt noch distanziert.

Freigängerstatus mit unwürdigen Sklavenarbeitsverträgen

Mannheim. Als „offenster Strafvollzug Baden-Württembergs“ wird das Freigängerhaus in Mannheim bezeichnet, in dem seit Anfang September 1981 rund 40 Freigänger separat vom geschlossenen Vollzug untergebracht sind. Die Häftlinge kommen allerdings nicht alle aus Mannheim, sondern wurden teilweise Anfang des Jahres aus verschiedenen Haftanstalten dorthin überwiesen. Freigänger bedeutet, daß der Häftling außerhalb des Vollzugs in Betrieben arbeitet, nach Feierabend aber wieder in den Vollzug zurückkehren muß. Die Zeit im Freigängerhaus wird ca. ein Jahr vor der geplanten Entlassung angesetzt.

Die Arbeitsstelle müssen sich die Häftlinge selbst suchen. Wer keine findet, muß in den geschlossenen Vollzug zurück. Zwei Häftlinge sind bei der Justizvollzugsanstalt direkt angestellt und machen Hausdienst. Nicht selten kommt es vor, daß die Häftlinge unter dem Druck, eine Stelle finden zu müssen, bei Zeitarbeitsfirmen zu Niedrigstlöhnen unterkommen. Das trifft insbesondere auf Ungelernte und Menschen zu, die in ihrem Beruf keine Arbeit finden. In dem Arbeitsvertrag und auch in der Hausordnung steht: „Bummelei sowie Unregelmäßigkeiten am Arbeitsplatz führen zur Ablösung“. Außerdem ist festgehalten, daß es nicht zu Streitereien mit den Vorgesetzten kommen darf. Dadurch und durch die Tatsache bedingt, daß der Betriebsrat nicht zuständig ist (Freigänger haben kein aktives und kein passives Wahlrecht zum Betriebsrat), können die Freigänger erheblich leichter zu Dreckarbeit, Überstunden und übermäßiger Mehrarbeit gezwungen werden, was nicht selten auch geschieht. „Wir müssen mehr und Unangenehmeres schuften, als die Kollegen im Betrieb“, und eine Gegenwehr käme nicht in Frage, da sie dann entlassen würden. Für die Entlassung gibt es keine Fristen, sie kann jederzeit geschehen, auch ohne Begründung.

Der Arbeitsvertrag wird zwischen der Justizvollzugsanstalt, dem betroffenen Häftling und dem Unternehmen abgeschlossen, das Geld auf ein spezielles Konto überwiesen. Das Taschengeld für die Freigänger beträgt wöchentlich 80 DM. „Von diesem Betrag ist der tägliche Bedarf einschließlich Zusatzverpflegung, Fahrtkosten usw. zu decken“, steht in der Hausordnung. 166 DM „Haftkosten“ muß der Freigänger zahlen. Der Rest wird

nach einem Verwendungsplan für Schuldentilgung und Unterhaltszahlungen aufgewendet. Geld für Sonderausgaben, wie Schuhe, Kleidung usw. wird vom Lohn einbehalten und „nach Bedarf“ ausgezahlt. Die Häftlinge wohnen in Vier-Bett-Zimmern (20 qm), eine Küche steht für 5-6 Zimmer zur Verfügung, wo sich die Freigänger nach Feierabend eine warme Mahlzeit zubereiten können.

Grundsätzlich werden hier nur Häftlinge aufgenommen, die eine „gute Prognose“ haben, also entweder „leichtere Delikte“ oder enge Familienbindung. Innerhalb des Freigängerhauses haben die Häftlinge im großen und ganzen einen größeren Spielraum für persönliche Belange als im geschlossenen Vollzug, doch da darauf keinerlei Rechtsanspruch besteht, ist

den Freigängerstatus zu erlangen, da hier eine Möglichkeit besteht, den unerträglichen Entlohnungsbedingungen innerhalb des Vollzugs (siehe Bild und Kasten) zu entkommen.

Die Absonderung von den Häftlingen des geschlossenen Vollzugs und die besonderen Lockerungen, die die Freigänger erfahren, führen hier zwangsläufig zu einer Spaltung. Andererseits ist es für die Gewerkschaften unerträglich, daß in größerem Umfang Sklavenarbeitsverträge abgeschlossen werden, die außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Betriebsräte fallen.

Die baden-württembergische Landesregierung hat nicht in erster Linie vor, die Haftbedingungen zu lockern und Überbelegungen „abzuwenden“. In ihrem Sofortprogramm 1982 wurden Maßnahmen zur Schaffung von 450 Haftplätzen vorgesehen, davon 300 im Muster des Freigängerhauses Mannheim. Der Rest soll, laut Justizminister Eyrich, durch „vollzugsorganisatorische Maßnahmen“ geschaffen werden. Was das bedeutet kann man sich jetzt schon ausrechnen, wo bereits in Mannheim 140 Gefangene zuviel



das jederzeit rückgängig zu machen. Mit 80 DM in der Woche hinzukommen, ist außerdem ein Kunststück, das dazu führt, daß die Ernährung meist aus Billigstwaren besteht. Kaum einer nimmt die Verpflegung aus dem Altbau in Anspruch, weil das pro Mahlzeit mit 4,50 DM berechnet wird.

Monatlich finden in der Regel Hausversammlungen statt, an denen die Teilnahme Pflicht ist. Es wurde jetzt auch ein Sprecherrat gewählt, der sich um die Regelung des Ausgangs (bislang einmal in der Woche bis 22 Uhr) und die Ausgestaltung der Zimmer wie überhaupt um Belange der Freigänger kümmern will. Es besteht ein relativ großes Interesse unter den Häftlingen,

und in Baden-Württemberg derzeit für 8351 Gefangene 6275 „ordnungsgemäße Plätze“ vorhanden sind. Da die Zahl der Hafturteile rapide steigt (es wird mit einem Zugang von 700 Gefangenen in Baden-Württemberg gerechnet), werden die Bedingungen innerhalb der Haftanstalten immer unerträglicher. Wahrscheinlich gehen die geplanten Maßnahmen in die Richtung, die Gefangenen aufzuspalten in einen gegenüber dem geschlossenen Vollzug privilegierten Teil von Freigängern, die innerhalb der Betriebe keinerlei Rechte besitzen und so als Sonderschicht von Arbeitern mit Lohndruckerfunktion eingesetzt werden sollen.

Tarifrecht für Strafgefangene

In verschiedenen Untersuchungen zu diesem Problem wird auf die unzumutbare Situation der Strafgefangenenarbeit hingewiesen, sowohl was die Freigänger betrifft als auch die in der Justizvollzugsanstalt tätigen Gefangenen. Es wird vom DGB in Entschließungen eine tarifgemäße Entlohnung der entsprechenden Tätigkeit und Vertretungsrechte bezüglich der Arbeitssituation verlangt (z.B. DGB-Landesbezirk Hessen, 1972).

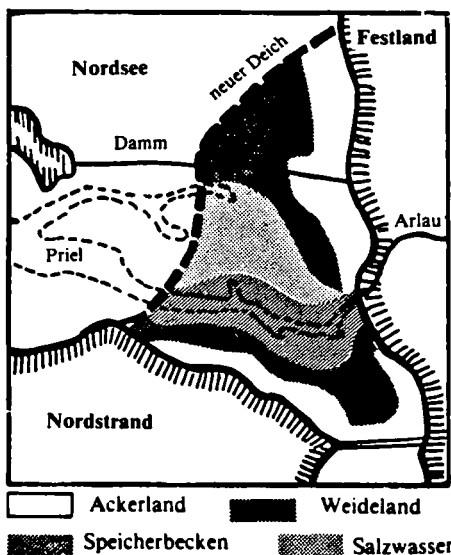
Nach der Neuregelung des Strafvollzugsgesetzes gilt ab 1.1.1977 nach §43 StVollzG in Verbindung mit §200 StVollzG eine gesetzliche Regelung bezüglich des Arbeitsentgelts und ein Anspruch auf Arbeitsentgelt. Gefangene erhalten danach 5% des durchschnittlichen Arbeitsentgelts aller Versicherten der Rentenversicherung des vorangegangenen Kalenderjahres als Eckvergütung. 1980 betrug so dieser „Verdienst“ ca. 75 DM monatlich. Innerhalb der einzelnen Bundesländer gibt es dann wiederum Lohnstufen, wobei der Ecklohn mit 100% angenommen wird und für „Arbeiten mit durchschnittlichen Anforderungen“ vergeben wird (Beurteilungsmerkmale für die Leistungsbeurteilung Baden-Württemberg). Die „Erträge“ aus der Arbeit des Strafgefangenen werden der Staatskasse zugeführt.

Es erklärt sich, daß demgegenüber der Freigängerstatus angestrebt wird, bei dem der Verdienst über den Arbeitsvertrag geregelt ist und bei Facharbeitern in der Regel dem Tariflohn entspricht. Allerdings gelten diese nicht als Arbeitnehmer im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes (§5 Abs. 2 Ziffer 4 BetrVG) und sind so weder aktiv noch passiv wahlberechtigt. Eigene Vertretungsorgane dürfen sie auch nicht bilden. Der Hauptvorstand der ÖTV hatte bereits 1974 gegen das 1977 in Kraft getretene Strafvollzugsgesetz Stellung bezogen und insbesondere eine Änderung der Entlohnung und eine „Einbeziehung der Gefangenen in die Sozial- und Arbeitslosenversicherung“ und zumindest passives Wahlrecht zum Betriebsrat für Freigänger gefordert.

Quellenhinweis: K. Lüdersen u.a. Hrsg., Gewerkschaften und Strafvollzug, Ffm 1980; Leder, Hans-Claus, Arbeitsentgelt im Strafvollzug der BRD, Rheinstetten, 1980.

Schleswig-Holstein Neue Deiche in alter Tradition

Flensburg. Die Eindeichungspläne an der schleswig-holsteinischen Westküste, die nach 1945 veröffentlicht wurden, stützen sich auf den sogenannten 10-Jahresplan der „Volk ohne Raum“-Ideologen des Faschismus, in dem von 1935 bis 1939 das Wattenmeer bodenkundlich kartiert wurde (in den folgenden Jahren war dann „Landgewinnung“ in östlicher Himmelsrichtung angesetzt). In dem Plan ging es darum, „... alle die Flächen nach Lage und Umfang zu erfassen, die einen mehr



oder weniger großen Tonanteil enthalten“. 19000 Hektar waren es dann, 15000 davon in Küstennähe gelegen. Von diesen sind bis heute 7000 eingedeicht und landwirtschaftliche Nutzfläche geworden. Etwa 5000 ha liegen jetzt noch relativ zusammenhängend ungedeicht in der Nordstrander Bucht. Durch die jetzt begonnene „Kleine Lösung“ werden davon 3400 ha gedeicht.

Auf diese Hintergründe und Zusammenhänge ist in Broschüren noch Mitte der 70er Jahre von Bürgerinitiativen hingewiesen worden. Sie sind heute fast völlig verschwunden zugunsten einer vordergründigen Betonung des „Schutzes von Pflanze, Tier und Mensch“. Die Arbeitsgemeinschaft Nordseewatten (AGN) verweist darauf: „Deichbauprojekte werden heute von Bundesregierung (zu 70%) und Landesregierung (zu 30%) finanziert. Derartige Mittel dürfen nach offiziellen Angaben nur für notwendige Küstenschutzmaßnahmen und nicht zur Gewinnung von Agrarland verwendet werden“. Sie plädiert für eine Verstärkung der z.T. 70 Jahre alten Deiche. Aber „notwendige Küstenschutzmaßnahmen“ sind nach der Bonner und

Kieler Gesetzeslage auch als „Verkürzung der Deichlinien“ – sprich durch das Eindeichen von Buchten – ausführbar.

Land und Bund sprechen jetzt davon, das Wattenmeer in einen Nationalpark umzuwandeln zwecks weiterer Einschränkung der Rechte der anliegenden Gemeinden und Anwohner. Die Nordstrander Bucht soll erstmal Naturschutzgebiet werden. Auf daß vor lauter Umweltschutz das „Gleichgewicht zwischen Ökologie und Ökonomie“ gewahrt werde – auf einem höheren Niveau, versteht sich –, planen Bund und Land im geheimen weiter an der Eindeichung des Medemsandes (2000 ha) an der Elbmündung vor Brunsbüttel, damit die BRD ihren Tiefseewasserhafen „Deuport“ als Konkurrenz zu Rotterdam kriegt.

CSU Gesundheitspoliti- scher Kongreß

München. Die Unionsparteien sitzen auf gepackten Koffern. Bis zur Regierungsübernahme muß die Zeit genutzt werden, eine öffentliche Meinung zum besseren Angriff auf die gesetzliche Krankenversicherung zu schaffen.

Wegen der hohen Lohnnebenkosten sei die Konkurrenzfähigkeit des westdeutschen Kapitals herabgesetzt und damit die soziale Marktwirtschaft, diese „Schicksalsgemeinschaft der in der Wirtschaft tätigen Menschen“ (Strauß), bedroht.

Da es der Arbeiterbewegung an „Geschichts- und Nationalbewußtsein fehlt“ (Stoiber) und diese nicht einfach auf Kapitalinteressen eingeschworen werden kann, bemüht die CSU reaktionäres Gedankengut.

So wie es Stoiber jüngst ausdrückte, müsse man in Zukunft „nicht mehr zwischen stark und schwach, sondern zwischen faul und fleißig unterscheiden“. So ergibt sich folgendes Bild: 51% Fleißige, beseelt von deutschen Tugenden wie „Fleiß, Anstand, Opferbereitschaft und Selbstverantwortung“, werden von 49% Faulen unterdrückt. Diese sind nicht unverschuldet in Not geraten, denn solchen soll geholfen werden. Schließlich ist man christlich, sozial und eine Volkspartei. Vielmehr hat die Bundesregierung ein „Volk von Frührentnern und Hobbyarbeitern“ geschaffen mit der „Tendenz, nicht mehr bis zum Rentenalter zu arbeiten, sondern früher krank zu feiern“ (Holzgartner, CSU).

Jetzt sollen die „Schmarotzer in der sozialen Hängematte“ auf Trab gebracht werden. Ein straff geführtes, eigenes Gesundheitsministerium soll durchsetzen:

Karenztage bei der Arbeitsunfähigkeit, denn 93% aller Krankschreibungen fallen in die Lohnfortzahlung und gehen zu Lasten des Arbeitgebers.

Direktbeteiligung, „die spürbar sein muß und eingebaut in alle Leistungsbe-
reiche, damit Vermeidungs- und Um-
gehungseffekte“ (Faltlhauser, MdB,
CSU).

Gleichzeitig wird die „Eigenverant-
wortung“ so weit gestärkt, daß man
insgesamt 5% Senkung der staatlichen
Sozialleistungen durchzusetzen hofft,
denn „der Bürger muß wissen, wie weit
er sich selbst auf die Wechselfälle des
Lebens vorbereiten muß“ (Beske,
CSU).

So sollen Ausgaben gesenkt werden,
die Krankenkassen saniert und Staats-
gelder freigesetzt werden, die bisher als
Zuschuß zur gesetzlichen Krankenver-
sicherung gebunden waren. Für das
westdeutsche Kapital geht es längst
nicht mehr um einfache Senkung der
Lohnnebenkosten. „Der Gesamtzu-
sammenhang liegt in der Außen- und
Verteidigungspolitik. Was nützt ein
Sozialstaat, wenn die Kosaken kom-
men“ (Stoiber).

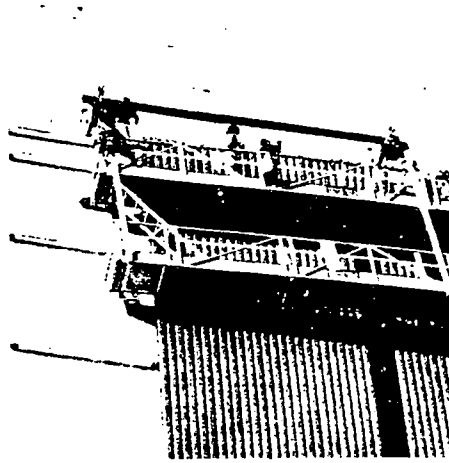
Gewerbeaufsicht Demagogisch in Sachen Gesundheitsschutz

München. Das Bayerische Staatsmini-
sterium für Arbeit und Sozialordnung
kommt in seinem „Jahresbericht der
Gewerbeaufsicht des Freistaates Bay-
ern 1980“ zu Ergebnissen, die wenig
schmeichelhaft für den „Menschen am
Arbeitsplatz“ in der „Sozialen Markt-
wirtschaft“ sind:

1980 wurden bei 170000 Betriebsbe-
sichtigungen 344000 Verstöße gegen
Arbeitsschutzbestimmungen festge-
stellt. Dies bedeutet eine Zunahme von
5,7%, und das Ministerium läßt keinen
Zweifel darüber aufkommen, wer für
diese Steigerungsrate verantwortlich
ist. „Unfallanalysen haben gezeigt,
daß menschliches Versagen sehr oft ur-
sächlich für Eintritt, Verlauf und
Schwere von Unfällen ist. Die Beamten
haben deshalb im Berichtsjahr dem
Verhalten der Arbeitnehmer sowie der
betrieblichen Betriebsaufsicht ver-
stärkte Aufmerksamkeit gewidmet,
wodurch sich in den genannten Berei-
chen eine besonders starke Zunahme
der Beanstandungen ergab.“

Wie lautet also die demagogische
Analyse des Staatsministeriums: Je
mehr den Arbeitern, Vorarbeitern und
Meistern auf die Finger geschaut wird,
desto stärker steigen die Beanstandun-
gen.

Der Bericht gibt auch in Sachen
„Gesundheitsschutz“ einen sicheren



Montage einer Fassadenverkleidung
mit Hilfe eines Schwebegerüsts

Eindruck: In einem Sonderbericht
über den „hervorragenden Arbeits-
schutz“ auf der Baustelle KRB II
Gundremmingen kommt ein Oberrat
vom Gewerbeaufsichtsamt Augsburg
zur folgenden Schönfärberei: „Das
Schweißen am Reaktordruckbehälter
muß im übrigen unter Hitze-
arbeitsbedingungen erfolgen. Um diese Ar-
beiten erträglicher zu gestalten, wurde
u.a. die tägliche Arbeitszeit auf acht
Stunden begrenzt; ferner sind in Gren-
zen die Pausen frei wählbar.“ Die Ge-
werbeaufsicht hält es weiter auch für
ihr Verdienst, daß die Korrosions-
schutzarbeiten in der Kondensations-
kammer, die mit Quarzsand als Strahl-
mittel durchgeführt werden, auf eben-
falls acht Stunden am Tag beschränkt
werden. „Erträglich“ sind diese Ar-
beiten auf keinen Fall, auszuhalten viel-
leicht für vier Stunden. Den Gewerbe-
aufsichtlern geht es nicht um die Ge-
sundheit der Schweißer, sondern dar-
um, daß nur saubere Schweißnähte die
Reaktorsicherheitsüberprüfung über-
stehen, und dies bei mehr als acht
Stunden Schweißarbeit immer unwahr-
scheinlicher wird.

Quellenhinweis: Jahresbericht der Gewerbeaufsicht des
Freistaates Bayern 1980

Sinti Polizeirazzia auf dem „Landfahrerplatz“

Göttingen. Am 9. August gegen 15
Uhr: Ein Polizeiaufgebot von über 60
Beamten rückt auf den Schützenplatz,
riegelt den dortigen „Landfahrer-
platz“ ab, auf dem sich zu der Zeit
knapp 20 Wohnwagen von Sinti befin-
den, und macht sich an die Durchsu-
chung der Wagen. Ohne Durchsu-
chungsbefehl werden sämtliche Ge-
spanne durchsucht. Die lapidare Be-
gründung: man suche nach Schmuck.

Einen Tag später berichten Sinti auf
einer improvisierten Pressekonferenz:

„Die sind hier mit gezückten Pistolen
rumgelaufen.“ – „Das war wie in
Auschwitz, nur ohne Zaun.“ – Für
den Leiter des Einsatzes hingegen „lief
alles völlig korrekt ab“, das Sintilager
gehöre halt zu den Bereichen, die von
der Polizei „nur in entsprechender
Stärke aufgesucht werden“. Einen
Durchsuchungsbefehl habe man auf-
grund der „gebotenen Eile“ nicht be-
antragen können (wohl aber war Zeit,
Verstärkung aus Northeim und Mün-
den heranzuholen). Der sei aufgrund
des neuen Niedersächsischen Gesetzes
über Sicherheit und Ordnung, seit dem
1.7.82 in Kraft, auch nicht nötig
gewesen.

Angeblicher Anlaß des Polizeiüber-
falls ist eine Serie von Wohnungsein-
brüchen in der Stadt, wobei dreimal
Jugendliche festgenommen wurden,
die den „Landfahrerplatz“ als Wohn-
sitz angaben. Bei der Razzia stellte die
Polizei als „Diebesgut“ sicher: vier
Goldmünzen, zwei Ringe, einen Arm-
reif, nach Aussagen der betroffenen
Sinti deren Privatbesitz. Einige Tage
später dann finden sich im „Göttinger
Tageblatt“ Fotos unter anderem dieser
Sachen mit der Aufforderung, die Op-
fer möchten sich doch bitte melden. Es
wird sich schon jemand finden, der
Ansprüche geltend macht, womit der
Diebstahl dann glasklar bewiesen wä-
re. Des weiteren wird die Bevölkerung
aufgefordert, Hinweise auf mögliche
Einbrecher, und zwar „Kinder und Ju-
gendliche mit südländischem Typ“, zu
geben!

Gegen den Polizeiüberfall protestier-
ten u.a. die „Alternative Grüne Initia-
tiven-Liste“ und die „Grüne Liste
Göttingen“. Jan Zibula, offizieller
Vertreter der Sinti bei der UNO in
Genf, richtete eine Protestnote an den
niedersächsischen Ministerpräsidenten
Albrecht. Die „Gesellschaft für be-
drohte Völker“ (GfbV) erklärte: „Wir
protestieren gegen diesen polizeilichen
Großeinsatz, der kollektiv gegen alle
Angehörigen einer ethnisch-rassistischen
Minderheitengruppe an einem Ort ge-
richtet war. Derartige brutale Einsätze
in aller Öffentlichkeit stellen Angehö-
rige einer Minderheitengruppe an den
Pranger, demütigen Opfer des Natio-
nalsozialismus ein zweites Mal ...“
Der Kreisverband der Gewerkschaft
der Polizei dagegen brachte es fertig,
sich uneingeschränkt vor die Aktion zu
stellen und die zitierten Äußerungen
der GfbV als „Infamie und geschichtli-
che Bewußtseinsspaltung“ zu quali-
fizieren.

Der Anwalt der Sinti will die Rechts-
widrigkeit der Polizeiaktion per Ver-
waltungsgerichtsklage feststellen las-
sen. Strafanzeige und Dienstaufsichts-
beschwerden gegen die Polizei werden
folgen.

Eine Stadt soll veröden, damit die deutsche Stahlindustrie groß wird

Am 7.5. 1982 gingen 2500 Peiner Stahlwerker auf die Straße, um gegen weitere Stilllegungspläne des Vorstandes der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P&S) zu protestieren. Zur Aufsichtsratssitzung am 25.5. rief die IG Metall erneut zu Protestaktionen unter dem Motto „Peine muß Stahlstadt bleiben“ auf. Die IG Metall fühlt sich vom P&S-Vorstand betrogen; 1980 hatte sie nach langem Widerstand der Schließung des Hochofenwerkes in Ilsede bei Peine (500 Beschäftigte) für 1983 im Aufsichtsrat zugestimmt, zum Ausgleich sollte im weiterverarbeitenden Walzwerk Peine eine Draht- und Feinstahlstraße neu erbaut werden. Nach dem im Mai 1982 veröffentlichten Investitionsplan des Vorstandes sind bis 1990 Investitionen von einer Milliarde DM bei P&S vorgesehen, davon entfallen jedoch nur 60 Mio. DM auf das Werk Peine. Der Bau einer Draht- und Feinstahlstraße ist ganz gestrichen, dafür wird die vorhandene Drahtstraße in Salzgitter mit 60 Mio. DM modernisiert. Das deutet daraufhin, daß nach der Einstellung der Rohstahlerzeugung in Ilsede Zug um Zug die Walzwerke in Peine eingestellt werden, um dann 1990 festzustellen, daß nun auch das Stahlwerk Peine nicht mehr rentabel betrieben werden kann.

Tatsächlich wurden seit der Fusion der Ilseder Hütte (Peine) und der Salzgitter Hüttenwerke 1970 zu P&S drei Viertel aller Investitionen in Salzgitter

getätigt. Mit dieser Fusion wurde P&S zum drittgrößten Stahlproduzenten der BRD und die stattgefundenen und geplanten Stilllegungen haben weniger zu tun mit einer „Anpassung an die zurückgegangene Stahlnachfrage“, sondern haben zum Ziel die Konzentration der Produktion, um die „kontinuierliche Stahlerzeugung“ zu verwirklichen. Das soll der Beitrag sein, den der bundeseigene Salzgitter-Konzern bringen soll, um die westdeutschen Stahlkonzerne zu den schlagkräftigen Stahlherren Europas zu machen. Was zählt es schon gegen dieses hohe nationale Ziel, wenn eine Stadt wie Peine mit weniger als 50000 Einwohnern, wo jeder dritte Arbeitsplatz von P&S abhängt, verödet.

„Kontinuierliche Stahlerzeugung“, das heißt, Verwirklichung eines ununterbrochenen Prozesses von der Roheisenerzeugung zur Stahlweiterverarbeitung, den noch flüssigen Stahl zu einem fortlaufenden Strang gießen und unmittelbar auf die Walzstraßen bringen. Das läßt sich nur bei Konzentration der Produktionsstätten an einem Ort verwirklichen.

Bereits 1968 hieß es in einer Studie der „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ über einen damals geplanten Zusammenschluß von Ilseder Hütte, Salzgitter-Hütte sowie der Klöckner Hütte: „Man sollte damit rechnen, daß der kontinuierliche Produktionsfluß in etwa fünf Jahren als bemerkenswerte Al-

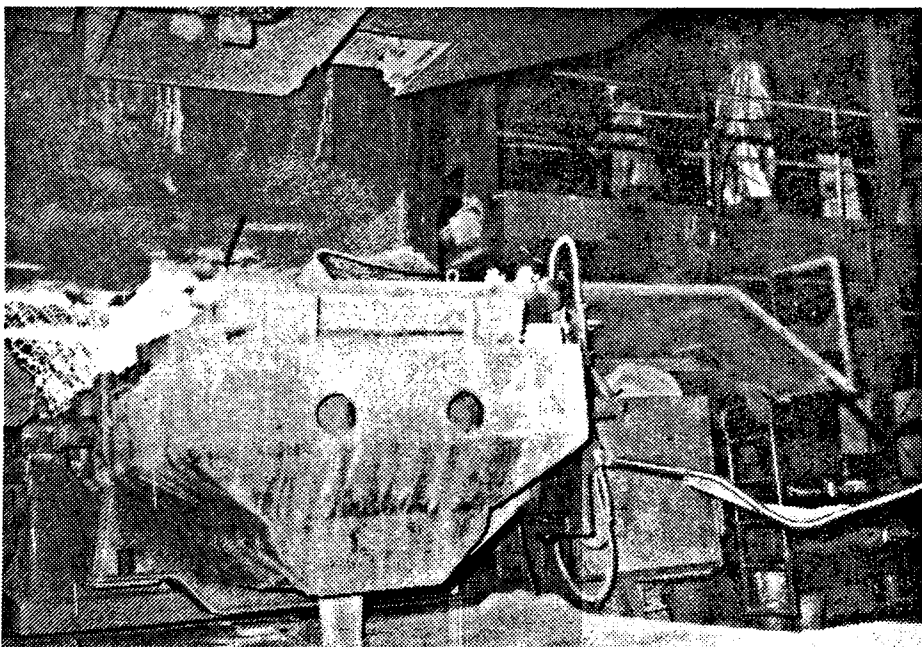
ternative zur Entscheidung ansteht... In Verbindung mit der technischen Vervollkommenheit zeigt sich zunehmend das Bestreben, die Kostendegression nutzbar zu machen, die sich aus der Konzentration einer hohen Produktion auf einer minimalen Zahl von Produktionsstellen und Produktionseinheiten ergibt.“

Nach der Fusion von Ilseder und Salzgitter Hütte wurde an der Verwirklichung dieser Planungen gearbeitet, wenn auch immer wieder gegenüber Betriebsrat und Belegschaft bestritten. Zunächst wurden 1974 die Peiner Walzwerke auf Profilstahl (vielfältige Formen von Stahlträgern) eingeschränkt und die Produktion von Flachstahl (Bleche, Drähte, Röhren) in Salzgitter zentralisiert. 1975 wurde mit dem Bau des Hochofens A in Salzgitter begonnen, womit in Salzgitter endgültig eine Roheisenkapazität erreicht wurde, mit der die zwei Hochofen in Ilsede ersetzt werden können.

1978, nach Fertigstellung des Hochofens A, sollte dann die Hütte in Ilsede auch geschlossen werden. Nach Bekanntgabe dieses Vorhabens legte die Belegschaft für mehrere Stunden die Arbeit nieder, die IG Metall organisierte eine breit angelegte Kampagne, die bis in die Reihen der CDU-Ortsverbände reichte. Die Schließung wurde zunächst abgewendet, die CDU-Landesregierung rühmte sich, sich dafür eingesetzt zu haben, daß dem Konzern weitere Steuermittel zugeschanzt werden. Die Wirtschaftsförderung wurde für den Landkreis Peine von 15 auf 25 Prozent erhöht.

Das Zuschußkapital hat der Konzern genommen, doch die Stilllegungspläne gehen weiter. 1980 wird das Siemens-Martin-Werk (Stahlschrott wird in Rohstahl rückverarbeitet) in Peine stillgelegt. 1982 soll die Halbzeugstraße (vorgewalzte Stahlstränge für die Weiterverarbeitung in anderen Walzwerken) folgen. Von 1975 bis 1982 wurde so die Belegschaft von 5600 auf 4100 gesenkt.

Bei der schon beschlossenen Stilllegung des Ilseder Hochofenwerkes für 1983 wären weitere 550 Stahlwerker betroffen, von denen nur 115 nach Salzgitter übernommen werden sollen. Darüberhinaus werden Schlacke verarbeitende Tochterbetriebe in Peine direkt betroffen, da der Rohstofflieferant Hochofen Ilsede wegfällt. Mit der Stilllegung des Hochofens ist auch direkt das Stahlwerk bedroht, denn das



Die Stranggußanlage: Der flüssige Stahl wird unmittelbar zu einem fortlaufenden Stahlstrang gegossen, ein wesentlicher Schritt zur „kontinuierlichen Stahlproduktion“. Die Arbeiter müssen in Hitzeschutzanzügen arbeiten.

Vorstandsvorsitzender: „Ich habe das Beste gemacht für den Einsatz des Kapitals“

Dipl. Ing. Peter Adams, Vorstandsvorsitzender der Peine-Salzgitter AG, 1978:

„Angebot und Nachfrage steuern die Wirtschaft besser als Beamte ... Dennoch gibt es Situationen, in denen zeitlich begrenzte dirigistische Maßnahmen vertretbar sind. Solch eine Ausnahmesituation haben wir gegenwärtig bei Stahl. Erinnern wir uns: Vor allem Japan, aber auch eine Reihe von Drittländern haben im letzten Jahrzehnt gewaltige Stahlkapazitäten aufgebaut ... Am internationalen Stahlmarkt brachen ein Verdrängungswettbewerb und ein Preiskampf ohne Beispiel aus. In diesem Gefecht drohte die europäische Stahlindustrie auf der Strecke zu bleiben ... Ich möchte nicht mißverstanden werden. Wir wollen keine „Agrarordnung“ in der Stahlindustrie, wir wünschen keinen „Grünen Stahlmarkt“. Der Davignon-Plan ist für uns eine Chance, vielleicht die letzte. Wir müssen sie nutzen, um uns neue Waffen für den künftigen Konkurrenzkampf zu schmieden. Das bedeutet: Umstrukturierung und Modernisierung der Stahlunternehmen, Stilllegung überschüssiger Kapazitäten ... Auch P&S wird sich weiter anpassen müssen.“

zitaten ... Auch P&S wird sich weiter anpassen müssen.“

Betriebsratsvorsitzender Gruber: zur Marktwirtschaft: „... hier muß die politische Variante dazukommen ...: Es wird nicht nur produziert für den Gewinn, sondern für die Bedürfnisse. Ein Bedürfnis für die Menschen, die hier wohnen, ist es, ausgestattet zu werden mit Geld, um leben zu können. Dazu gehört auch hier ein sicherer Arbeitsplatz ... Der Vorstand von P&S lehnt diesen Auftrag ab ... Das kommt zum Ausdruck, indem er sagt: „Ich habe das Beste gemacht für den Einsatz des Kapitals, oder soll ich hier beweisen, daß ich das Beste für die Menschen gemacht habe?“

Zu Subventionen: „Bei den Subventionen (gemeint EG-Subventionskodex) muß man davon ausgehen, daß die Quoten nicht auf Dauer bleiben werden. Wenn die Quoten nicht auf Dauer bleiben, wird es ja wahrscheinlich nicht den Sozialismus geben, sondern wieder harten Kampf und Wettbewerb ... Ich persönlich würde als politisch denkender Mensch sagen, daß es mir im Grunde genommen scheißegal ist, für mich ist es wichtig, daß sich auch die Arbeiter in Italien durchsetzen. Wir müssen

dann, wenn es in anderen Ländern so weiter geht, ebenfalls unsere Regierung zwingen, der Stahlindustrie durch Subventionen unter die Arme zu greifen. Der ganze Ärger ist eigentlich, daß die Deutschen sich sauber auf den „großen Wettbewerb“ vorbereitet hatten. Sie hatten investiert, abgebaut und wollten jetzt zuschlagen. Da kamen die von Brüssel her und machen einen Schutz drüber, machen Quoten ... nur so ist ja auch die große Wut von Thyssen zu verstehen. Denn die wollten ja zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, sie wollten sich praktisch so groß machen, daß sie alle anderen niederkonkurrieren konnten – nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland.“

Sicherheit von Arbeitsplätzen: „Man könnte das schon sauber hinkriegen, wenn man sich darüber verständigen könnte, daß der Abbau von Arbeitsplätzen ... auf der einen Seite mit dem Aufbau von Ersatzarbeitsplätzen zeitgleich und mit Sicherheit aufgenommen wird ... Das kannst du in diesem System nicht garantieren, dafür findet sich niemand. Da müßte dann auch eine überbetriebliche Mitbestimmung aufgebaut werden ...“

Quellenhinweis: Interview mit W. Gruber, Nordkurier 6/7 82; Dipl. Ing. Peter Adams, Eisen und Stahl gehören nach Peine, Dokumentation p.a. Landkreis Peine

noch flüssige Roheisen muß jetzt per Bahn vom 25 Kilometer entfernten Salzgitter herantransportiert werden – gar nicht im Sinne der kontinuierlichen Stahlerzeugung. Wird dann noch die modernisierte Feinstraße in Salzgitter fertiggestellt, so ist abzusehen, daß die Peiner Feinstraße eingestellt wird, und nach der Einstellung der Halbzeugstraße die Auslastung des Stahlwerkes nicht mehr ausreicht. Die verbliebenen Walzstraßen müßten dann aus Salzgitter mit Stahl versorgt werden, was die Anwendung der Stranggußtechnik (siehe

Stichwortseite) unmöglich machen würde. Damit wären über kurz oder lang die Walzwerke stilllegungsreif, und in Peine gäbe es keine Stahlproduktion mehr.

Dabei geht es wohlgerne nicht um einfache Verlagerung, sondern um Rationalisierung. So geht die Konzernführung von einem Belegschaftsabbau von 2000 Beschäftigten (Gesamtbelegschaft 15000) bis 1985/86 aus, bei einer Produktion auf dem heutigen Niveau von 4–4,5 Mio. Tonnen, so daß eine erhebliche Produktivitätssteigerung so-

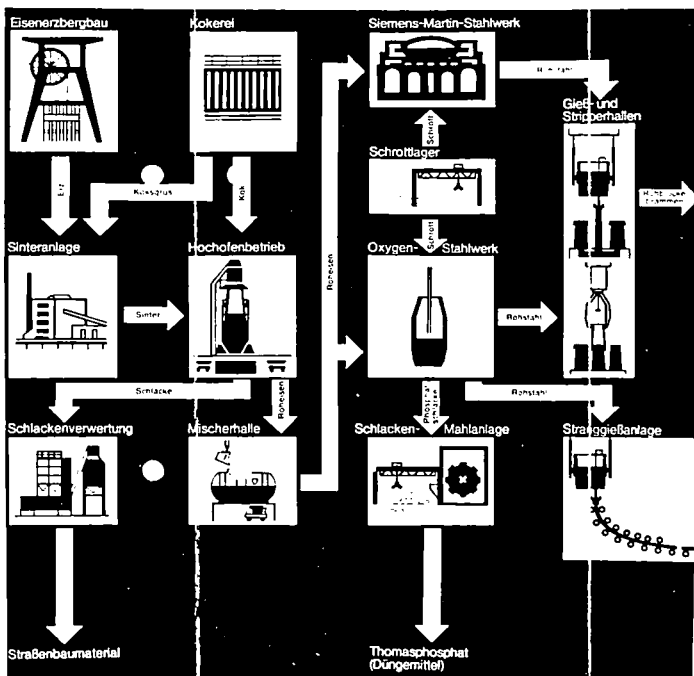
wie Arbeitsverdichtung für die Belegschaft vorgesehen ist.

So kann der neue Hochofen A in Salzgitter alle 20 Minuten „abgestochen“ werden, alte Hochofen hingegen nur alle zwei Stunden. Sicher läßt sich sagen, daß hier die Arbeitsintensität, wenn auch nicht im gleichen Maßstab, zugenommen hat. Oder bei den Verkehrsbetrieben Peine-Salzgitter, die für den Transport zwischen den Werken zuständig sind: 1975 1906 Beschäftigte, Transportvolumen 274 Mio. Tonnenkilometer, 1981 1306 Beschäftigte und 275 Mio. Tonnenkilometer. Keinesfalls steht die P&S-Belegschaft allein vor dem Problem, die Stilllegung zu bekämpfen, denn Intensivierung ist die Kehrseite der Medaille.

Gegen die Stilllegungspläne fordert der Betriebsrat, daß der Investitionsplan des Vorstandes gekippt wird, in Peine eine Draht- und eine Feinwalzstraße aufgebaut und das Stahlwerk auf Qualität umgestellt werden soll, das heißt auf wechselnde Stahlqualitäten, da es als kleines Stahlwerk besser dafür geeignet ist als größere. Die Erhaltung der Stahlverarbeitung sei aber „ein politischer Preis, den der Unternehmer von seiner Struktur her überhaupt nicht nötig hat zu zahlen“.

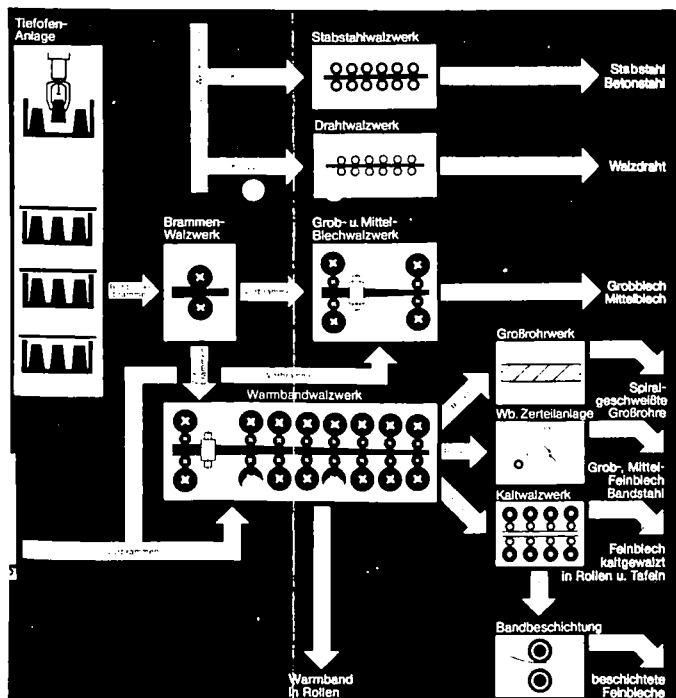


Bereits 1978 antwortete die Belegschaft auf Stilllegungspläne für das Hochofenwerk Ilsede mit Protestkundgebungen bei Schichtwechsel. Die IGM leitete eine Kampagne dagegen ein. Die Stilllegung wurde verschoben.



Kontinuierliche Stahlverarbeitung

Das obenstehende Schaubild zeigt den Fertigungs-gang bei der Erz-zu-Stahl-Verarbeitung im Werk Salzgitter 1975. Der eingezeichnete Erzbergbau existiert bereits nicht mehr. Bei vollständiger Umrüstung auf den neuen Strangguß würde das Vergießen des Stahls in Kokillen und das Erwärmen der so erhaltenen Rohblöcke in Tieföfen entfallen. Allein in der Gießerei Salzgitter sind 350 Arbeiter beschäftigt. Das nach der Stranggußanlage folgende Warmbandwalzwerk ist ein sogenanntes Walzwerk Erste Wärme, das heißt, daß der Stahl nach dem Austritt aus dem Stahlwerk sofort gewalzt wird, also mit höherer Temperatur als beim herkömmlichen Brammenwalzwerk. Diese beiden Technologien bestehen heute auch im Stahlwerk Peine nebeneinander. Ersichtlich ist, daß bei Nichtauslastung des Stahlwerkes Peine die nachfolgende Stranggußanlage und Walzwerke Erste Wärme nicht mehr betrieben werden könnten. Die vom Betriebsrat geforderten Investitionen für den Neubau einer Walzstraße spielen von daher schon eine gewichtige Rolle für die Aufrechterhaltung der Stahlverarbeitung in Peine. Die im Schaubild noch dargestellte Verarbeitung von Stahlschrott zu Rohstahl existiert in beiden Werken ebenfalls nicht mehr.



Die bundeseigenen Stahlwerke Peine-Salzgitter AG sind mit einem Marktanteil von 10 Prozent der drittgrößte Stahlproduzent der BRD. Dazu ist der Konzern nach der Fusionierung von Peine und Salzgitter aufgestiegen. Für Konzentration der Produktion und Rationalisierung war diese Fusion das Signal. Wurden 1974 5 Millionen Tonnen Stahl mit einer Belegschaft von 19000 produziert, so muß heute eine Produktion von 4 bis 4,5 Millionen Tonnen von 14000 geleistet werden. Bis Ende der achtziger Jahre sollen es nur noch 10000 sein.



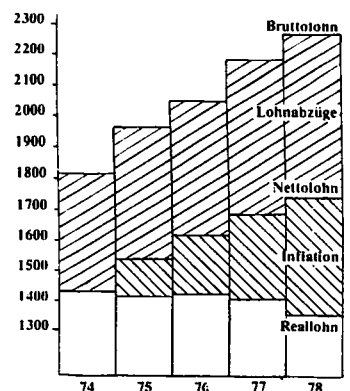
Das Bild zeigt den Erzabbau bei Peine im Jahr 1900, damals noch im ziemlich primitiven Tagebau, bereits von der Ilse- r Hütte betrieben. Erst später wurden die Vorkommen in Salzgitter bei Lengede geschürft und erst mit den zur Kriegsvorbereitung gegründeten „Reichswerken Hermann Göring“ im großen Maßstab betrieben. Noch bis 1970 wurden die Gruben in Bültzen und Lengede ausgebaut, und in einer Broschüre schreibt P&S:

„Die Gruben zählen heute zu den technisch höchstentwickeltesten Erzgruben Mitteleuropas ... in der Grube Lengede wird das Roherz mit schneidenden Großgewinnungsmaschinen vollmechanisch abgebaut und mittels einer hydraulischen Förderung zu Tage gepumpt.“ Doch die Anarchie der kapitalistischen Produktion ließ diese fortschrittliche Technologie bald verrotten. Bereits Mitte der 70er Jahre wurde die Produktion gedrosselt und bald ganz eingestellt. Nicht weil die Erzlager erschöpft wären, auch nicht wegen des Lengeder Grubenunglücks, das den gesamten Schacht unter Wasser setzte und einer Bergarbeitergruppe das Leben kostete – die Produktion wurde kurze Zeit später wieder aufgenommen –, sondern weil Importeure mit höherem Eisengehalt von imperialistischen Bergbau-

konzernen in Ländern der Dritten Welt mit abgetrotzten Konzessionen billig gefördert werden konnten. Die Importerze haben einen Eisengehalt bis zu 60%, während das Salzgittererz selbst nach aufwendiger Aufbereitung nur einen Gehalt von 44% aufweist. Der hohe Eisengehalt dieser Importerze ermöglichte zugleich produktivere Verhüttungsmethoden, wie sie beim Hochofen A in Salzgitter angewendet werden. Umgekehrt kann aber das saure Salzgittererz in diesem Hochofen gar nicht mehr verhüttet werden, obwohl er auf diesem Erzlager steht.

P&S Lohnentwicklung

Bereits 1978 waren für einen P&S Arbeiter im Vergleich zu 74 reale Lohnsenkungen eingetreten. In den nachfolgenden Jahren lagen die Tariflohnabschlüsse zumeist unter denen der Metallindustrie, so daß die Verluste in der Stahlindustrie noch größer sind. Dazu kommen Kurzarbeitsperioden, die weitere Verluste bedeuten. Wie nicht anders zu erwarten, haben die Kapitalisten die über Jahre hinweg besonders „zurückhaltende“ *Lohntarifpolitik* der IG Metall nicht gedankt – erst recht nicht mit „Arbeitsplatzsicherheit“.



Der Arbeiterlohn, der hier berechnet wurde, ist der eines 23-Punkte-Arbeiters in Konti-Schicht (also 5 Früh-, 5 Nacht-, 5 Mittags-, 2 Sonntagsschichten, samstags 1 Mittags-, 1 Nacht-, 1 Frühschicht und zusätzlich 1 Mittagsschicht an einem Wochentag = 176 Stunden), in der Steuerklasse III/2.

Militärhilfe für Honduras

Zwei Millionen DM Militärhilfe für die Regierung in Honduras hat die Bundesregierung am 16. Juni 1982 beschlossen. Ihr Mann in Tegucigalpa, Botschafter Hamburger, äußerte sich offen zu der verfolgten Absicht, die Honduraner seien ein Volk von Bettlern, und ohne die harte Hand der Militärs funktioniere dort nichts. Die Bundesregierung rechtfertigt ihre Hilfe mit der Existenz eines zivilen Staatspräsidenten seit den im Januar abgehaltenen Wahlen. Jedoch übt das Militär nach wie vor die Macht aus. Der rechtsextreme frühere Polizeichef wurde Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Die Verelendung der Lohnabhängigen in Honduras ist verursacht durch die US-Konzerne, die dem Land eine einseitige, auf Export von Obst und Bergbauprodukten ausgerichtete Wirtschaft aufgezwungen haben. Zwei der größten Ausbeuter, Standard Fruit und Rosarion Ressources, haben die Schließung ihrer Werke und Plantagen angekündigt. Dagegen haben die Belegschaften demonstriert. Die arbeitslos gemachten 120000 Beschäftigten erhöhen die Zahl

Taiwan: Weitere US-Waffenlieferungen

In einem am 17.8. veröffentlichten gemeinsamen Kommuniqué mit der chinesischen Regierung erklärte sich die US-Regierung bereit, ihre Waffenlieferungen an Taiwan (Bild: Regierungschef Sun) allmählich abzubauen und schließlich zu stoppen. Am selben Tag gab die US-Regierung bekannt, daß die während der Verhandlungen gestoppte Produktion des US-Kampfflugzeuges F 5E auf Taiwan wieder aufgenommen wird. Vorausgegangen waren monatelange Verhandlungen, in denen China u.a. gedroht hatte, bei Fortsetzung der US-Waffenliefe-



rungen die Beziehungen zu den USA einzufrieren. Die VR China berief sich dabei auf das Abkommen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, in dem die USA Taiwan als Teil Chinas anerkannt hatten. Die neue Vereinbarung

fällt weit hinter die chinesische Forderung zurück: Denn zwar gestand die Reagan-Administration zu, daß es nur ein China gibt und Taiwan dazu gehört und daß die USA sich nicht in Chinas innere Angelegenheiten einmischen werden. Aber die USA haben sich auf keinen Termin des Lieferungsstopps verpflichtet, und die Waffenlieferungen dürften jährlich immerhin 800 Mio. Dollar betragen. Reagan erklärte, die zukünftige Taiwan-Politik der USA werde ganz davon abhängen, wie weit die VR China eine friedliche Lösung des Taiwan-Problems verfolge. Die US-Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten geht weiter.

der Arbeitslosen fast auf das Doppelte. Die Gewerkschaften bezeichnen 1982 als das „schwarze Jahr“ der Arbeiter und führen Arbeitskämpfe gegen die Folgen der Krise.

Bolivien: Streik gegen Preiserhöhung

Der Gewerkschaftsverband COB hat gegen die geplante Erhöhung der Busfahrpreise um 20 Prozent einen Streik organisiert, so daß sämtliche Ge-

schäfte und Banken in La Paz für einen Tag geschlossen waren. Schon zuvor hatten Demonstranten den Verkehr lahmgelegt. Bauern hatten wichtige Überlandstraßen gesperrt. Nachdem das Militärregime Ende Mai das Verbot der Gewerkschaften aufheben mußte, hat es jetzt die Gewerkschaft und Parteien zu Verhandlungen über allgemeine Wahlen aufgefordert. Die Gewerkschaft verlangt eine nationale Übergangsregierung.

Grönland-Kabeljau? Schwimmt in EG-See!

Am 18. August erklärte Regierungssprecher Rühl, „auf hoher politischer Ebene müsse Dänemark nahegebracht werden, daß ein Land, das große Vorteile aus der Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft habe, auch die Interessen eines Partners berücksichtigen müsse.“ Die Interessen des „Partners“ sind 2000 Tonnen Kabeljau, die die BRD vor Westgrönland fischen will. Auf Anfrage beim Landwirtschaftsministerium gibt es folgende „Hintergrundinformation“: Dänemark wolle die Grönländer, die für den EG-Austritt gestimmt hatten, damit ködern, daß keine fremde Flotte vor Westgrönland fische, damit soll der Ausgang der Wahlen im Frühjahr zugunsten eines EG-Verbleibes beeinflusst werden. Die Imperialistenlogik der BRD dagegen: Egal wie die Grönländer abstimmen, sie gehören zur EG, ihr Gewässer ist EG-Meer, und die BRD hat daher freien Zugang.

Journalistenstreik in Portugal

Am 10. August 1982 organisierte die portugiesische Journalistengewerkschaft einen 24stündigen Generalstreik gegen die Ankündigung der Regierung, sie wolle wegen der großen Defizite die staatliche Nachrichtenagentur schließen, die erst am 1. Juli 1975 errichtet worden war. Dem Streik schlossen sich fast 1000 Journalisten von Presse, Funk und Fernsehen sowie mehrere tausend Drucker an.

Polizistenstreik in Indien

Demonstrierende Polizisten haben am Mittwoch dem 18. August in Bombay Nahverkehrszüge blockiert und waren in heftige Kämpfe mit paramilitärischen Einheiten verwickelt. Für die Streitkräfte des Bundesstaates Maharashtra wurde Alarmbereitschaft angeordnet. Anlaß der Unruhen war die Verhaftung mehrerer Polizeigewerkschafter

nach einer Demonstration für tarifliche Verbesserungen. Außerdem hatten viele Polizisten am nationalen Unabhängigkeitstag schwarze Armbinden getragen, woraufhin Funktionäre der Polizeigewerkschaft wegen „Verrat und Disziplinlosigkeit“ verhaftet wurden. 22 Polizeibeamte wurden am Mittwoch entlassen und 90 weitere vorübergehend vom

Dienst suspendiert. Unter den Entlassenen befindet sich auch der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft. Die Gewerkschaft selbst wurde praktisch verboten. Von staatlicher Seite wurde bekanntgegeben, daß die örtlichen und regionalen Gewerkschaften und Vereinigungen der Polizei für aufgelöst angesehen würden. 1979 hatten die Polizisten in heftigen Kämpfen (Bild) die Anerkennung ihrer Gewerkschaft durchsetzen können, allerdings mußten sie erhebliche Einschränkungen ihrer Koalitionsrechte hinnehmen. In die 100 km entfernte Stadt Pune wurden Grenzschutzeinheiten verlegt, um Solidaritätsaktionen der dortigen Polizei zu verhindern. Das Heer wurde angewiesen, in Bombay selbst für Ruhe zu sorgen. Bei den Auseinandersetzungen wurden ein Polizist und zwei Schulkin- der getötet. Die Aktionen der Polizeigewerkschaft wurden die ganze Zeit über von großen Teilen der seit über sieben Monaten im Streik befindlichen Textilarbeitern unterstützt.



Großbritannien

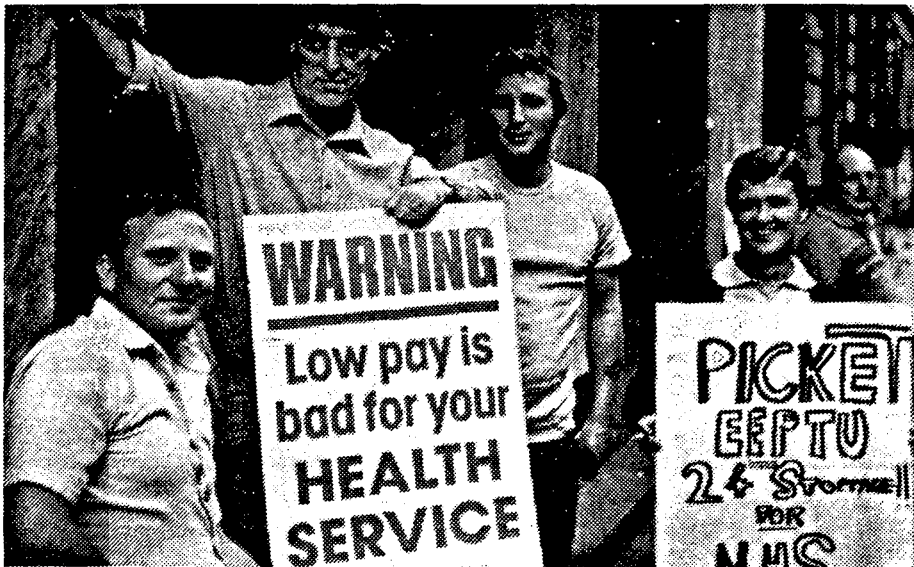
Erste Anwendung von Thatchers Antistreikgesetz

Zum ersten Mal haben die britischen Gerichte und Kapitalistenverbände vor zwei Wochen das 1980 von der Regierung Thatcher erlassene Anti-Streikgesetz angewandt. Vom 9. bis 13.8. führten die Krankenhausbeschäftigten erneut einen fünftägigen Warnstreik für ihre Lohnforderung von 12% durch. Wie bei vorangegangenen Streiks kündigten mehrere Gewerkschaften ihre Unterstützung durch Solidaritätsstreiks an, unter anderem die Drucker der Londoner Zeitungsstraße Fleet Street.

Das Anti-Streikgesetz von 1980 verbietet solche Solidaritätsstreiks indirekt, indem es den Kapitalisten die Möglichkeiten gibt, auf Schadenersatz

Elektriker-Gewerkschaft EEPTU, am 13. August vor Gericht. Obwohl er zu einer Gefängnisstrafe hätte verurteilt werden können – und dies die Zeitungskapitalisten auch offen forderten –, erhielt er eine Geldstrafe in Höhe von 325 Pfund, etwa 1500 DM. Gleichzeitig wurde er aber zur Zahlung der Kosten verurteilt, die betragen etwa 10000 Pfund (43000 DM).

Der Prozeß hatte den Charakter eines Musterprozesses. Gegen stärkere Gewerkschaften, wie die Bergleute und die Stahlarbeiter, die ebenfalls Solidaritätsstreiks durchgeführt hatten, waren die Kapitalisten nicht vorgegangen, wohl aber gegen die kleine Fleet-Street-Gruppe der Elektriker, bei denen sie



„Streikposten der EEPTU, 24 Stunden für die Beschäftigten im Gesundheitswesen“ in der Fleet Street am 11.8. 1982

zu klagen bzw. auf Unterlassung. Die Vereinigung der Zeitungskapitalisten erwirkte eine einstweilige Anordnung gegen acht führende Gewerkschafter der Fleet Street, nach der diese auf keinen Fall zu einem Streik aufrufen durften.

Obwohl sich alle bis auf einen daran hielten, erschienen keine Zeitungen am Donnerstag – denn die Elektriker bei den Fleet-Street-Zeitungen beschlossen, zur Unterstützung der Krankenhausbeschäftigten zu streiken. Da die gewerkschaftliche Organisation sehr hoch entwickelt ist unter den Zeitungsarbeitern, weigerten sich die Drucker, die Sicherungen und Schalter für die Druckmaschinen einzuschalten, die die Elektriker ausgeschaltet hatten.

Wegen „Mißachtung einer Gerichtsentscheidung“ stand Sean Geraghty, Sekretär der Fleet-Street-Gruppe der

sich auch sicher waren, daß die Führung dieser Gewerkschaft den Streik nicht unterstützen würde.

Sean Geraghty sprach nach dem Urteil von einem Erfolg. Aber mit dem Urteil haben die Kapitalisten einen Präzedenzfall geschaffen, den die Gewerkschaften nicht verhindern konnten. Ob sich die Kapitalisten durchsetzen konnten, zeigt sich nächste Woche bei den nächsten Streiks der Krankenhausbeschäftigten.

Kommt es dann zu Solidaritätsstreiks, haben die Kapitalisten diese Runde verloren. Umso dringender wird dann ihr Ruf nach Thatchers neuestem Anti-Streik-Gesetz sein, das solche Solidaritätsstreiks als „politische Streiks“ glattweg verbietet.

Die relativ milde Geldstrafe für den Gewerkschaftssekretär der Elektriker

ist aber sicherlich auch Resultat der großen Unterstützung, die der Kampf der Krankenhausbeschäftigten genießt.

Die Hälfte aller weiblichen Hilfskräfte in den Krankenhäusern verdient weniger als 75 Pfund in der Woche brutto bei mehr als 45 Stunden, das sind etwa 1400 DM im Monat. Mehr als die Hälfte der Krankenschwestern erhält weniger als 100 Pfund in der Woche oder 1850 DM im Monat brutto ebenfalls einschließlich Überstunden. Ihre Forderung nach 12% mehr Lohn – gegen das Regierungsangebot von 6 bzw. 7,5% – ist angesichts ihrer Elendslöhne auch von den reichsten Zeitungsschreibern als „gerecht“ anerkannt worden – nur sei halt kein Geld da.

„Eine Warnung: Schlechte Bezahlung ist ungesund für ihre Krankenversorgung“, steht auf den Plakaten von Streikposten. Die Krankenversorgung ist in Großbritannien organisiert durch den National Health Service, der zusammen mit den Rentenversicherungen die National Insurance (Nationale Versicherung) ausmacht. D.h., Versicherungseinnahmen, Geldverwaltung, Krankenhäuser sind alle in staatlicher Hand.

Die Politik der Regierung Thatcher besteht darin, die neben dem staatlichen NHS bestehenden privaten Krankenversicherungen zu stärken, in denen vor allem Angestellte von ihren Firmen versichert werden, und im NHS die Patienten-Selbstbeteiligung zu erhöhen. Z.B. kostet allein die Tatsache, bei einem Zahnarzt in Behandlung zu sein, jetzt 60 DM im Vierteljahr. Die schlechte Bezahlung für die Beschäftigten gehört zu der Regierungsstrategie, die NHS auszuhungern. Gleichzeitig wurden die Beiträge der Kapitalisten zur Nationalen Versicherung im letzten Budget gesenkt.

Quellenhinweis: Financial Times 14.8. 1982; National Earnings Survey; BBC

Belgien

Haushalt 1983: Raubzug gegen die Arbeiter

Kurz nachdem die belgische Regierung den Stahlkonzernen Subventionen in Millionenhöhe zugeschoben hatte, legte sie den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr vor. Im Januar dieses Jahres hatte die Regierung Martens sich mit Sondervollmachten ausstatten lassen, um drastische Lohnsenkungen, Beschneidung der Ausgaben der Sozialversicherung und Rationalisierungen gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durchzusetzen. Der

neue Haushalt soll diesen Kurs fortsetzen u.a. durch:

– Streichungen bei den Kindergeldzahlungen, die bisher durch Beiträge der Kapitalisten finanziert werden. Die schon Anfang des Jahres beschlossenen Maßnahmen sollen verlängert und verschärft werden. 1982 soll für elf Monate das Kindergeld um 500 bfr. (1 bfr. = 0,053 DM) monatlich gekürzt werden (von insgesamt 14 Monatszahlungen), für 1983 sollen alle 14 Monatszahlungen um denselben Betrag pro Familie gekürzt werden. Zusätzlich wird das Kindergeld für Familien mit einem Kind halbiert, ebenfalls für Kinder zwischen drei und sechs Jahren. Getroffen werden von diesen beiden Maßnahmen ca. 265 000 Familien. Von den Kinderlosen werden 900 bfr. monatlich als Lohnabzug einbehalten. Einschließlich der Kürzungen des Kindergeldes für ausländische Arbeiter will die Regierung so 22,45 Mrd. bfr. an Land ziehen.

– Über Kürzungen des Jahreslohns der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und Streichung von 9000 Stellen, das sind 1,5%, will sie 10 Mrd. bfr. einstreichen.

– Angekündigt hat sie weiterhin Erhöhungen der Mehrwertsteuer, die 15 Mrd. bfr. einbringen sollen, Erhöhungen der Tabaksteuer und Tarifierhöhungen im öffentlichen Verkehrswesen und bei der Post.



In heftigen Kämpfen versuchten die Stahlarbeiter im Frühjahr dieses Jahres, die Angriffe der Regierung zurückzuschlagen.

Die BRD-Imperialisten kommentierten diesen Haushalt genüsslich: Der „Sanierungskurs“ der Regierung Martens entspreche den Anforderungen. „Allerdings dürfte auch das Gesamtnominalplus von 7,5% de facto sinkenden Realausgaben entsprechen, da allein der Schuldendienst inzwischen zu einer erheblichen Belastung für den Finanzminister geworden ist.“ (Handelsblatt) Ein Großteil dieser Zins- und Zinseszinszahlungen fließt in die Taschen der westdeutschen Imperialisten,

die die Hauptgläubiger der belgischen Regierung sind. Mit ca. 1/3 der belgischen Auslandsschulden in ihrer Hand können die westdeutschen Imperialisten erheblichen Druck auf die Regierung ausüben.

Für die belgische Arbeiterbewegung wird es schwierig, diesen Haushaltsentwurf zurückzuschlagen. Der christliche Gewerkschaftsbund ACV hat – so das „Handelsblatt“ – „vorsichtige Unterstützung“ angekündigt.

Quellenhinweis: Konkreet, Zeitung der PvdA van Belgie, Nr. 31/1982; Handelsblatt v. 4.8.82

Dänemark Kampf gegen organische Lösungsmittel

Die dänischen Gewerkschaften haben dem Gebrauch von organischen Lösungsmitteln am Arbeitsplatz den Kampf angesagt. Nach langen Bemühungen hat der Frauen-Arbeiter-Verband im Juni 82 ein Treffen mit der staatlichen Arbeitsaufsicht erreicht, auf der sie eine Liste derjenigen Fabriken vorlegen soll, in denen am häufigsten Arbeitsschäden auftreten. Der Frauen-Arbeiter-Verband meint, daß in 60 bis 70% der Fabriken, in denen mit organischen Lösungsmitteln gearbeitet wird, bereits Vergiftungen vorgekommen sind, und zwar in der Elektro-, Plastik- und Reinigungsindustrie sowie in der Farben- und Lackherstellung. Die Arbeitsaufsicht soll daraufhin die Zustände in diesen Fabriken untersuchen und auf Änderung der Arbeitsbedingungen hinwirken. Das Ziel des Kampfes ist, die Grenzwerte und Arbeitsschutzbestimmungen zu ändern. Ruth Løjbert vom Frauen-Arbeiter-Verband: Das Arbeitsschutzgesetz muß so schnell wie möglich geändert werden, es ist unbrauchbar im Kampf gegen gefährliche Stoffe. Denn auch an Arbeitsplätzen, wo die Grenzwertbestimmungen voll eingehalten werden, treten Vergiftungen auf.

Arbeitsschäden von organischen Lösungsmitteln sind in letzter Zeit sprunghaft angestiegen. Ein Arzt der arbeitsmedizinischen Klinik in Kopenhagen bezeichnet dies gegenüber „Politiken“ als regelrechte Epidemie. Die Patientenzahl hat sich in drei Jahren vervierfacht, ein Fünftel kommt wegen Vergiftungen durch Lösungsmittel. 1981 waren es allein in der Kopenhagener Klinik ca. 360. Der Arzt bezeichnete diese Fälle lediglich als Spitze eines Eisberges. Der Verbrauch von Lösungsmitteln ist in den letzten Jahrzehnten stark angewachsen, von 1960 bis 1970 allein um 350%. Jährlich importiert Dänemark 15 000 t Lösungsmittel. Das entspricht 50 kg pro Industriearbeiter.

Organische Lösungsmittel rufen Gehirnschäden, z.B. Gedächtnisstörungen hervor, aber auch Schädigungen des Muskel- und Knochensystems. Erwiesen sind auch Schädigungen der Embryos von schwangeren Arbeiterinnen. Ein Sprecher der staatlichen medizinischen Statistikabteilung äußerte gegenüber „Politiken“ die Befürchtung, daß ein explosionsartiges Anwachsen von Mißbildungen zu erwarten sei. Der Grund hierfür: Der steigende Verbrauch von schädlichen Stoffen am Arbeitsplatz, besonders von Lösungsmitteln.

Ein Erfolg für die Arbeiter ist, daß konkrete Untersuchungen über die Schädlichkeit angestellt werden. So wird nun von der arbeitsmedizinischen Klinik in Kopenhagen eine Untersuchung an 1 000 Malern durchgeführt – eine Berufsgruppe, die stark Lösungsmitteln ausgesetzt ist –, als Kontrollgruppe dienen 1 000 Maurer. Finanziert wird die Untersuchung vom Staat mit 1 Mio. Kr. Ebenfalls wird eine genauere Registrierung der Mißbildung bei Neugeborenen im ganzen Land durchgeführt, durch die nach gewisser Zeit der Zusammenhang von schädlichen Stoffen am Arbeitsplatz und Mißbildungen besser nachweisbar sein wird.

Quellenhinweis: Politiken vom 9.2., 15.3., 23.6., 24.6. und 13.7.82; LO-Bladet Nr. 12/82 und 13/82.

Italien Folterungen in Polizeikasernen

Einflößen von großen Mengen Salzwasser, Elektroschocks auf die Gesichtsteile, Verbrennungen mit glühenden Zigaretten, eine nächtliche Scheinerschießung auf dem Land, wohin der Verhaftete im Kofferraum eines Autos gebracht worden war – dies und mehr hat sich allem Anschein nach in italienischen Polizeikasernen abgespielt.

Nach dem Sturm auf das Versteck des von den Roten Brigaden entführten US-Generals Dozier am 28. Januar hatten Sondereinheiten der Polizei in Padua und Umgebung rund 400 tatsächliche und vermeintliche Mitglieder der Roten Brigaden verhaftet. Der Brigadist Di Leonardo berichtete als erster dem Richter von Folterungen in der Kaserne der Bereitschaftspolizei von Padua. Inzwischen laufen an fünf verschiedenen Orten Ermittlungsverfahren wegen Folter.

Erste Presseberichte über die Folterungen hatte die Reaktion noch leicht hin als „Greuelmärchen“ abgetan. Doch dann stellte sich heraus, daß die Quelle für die Presseberichte selbst Polizisten gewesen waren, Mitglieder der

Polizeigewerkschaft. Auch sogenannte „reue Terroristen“, die der Polizei zahlreiche Namen und Verstecke genannt hatten, erklärten, der „Reue“ sei mit körperlichen Mißhandlungen nachgeholfen worden.

Am 29. Juni erließen in Padua zwei Untersuchungsrichter Haftbefehl gegen zwei Polizeioffiziere und drei Mitglieder von Polizei-Sonderkommandos. Außer wegen Folter wird jetzt auch wegen Freiheitsberaubung ermittelt: Die Verhafteten waren ohne Wissen des zuständigen Richters in der Polizeikaserne festgehalten worden.

Die Reaktion schäumte: Der Innenminister sprach von „Skepsis und Bitterkeit“. Im römischen Polizeipräsidium rotteten sich Polizeioffiziere zusammen. Die Einheitsgewerkschaft der Polizisten, die Aufklärung der Vorgänge verlangte, wurde angegiftet. Christdemokraten und Führer der kleinen rechten „Sozialdemokratischen Partei“ erklärten lauthals ihre Solidarität mit den Verhafteten und ließen durchblicken, Folter sei bei „Terroristen“ vielleicht gar nicht unangebracht.

Am 2. August hat der Untersuchungsrichter die fünf Polizisten wieder auf freien Fuß gesetzt, da keine Verdunklungsgefahr mehr bestehe. Das Ermittlungsverfahren läuft aber weiter. Trotzdem hat der Innenminister tags darauf die Suspendierung der fünf vom Dienst wieder aufgehoben. Viel deutet darauf hin, daß die Folterungen von den höheren Polizeichargen mindestens geduldet wurden. Sonst wäre kaum erklärlich, wie es so oft dazu gekommen ist.

Quellenhinweis: L'Unità 30.6., 3.8., 4.8. 1982; Rassegna Sindicale 25.3., 15.7. 1982

Angola Erneute Überfälle durch südafrikanische Truppen

Seit einem Jahr hält Südafrika Teile von Angola faktisch besetzt. Mit immer neuen militärischen Aktionen, die sich gegen die Basen der SWAPO, der Befreiungsorganisation Namibias, richten, versucht sich das Siedlerregime „Sicherheitszonen“ nach dem Vorbild Israels zu verschaffen. Am 11. August gab die südafrikanische Regierung zu, daß ihre Truppen erneut in Südafrika eingefallen sind, und bestätigte, daß einer ihrer Hubschrauber mit 15 Soldaten von der SWAPO in Angola abgeschossen wurde. Nach Angaben des angolischen Außenministers Jorge sind die südafrikanischen Truppen mit 430 gepanzerten Fahrzeugen, 200 Geschützen, 60 Kampfflugzeugen und 30 Hubschraubern eingefallen. Bei dem jüngsten Überfall wurden auch reguläre Streitkräfte Angolas angegrif-

fen, wobei es nach Meldungen der angolischen Nachrichtenagentur mindestens zwei Tote und sechs verletzte Soldaten gab.

Nachdem für die in der „westlichen Kontaktgruppe“ zusammengeschlossenen Imperialisten (USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und BRD) fest stand, daß die SWAPO freie Wahlen gewinnen wird und daß die Versuche der Installierung eines neokolonialen Regimes mit der „Turnhallen-Alli-



Südafrikanische Soldaten an der Grenze zu Angola im Sommer 1981.

anz“ kaum noch erfolgversprechend verlaufen würden, gehen Südafrika und die USA an eine militärische Lösung. Die Verhandlungen mit der SWAPO über einen Waffenstillstand, den Beginn von Wahlen und die künftige Verfassung werden verzögert, indem Südafrika und die USA fordern, daß die kubanischen Truppen aus Angola abgezogen werden müßten. Abgesehen davon, daß sie sich damit grob in die inneren Angelegenheiten Angolas einmischen, ist der Zweck, Angola militärisch zu schwächen, um ungehindert Ausrottungsfeldzüge gegen die SWAPO durchführen zu können und wo möglich die Regierung Angolas zu beseitigen. Die portugiesische Zeitung „Expresso“ berichtete, daß Südafrika in der letzten Zeit mehrere hundert Söldner verschiedener Nationalitäten für Angola-Einsätze rekrutiert hat.

Während sich die BRD-Imperialisten regierungsamtlich bedeckt halten und zum x-ten Mal erklärt wird, daß die Namibia-Verhandlungen jetzt wieder einen entscheidenden Schritt gemacht hätten, äußerte sich Strauß bei seinem Besuch von Namibia im März offen. Zur UN-Resolution befragt: „Da habe ich große Vorbehalte“ und nötig sei eine Politik, „die deutsche private Investoren in Südwest nicht entmutige“.

Quellenhinweis: El Moudjahid, 1.8. – 15.8.82; Südd. Ztg. 14., 15.8.82; Die Welt, 31.3.82

Dominikanische Republik Sklavenarbeit auf Zuckerrohrplantagen

Über 100 000 Menschen leben während der Zuckerrohrernte in der Dominikanischen Republik praktisch als Sklaven. Der größte Teil von ihnen sind Wanderarbeiter aus dem benachbarten Haiti, die während der Erntezeit von November bis Juni auf den großen Plantagen schuften. 30 000 werden auf der Grundlage eines Staatsvertrages zwischen Haiti und der Dominikanischen Republik exportiert und wieder zurückgeschickt. Der Rest kommt meist illegal über die Grenze. Ein Plantagenbesitzer: „Wenn ich Arbeiter brauche, gehe ich einfach zur Grenze. Ich drücke einem Offizier, der rund 150 Dollar im Monat verdient, tausend Dollar in die Hand. Er schafft die Haitianer herbei. Wie, das ist seine Sache. Ich gebe den Arbeitern 1,50 Dollar pro Tag, den Boden, auf dem sie schlafen dürfen, und ansonsten behandle ich sie wie Tiere.“

Der Nutznießer dieser viehischen Ausbeutung, die auch nicht vor Kindern halt macht, ist im wesentlichen ein US-Konzern. Die Gulf and Western Corp. besitzt 30% aller Plantagen, kontrolliert Tausende von km² Land und hat damit Einfluß auf die staatlichen Zuckerrohrplantagen, die 60% des Rohzuckers produzieren. Darüberhinaus ist der Konzern in mehr als hundert Betrieben der verschiedensten Art tätig, wofür er in vielen Fällen nicht einmal Steuern bezahlen muß.

Die Gulf and Western leugnet, daß sie selbst Arbeiter ausbeutet, die aufgrund des Staatsvertrages aus Haiti kommen. Daß die staatliche Zuckerrohrgesellschaft jedoch zu solchen Methoden greift, dafür ist auf jeden Fall die USA direkt verantwortlich. Über die Hälfte der Staatseinnahmen stammen aus dem Verkauf von Zucker, und hauptsächlich Käufer sind die USA. Nach den Ernten 1976/77 und 1977/78 hatte die staatliche Zuckergesellschaft Consejo Estatal del Azúcar (CEA) einen Verlust von 68 Mio. US \$. Sie mußte einen kurzfristigen Kredit von 60 Mio. US \$ aufnehmen, um überhaupt die Ernte 1978/79 finanzieren zu können. Allerdings reichte auch die Ernte nicht aus, die Verschuldung zu verringern: die Produktionskosten beliefen sich 1979 auf 9,4 Cents pro Pfund, der Erlös war aber nur 8,8 Cents pro Pfund. Im vergangenen Jahr gab es eine kurzfristige Atempause, als der Zuckerpreis auf 31 Cents stieg, er ist inzwischen aber wieder auf knapp 7 Cents pro Pfund gefallen.

Quellenhinweis: Entwicklungspolitik, Spiegel der Presse, 12.82, 15.82

Türkei

Millionenfache Ruinierung der Bauern bewirkte die Landwirtschaftspolitik

Die türkische Militärregierung konzentriert die brutale Verfolgung der Zusammenschlüsse der arbeitenden Klassen nicht nur auf die revolutionären Organisationen und die fortschrittlichen Gewerkschaften. Mit Verhaftungen, Todesurteilen und Folter betreibt sie ebenso grausam die Zerschlagung der Organisationen der landlosen Bauern, der Pächter und Landarbeiter, selbst die Verbände der kleinen und mittleren Bauern sind mittlerweile verboten. Gegen die Vorsitzenden des Zusammenschlusses der meisten landwirtschaftlichen Genossenschaften KÖY-KOOP haben die Militärstaatsanwälte die Todesstrafe beantragt. Vorgeworfen wird den Funktionären der KÖY-KOOP die Zusammenarbeit mit sozialistischen und kommunistischen Organisationen und die Unterstützung von Landbesetzungen.

Seit Mitte der 60er Jahre besetzten die armen und landlosen Bauern in verschiedenen Landesteilen der Türkei Felder der Plantagen- und Großgrundbesitzer, um ihren Lebensunterhalt zu sichern und sich gegen weiteren Landraub durch die besitzenden Klassen zur Wehr zu setzen. Seit Anfang der 50er Jahre hatten die verschiedenen türkischen Regierungen eine Landwirtschaftspolitik betrieben, die sowohl die Enteignung und Verarmung von Millionen Bauern bewirkte als auch die Bereicherung des Großgrundbesitzes förderte, nachdem die von der Regierung Atatürk vorbereitete Landreform am Widerstand der besitzenden Klassen gescheitert war.

Die Regierung Menderes beschloß ein Landwirtschaftsprogramm, das die Kapitalisierung der landwirtschaftlichen Produktion befördern sollte. Da-

bei hatte sie sowohl die Unterstützung der imperialistischen Gläubigerstaaten als auch das Wohlwollen der Großgrundbesitzer auf ihrer Seite. Das Kreditvolumen für die Landwirtschaft wurde ausgeweitet, Kredite für Investitionen, für Maschinen und Bewässerungsprojekte wurden an die kreditwürdigen Landbesitzer, die Großgrundbesitzer vergeben. Vor allem in der westlichen Türkei traten die kleinen und mittleren Bauern gegen diese Regierungsmaßnahmen auf und verlangten zunächst Kredite zu gleichen Bedingungen wie der Großgrundbesitzer.

1961 sah sich die türkische Regierung gezwungen, die Förderung des Genossenschaftswesens ausdrücklich in die Verfassung aufzunehmen. Der ab 1963 gültige Wirtschaftsplan umfaßte dann auch die Erhöhung des Kreditvolumens für die Landwirtschaft einschließlich der landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Vorbereitung einer Landreform. Die Sicherung des Privateigentums an Grund und Boden war jedoch fester Bestandteil dieser geplanten Reformierung der landwirtschaftlichen Produktion.

Dokumente aus dem Kampf der Kurden

Flugblatt kurdischer Studenten in Istanbul zur Lage in Hakkari im Sommer 1970:

„... In Hakkari kann wegen der geringen Anbaufläche, seiner schwierigen Bergtäler und kargen Berge nicht genügend Weizen angebaut werden – und Mehl, Salz, Petroleum, Zucker und andere für das Volk lebensnotwendige Güter können nicht aus den Nachbarprovinzen herangeschafft werden. Die Verkehrswege bedeuten für Hakkari das Leben selbst. Dennoch gibt es von den Kreisen Hakkaris keine Verbindungswege zu Nachbarprovinzen, ja nicht einmal solche zwischen seinen eigenen Kreisen und Dörfern ...

Ihr Herren, die ihr Träger der Verwaltung für dieses Land seid und Euch in weiche Sessel niederlaßt: Das Vaterland ist nicht nur Ankara! In Cukurca verlangt das Volk seine Staatsbürgerrechte:

Es verlangt von Euch Verkehrswege, Wasser, Licht und Ärzte. Ihr, die ihr im Wahlkampf diese Mißstände zu beseitigen versprochen habt, habt damit auch die Verwaltungsohnehre für dieses Land übernommen.

Nichtsdestotrotz ist diesem Volk nicht einmal sein Leben garantiert. Diese Menschen, die hungrig sind, durstig, verstreut, ohne Garantie für ihr Recht auf Leben, sind gezwungen, selbst zu handeln, um zu überle-

ben. Darum werden sie Schmuggler und Banditen genannt.

He, Ihr da, die ihr die Träger der Verwaltung für dieses Land seid, es ist nicht ohne Grund, daß ihr dies als ein juristisches Problem bezeichnet, anstatt es als ein wirtschaftliches zu erkennen und nach einer wissenschaftlichen Lösung zu suchen. Dies würde natürlich kaum zum Nutzen der Feudalherren sein, welche eure Zügel in der Hand halten ...“

Forderungen einer Aktionseinheit kurdischer Organisationen (Oktober 1977). Diese Aktionseinheit entstand, als die Bauern der Kreise Van, Agri und Hakkari in Demonstrationen und Landbesetzungen gegen die Großgrundbesitzer kämpften:

„Die Befreiung der Bauern aus dieser Sackgasse ist nur durch eine radikale Landreform möglich, eine Landrevolution, die in der gesamten Türkei und insbesondere im Osten verwirklicht werden muß. Die Verwirklichung der Landreform hängt demnach von einer Reihe radikaler Änderungen ab. Die Lösung dieser Frage hat mit der Industrialisierung des Landes und der Erziehung des Volkes zu tun. Die türkische Regierung, die Kurdistan für eine ihrer Kolonien hält und dementsprechend handelt, hat bisher nie daran gedacht, für die Probleme der kurdischen Bauern eine Lösung zu finden.“

„Die Befreiung der Bauern aus dieser Sackgasse ist nur durch eine radikale

Landreform möglich, eine Landrevolution, die in der gesamten Türkei und insbesondere im Osten verwirklicht werden muß. Die Verwirklichung der Landreform hängt demnach von einer Reihe radikaler Änderungen ab. Die Lösung dieser Frage hat mit der Industrialisierung des Landes und der Erziehung des Volkes zu tun. Die türkische Regierung, die Kurdistan für eine ihrer Kolonien hält und dementsprechend handelt, hat bisher nie daran gedacht, für die Probleme der kurdischen Bauern eine Lösung zu finden.“

Aussage des Rechtsanwalts Daya zu den Massenprozessen gegen kurdische Arbeiter und Bauern nach dem Militärputsch am 12. September 1980:

„Seit dem 12. September betrug die Anzahl der Verhafteten etwa 700, die Zahl der Untersuchungsgefangenen, laut Gerichtsprotokollführer, lag bei 3000.

Nach der Machtergreifung im Februar 1981 betrug die Anzahl der Gefangenen 4000 und der Untersuchungsgefangenen 1000. Laut Protokoll der Gerichtsbehörde sind in Diyarbakir, Hakkari, Mardin, Urfa, Van, Siirt ca. 40000 Personen aus ihrer Wohnung und von Arbeitsplätzen abgeholt und eine Zeitlang, mindestens 10 Tage, in Internierungslagern der Brigaden und des Polizeipräsidiums festgehalten worden ...“

Quellen: J. Roth u.a., Geographie der Unterdrückten. Die Kurden, Hamburg 1978; Wesanên Serxwebûn. Massaker im Militärgefängnis Diyarbakir, Info 2

Die Erhöhung des Kreditvolumens nutzten zunächst die Agrarkapitalisten im Westen der Türkei, die mit diesen zu niedrigem Zinssatz verliehenen Geldern die kapitalistische Rationalisierung auf ihren Plantagen vorantrieben. Die Zahl der Traktoren stieg rapide, 1950 gab es 16585 Traktoren, 1960 schon 42135, 1979 ca. 440000. Bis Mitte der 60er Jahre befinden sich diese Traktoren vorwiegend in der Hand der Besitzer der Baumwoll-, Tabak-, Wein- und Obstplantagen in der westlichen Türkei.

Binnen kurzer Zeit erhöhten die Plantagenbesitzer die Anbaufläche von Wein um 124%, von Obstbäumen um 38%, von Olivenbäumen um 134%. Dabei griffen sie zum einen auf staatli-

arbeit der Bauern zogen, nutzten die staatlichen Angebote, die Mechanisierung ihrer Landwirtschaften zu betreiben. Bei der Vorbereitung einer kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft hielten sie die feudale Unterdrückung aufrecht, selbst die Umstellung auf profitorientierte Produktion führten sie nicht vollständig durch. Der Großgrundbesitz verlangte weiterhin die Naturalabgaben der Pächter und Bauern. Für zahllose arme Bauern war aber nicht einmal mehr die Möglichkeit vorhanden, einen Teil der Feudalschuld durch Fronarbeit abzuleisten. Der Einsatz von Maschinerie machte ihre Arbeitskraft für die Bearbeitung der Ländereien des „Aga“, des Großgrundbesitzers, überflüssig. Die Agas betrieben

Die Landreform, die die Demirel-Regierung 1976 nach heftigen Kämpfen der Bauern einleiten mußte, war so angelegt, daß die Verschuldung der armen Bauern noch zunahm. Sie hatten jetzt außer den Agas, den Wucherern auch noch den Staat auf dem Hals. Sofern überhaupt Land von den Großgrundbesitzern enteignet wurde, gegen Entschädigung, die zunächst der Staat zahlte, erfolgte die Verteilung an landlose und arme Bauern nur gegen Schuldschein. Diese verfügten aber weder über das Geld, die Schulden für den Landkauf zurückzuzahlen, noch über Produktionsmittel, das Land zu bearbeiten.

Alle diese Maßnahmen der diversen türkischen Regierungen verschärften die Lage der Bauern unerträglich, die Konzentration des Bodenbesitzes nahm noch weiter zu. 1950 waren 80% der erwerbstätigen Bevölkerung der Türkei in der Landwirtschaft beschäftigt. 1,5% der Grundeigentümer verfügte über ¼ des Bodens, 38,7% Groß- und Mittelbauern besaßen 80% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, der Anteil der besitzlosen Bauern betrug 14,5%. Ca. 20% der Haushalte auf dem Land erreichten kein Einkommen, das ihr Existenzminimum sicherte. Ende der 70er Jahre arbeiten noch 61% der Erwerbstätigen auf dem Land, der Anteil der besitzlosen Bauern ist auf über 35% gestiegen. Nunmehr konzentrieren die 15,7% Groß- und Mittelbauern 72,3% der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die Zahl der besitzlosen Bauern, die ihre Arbeitskraft auf den Plantagen und während der Ernte bei den Großgrundbesitzern verkaufen müssen, stieg von 500000 im Jahr 1950 auf ca. 900000 im Jahr 1979.

Als immer mehr Bauern der Dorfarmut dazu übergehen, selbständige Kooperativen zu gründen, und zwischen 1969 und 1971 insbesondere die kurdischen Bauern in großen Demonstrationen den Kampf gegen „Großgrundbesitzer, Hunger und Imperialismus“ aufnehmen, versucht die Regierung, diese Bewegung zum einen durch brutale Unterdrückung zu brechen und sie in Genossenschaften unter staatlicher Kontrolle zu spalten. Ein Teil der revolutionären Organisationen unter den Bauern nimmt den Kampf um die Führung dieser Genossenschaften erfolgreich auf, häufig gelingt es den Bauern, die Genossenschaften in Produktionskooperativen umzuwandeln. Die Militärjunta verfolgt diese Genossenschaften wütend. Mit der Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Maschinen und Dünger um 100 bis 400% erhöht sie den Druck auch auf die Mittelbauern erheblich.

Quellenhinweis: H. Keskin, Die Türkei vom osmanischen Reich zum Nationalstaat, Westberlin 1981; Turkey, Agricultural Sector Survey, Document of the World Bank, Bd 1 und II, 1978; turkei-information, Nr. 5 - 14



Demonstration kurdischer Bauern im Jahr 1969 gegen die Großgrundbesitzer und den Hunger. Gegen die Kämpfe der Bauern gingen die Großgrundbesitzer mit ihren Privatarmeen vor. Als das nicht zur Unterdrückung reichte, riefen sie die Armee zur Hilfe, die mit Hubschraubern Angriffe auf Dörfer flog, in denen die Bauern Kooperativen begründet hatten, und die Bevölkerung in die Berge vertrieb.

ches Weideland zurück, das bis dahin den Bauern für ihr Vieh zur Verfügung stand. Zum anderen, erheblichen Teil, eigneten sie sich den Landbesitz der kleinen und mittleren Bauern an, ohne Bezahlung meistens, als Verrechnung gegen die Schulden, die diese Bauern bei ihnen gemacht hatten. Das so entstandene Heer landloser Bauern mußte sich entweder als Landarbeiter auf den Plantagen verdingen oder seine Arbeitskraft in den wenigen Industriebetrieben anbieten. Diese Bauern bildeten die erste Reserve für die Arbeitskraftanforderungen der westeuropäischen, vor allem der westdeutschen Imperialisten.

Die Großgrundbesitzer in der Osttürkei, vor allem in Türkei-Kurdistan, die bis in die 50er Jahre ihren luxuriösen Lebenswandel und ihren Reichtum aus den Naturalabgaben und der Fron-

kaum eine Ausweitung der Produktion; obwohl die Mechanisierung und der Düngemittelverbrauch Steigerungsraten um das Hundertfache ausweisen in den 60er Jahren, ging die Produktivität der Landwirtschaft zurück, die Großgrundbesitzer ließen immer mehr Land über lange Zeit brach liegen und ließen auf dem restlichen produzieren, was sie brauchten. Die armen Bauern produzierten auf ihren Äckern gerade das Nötigste zum Überleben ihrer Familien. Ihre Verschuldung stieg immens. Insbesondere in Kurdistan mußte sich die arbeitsfähige männliche Bevölkerung ganzer Dörfer an die Kapitalisten in Westeuropa verdingen, zum Teil auf direktes Betreiben der Großgrundbesitzer, die auch auf Teile des Arbeitslohns aus dem Verkauf der Arbeitskraft im Ausland Anspruch erhoben „zur Tilgung der Schulden“.



Kamikaze 1989

Der Polizeileutnant mit Gewissenswurm – ein spannender Kriminalfilm ist das nicht

1989 ist die Bundesrepublik Deutschland das reichste Land der Welt, alle sozialen Gegensätze sind beseitigt, mit einer Droge ohne schädliche Nebenwirkungen hat jeder die Möglichkeit, sich glücklich zu machen, das ist die offizielle Propaganda, der aber mit den Bildern der Eingangsszene bereits widersprochen wird. Zur Aussage, daß die Zerstörung der Umwelt der Vergangenheit angehöre, wird das Ruhrgebiet gezeigt, wie man es kennt. Die öffentliche Meinung wird total von einem Medienkonzern beherrscht. Die Massen sollen stumpf und blöde gehalten werden. Es wird im Film immer wieder ein Fernseh-Lachwettbewerb gezeigt, der an „Wetten daß ...?“ erinnert. Der Konzern versucht, den Menschen einzureden, alles sei glänzendst, gut karikiert mit dem täglichen Wetterbericht: „Hier ist Eure Barbara, es wird schön, nur Sonnenschein ...“ Dieser Konzern erhält eine Bombendrohung.

Das könnte eine spannende und gesellschaftskritische Filmunterhaltung werden, wird es aber nicht. „Der Konzern ist mächtiger als das Gesetz. Aber die Bombe tickt ...“, so die Anzeigenwerbung für den Film, und hier liegt sein Problem. Der Polizeileutnant Jansen, dargestellt von R.W. Fassbinder, hat die qualvolle Rolle, einerseits das Gesetz zu vertreten, andererseits gegen den die Gesellschaft beherrschenden Konzernchef zu sein, und er erscheint in diesem

Widerspruch als reichlich unglaubwürdige Figur. Er ist brutal, geht über Leichen, läßt sich von nichts und niemandem abhalten, eben ein Kamikaze-Typ. Seine Brutalität wird in Anspielungen auf bekannte Ereignisse entwickelt. Der Neffe des Konzern-Chefs hat ein falsches Geständnis abgelegt, Jansen überführt ihn, läßt ihn in einer akustischen Folterkammer quälen, sieht über den Fernsehmonitor zu, während gleichzeitig klassische Musik spielt. Es fallen einem entsprechend Geschichten von Folterknechten der Faschisten ein. Oder jedesmal, wenn der Polizeileutnant einen erledigt hat (in Action-Film-Manier), gibt er seinem Untergebenen die Anweisung „Anton, melden Sie unerwarteten Tod“, was die offizielle Umschreibung für Selbstmord ist, in deutlicher Anspielung auf das Vorgehen gegen die RAF.

Aber dieses Schwein hat „Charakter“, und je mehr diese Eigenschaft entwickelt wird, umso schwerer verständlich wird die Filmhandlung. Zunächst wird dargelegt, daß dieser Polizei-Wüstling ein „Gewissen“ habe. Es zeigt sich darin, daß er es ständig ersäufen muß, das in einer Gesellschaft, in der Alkoholkonsum verboten ist, woraus sich die Hauptbeschäftigung der Polizeitruppe, Betrunkene zu fangen und zu verprügeln, ergibt. Ein klarer und logischer Handlungsstrang, der zu Beginn des Filmes durchaus da ist, verliert sich immer mehr. Stimmungs-

bilder werden entwickelt, das Seelenproblem des Polizeileutnants schleppt sich dahin.

Er wächst noch über diese übliche Beamtentragik, daß einem alles doch eigentlich zuwider sei, hinaus. Als ihm Konzernchef und Polizeipräsident klarmachen, daß seine Ermittlungen unerwünscht sind, leckt er Blut, der Auftrag des Gesetzes ... Er kommt hinter das Konzerngeheimnis mit dem 31. Stock. Dort sind ein Haufen unliebsamer Intellektueller vom Konzernchef beauftragt, ein Magazin „zur geistigen Erneuerung des Landes“ zu verfassen, allerdings wird es nie erscheinen. Einer dieser Intellektuellen, nachdem er dahinter kam, hat die Bombendrohung abgefaßt und gesteht Jansen eine weitere, die unterwegs ist. Jansen läßt ihn ins Gefängnis werfen, ganz der Bulle. Dann die Heldentat. Obwohl ihm der Intellektuelle gestanden hat, daß er keine Bombe bauen könnte, läßt Jansen das Konzernhochhaus räumen, und es gelingt ihm sogar, die aus dem 31. Stock zu retten. Aber, das Gute im Polizisten kann nicht siegen. Aus den dunklen Andeutungen ist zu vermuten, daß der Konzernchef selbst die Bombe gelegt hat und nachgeholfen hat, daß die von Jansen geretteten Intellektuellen im Krankenhaus sterben. Die Schlußszene: Jansen macht obszöne Gebärden und lacht zynisch zu den Worten Richard Nixons anläßlich der ersten Mondlandung über Frieden und Gerechtigkeit auf Erden.

Bud Spencer und die Moral

Bud Spencer, Schwergewicht mit rauher Schale und Kinderherz, schlägt wieder zu: diesmal als der „Bomber“, ein Ex-Boxer, dem vor Jahren vor dem Titelkampf gegen seinen US-Herausforderer Rosco die Hände zerschnitten wurden – von den bösen Managern seines Gegners. Jetzt trifft er in einem US-Camp in Italien wieder auf Rosco. Der hinterhältige Bösewicht ist in der US-Army und jetzt selbst als Boxtrainer und -manager tätig; er kontrolliert das italienische Boxgeschäft und sorgt mit allen Mitteln dafür, daß die Leute aus seinem Boxstall jeden Kampf gewinnen. Der „Bomber“, der noch die alte Rechnung zu begleichen hat, nimmt sich einer heruntergekommenen Boxschule an, entdeckt bei einer Disco-Schlägerei mit den GI's ein vielversprechendes Talent und baut den Jungen zum Herausforderer für Roscos Boxstall auf. Schließlich steht der Junge gegen Bösewicht Rosco selbst im Ring, für den „Bomber“ ist der Tag der Abrechnung gekommen. Der steigt selbst in die Seile, als seinem Schützling von Roscos Leuten die gefährdete Rechte zerschnitten ist, und schlägt den Bösewicht zusammen, daß die Fetzen fliegen und das Publikum zufrieden nach Hause geht. – Die schludrig gemachte, kinderfreie und kassenfüllende Billigunterhaltung lebt vor allem von harmlosen Prügeleien und Gags des auf Anhieb sympathischen Bud Spencer. Unerträglich die reaktionäre Moral: Das Gute siegt, Bedrängten wird geholfen, Bösewichter werden bestraft.

Polnische SF: Fromm und langweilig?

„Hervorragende Science Fiction außerhalb des angloamerikanischen Sprachraums vorzustellen“ soll der Zweck des Büchleins „Eine neue Zivilisation“ sein. So preist jedenfalls der Heyne-Verlag seinen Sammelband polnischer Science Fiction-Erzählungen an. Tatsächlich wird es jedem Leser schwer fallen, sich ein Bild von der polnischen Science Fiction-Literatur zu machen. Allein die Auswahl der Erzählungen – insgesamt zwölf, die in der Zeit von 1760 bis 1969 erschienen sind – und die Tatsache, daß die meisten von ihnen nur in Auszügen wiedergegeben werden, machen es fast un-

möglich, sich ein Bild von den Ansichten der Autoren zu machen. Was soll man etwa von der ca. 1760 erschienenen Erzählung „Die Insel Nipu“ halten, in der ein Priester per Kriegsschiff zu irgendwelchen Kolonien unterwegs ist, sein Schiff verunglückt, er selbst wird auf einer Insel an Land gespült und trifft dort eine Bevölkerung, die ihn für ebenso unzivilisiert und unwissend hält wie er seinerseits die fremden Inselbewohner, worüber der Priester ins Grübeln kommt und die Erzählung abbricht? Sozialkritik am Feudalismus à la Thomas Morus? „Utopia“, wie der Verlag behauptet, oder ein kolonialistischer Missionsschinken? Man kann nichts nachprüfen, da der Ausgang der Geschichte einfach weggelassen wurde. Die Absicht des Verlags jedenfalls mit seiner Auswahl ist unübersehbar. Etwa mit der Geschichte „Eine neue Zivilisation“, in der zwei polnische Gegner der Oktoberrevolution im Jahre 1919 die „neue Zivilisation“ nicht etwa in der Sowjetunion ausgemacht haben, sondern in dem – von Militär und Großgrundbesitzern beherrschten – Polen, wo die Bauern von Elend und Schuferei durch eine legendäre „neue Technik“ befreit sind. Reaktionäre „Befreiungsmärchen“ dieser Art und langweilige, im Grunde fromme christliche Gleichnisse über die Erbarmlichkeit und Niedertucht des Menschen und die „allmächtige“ – ergo göttliche – Natur überwiegen jedenfalls in dem Bändchen. Auch in der polnischen Science Fiction?

Zbigniew Przyrowski (Hrsg.), Eine neue Zivilisation, Heyne SF 3906, München 1982, 6,80 DM.

Ein Dokument aus dem Kampf der PLO

Was kann einen streng bürgerlichen Verlag dazu bewegen, die selbsterzählte Lebensgeschichte ein führender Funktionärs der PLO herauszubringen? Der Econ-Verlag hat 1979 die deutsche Übersetzung des Protokolls einer Tonbandaufnahme veröffentlicht, die der Leiter des Nachrichtendienstes der PLO Abu Ijad dem französischen Journalisten Eric Rouleau 1978 in Beirut besprochen hat. Abu Ijad erzählt seine Lebensgeschichte, die Geschichte der palästinensischen Befreiungsorganisation Fatah, der er angehört, und der PLO. Er beginnt mit der Flucht seiner Familie aus Jaffa im Jahr

1948, einen Tag vor der Proklamation des Staates Israel, und endet mit einer Wertung der Politik der Fatah und der PLO in den 29 Jahren zwischen 1959 und 1978. Die bürgerliche Öffentlichkeit ist zudem davon überzeugt, daß Abu Ijad der heimliche Kopf der Palästinenserorganisation „Schwarzer September“ ist, deren Aktionen – z.B. während der Olympischen Spiele in München – die westdeutsche Bourgeoisie grausam bekämpft hat. Von Interesse für die westdeutschen Imperialisten sind verschiedene Aspekte in der Erzählung Abu Ijads: Zum einen stellt er deutlich die Spaltung und die Schwierigkeiten der verschiedenen arabischen Staaten gegenüber dem Befreiungskampf der Palästinenser dar. Zudem erläutert er ausführlich, aus welchen Beweggründen die PLO bereits 1972 beschlossen hat, für einen Staat auf „jedem befreiten Gebiet des Vaterlandes“ einzutreten – eine Formulierung, die die Errichtung eines palästinensischen Staates zunächst auch in kleinen, von Israel geräumten Gebieten zuläßt und nicht von der vorherigen Auflösung des israelischen Staates ausgeht. Drittens vertritt Abu Ijad den offiziellen Standpunkt der PLO, daß in einem palästinensischen Nationalstaat Platz sein muß für die in arabischen Ländern verstreuten Palästinenser aller Klassen – und daß das Ziel der palästinensischen Revolution die Errichtung eines demokratischen, säkularen Staates in Palästina ist, in dem alle Palästinenser leben können, egal welcher Religion sie sind oder auch nicht. Ansatzpunkte für die Einmischung im Falle eines Sieges der palästinensischen Befreiungsbewegung kann die westdeutsche Bourgeoisie durchaus finden, obwohl Abu Ijad den Nachweis führt, daß die PLO, seit sie die Vertretung des Palästinensischen Befreiungskampfes ist, jede imperialistische Einmischung in die Angelegenheiten des palästinensischen Volkes abgelehnt und, soweit es ihr möglich war, auch verhindert hat. – Das Buch, bestimmt nicht ohne Kenntnis der PLO-Führung veröffentlicht, gibt einen Einblick in die diplomatischen und militärischen Maßnahmen, die die Fatah und die PLO ergriffen hat, um für die Palästinenser wenigstens ein Territorium zu erkämpfen, auf dem sie leben können.

Abu Ijad, Heimat oder Tod, Der Freiheitskampf der Palästinenser, Econ-Verlag, 8,00 DM

Unesco-Weltkulturkonferenz

Mehrheit gegen die Vernichtung des palästinensischen Volkes

Vom 22. Juli bis zum 6. August fand die zweite Weltkulturkonferenz der UNESCO statt. Vertreter von 119 Ländern nahmen daran teil und behandelten fast 200 Resolutionsanträge. Während sich die kapitalistischen und imperialistischen Länder auf der ersten Konferenz dieser Art vor zwölf Jahren in Venedig noch ganz wohl fühlten, fanden sie diesmal die Lage laut FAZ verwirrend. Bei der „Überschwemmung mit Resolutionen“ sei „der Überblick bald verloren gegangen“. Dies ist der Reflex der Tatsache, daß die imperialistischen Länder sich stark in der Minderheit befanden und nicht verhindern konnten, daß zahlreiche gerechte Forderungen der vom Imperialismus abhängig gehaltenen Länder Eingang in das Schlußdokument fanden.

Die westdeutschen Imperialisten, stark zurückgeworfen im Kampf um die Neuaufteilung der Welt durch zwei verlorene Weltkriege, haben ein Konzept entwickelt, durch kulturelle Einflußnahme in möglichst vielen Entwicklungsländern einen Fuß in die Tür zu bekommen. Sie möchten solchen Personen und Gruppen, die Erfahrung in der ideologischen Wühlarbeit zur Vorbereitung wirtschaftlicher und militärischer Aggression besitzen, vorzüglich die Kirchen, freie Bahn verschaffen. Darauf war die Eingangserklärung Frau Hamm-Brüchers, Staatssekretärin im Auswärtigen Amt, gemünzt: „Kultur ist für uns kein wertfreier Begriff. Wir können uns das kulturelle Leben ohne die Werte der Menschenwürde, der Gleichheit und der Gerechtigkeit nicht vorstellen. Deshalb muß es unser oberstes Ziel sein, den Freiraum für kulturelles Handeln zu schützen. Dieser Grundsatz gilt nicht nur nach innen; für die internationalen Kulturbeziehungen fordert er, daß die Barrieren, die dem freien Austausch und Dialog zwischen den Völkern und unterschiedlichen Kulturkreisen entgegenstehen, vermieden oder beseitigt werden müssen.“ Getreu diesem Grundsatz brachte sie einen Antrag ein zur „Förderung der freien Zusammenarbeit und des freien Austausches von Künstlern und in der Kultur Tätigen sowie von Kunstwerken und Erzeugnissen des Kulturlebens“.

Mit „Zehn Thesen zur kulturellen Begegnung und Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt“ hat das Auswärtige Amt im März die Förderung der Infiltrationsbemühungen der Kirchen und anderer Institutionen zum Prinzip erhoben. Bereits gelungenes Eindringen westdeutschen Kapitals soll verußt werden durch die Errichtung einfacher Freizeit- und Sporteinrichtungen. Gegenüber der sehr einseitigen Forderung Griechenlands nach Rückgabe der von den Imperialisten geraubten Kunstschatze konnte sich Frau Hamm-Brücher nur mühsam beherrschen, entspricht dies doch nicht dem von ihr erschaffenen „Gegenseitigkeitsprinzip weltweiter Kulturbeziehungen“.

Dagegen enthält das Schlußdokument die ganz einseitige Forderung: „Die Rückgabe von Werken, die unerlaubt entfernt wurden, an ihre Ursprungsländer ist ein grundlegendes Prinzip der kulturellen Beziehungen zwischen Völkern.“ Schäden und Zerstörung, die durch Kolonialismus, bewaffnete Konflikte, fremde Besatzung und Aufzwingung fremder Werte verursacht werden, seien deswegen unerträglich, weil sie die Wirkung haben, die Verbindung eines Volkes mit seiner Vergangenheit zu erschweren und die Erinnerung daran auszulöschen.

Der französische Kulturminister Jack Lang trat mit einer geschwollenen Rede auf, die den Völkern der Dritten Welt imponieren sollte: „Ist es denn unser Schicksal, Vasallen des immensen Profitimperiums zu sein? ...“

Die Wirkung seiner starken Worte sowie der empörten Reaktion des Vertreters der USA verpufften, als beide zusammen mit den meisten imperialistischen Ländern gegen eine Resolution stimmten, in der der Schutz der palästinensischen Kultur, die von der zionistischen Aggression bedroht wird, empfohlen wird. Die Resolution wurde mit Mehrheit angenommen. Zuvor hatte der Delegierte der Palästinensischen Befreiungsorganisation, M. Omar Massalha, vor dem Plenum gesprochen. Die Rede des israelischen Vertreters wurde von der großen Mehrheit der Teilnehmer boykottiert.

Im Schlußdokument, der „Erklärung von Mexico City“, wird festgestellt, daß „die Kultur von der Gesellschaft ausgeht und zu

ihr zurückkehren sollte“. Als notwendiges Mittel zur Demokratisierung der Kultur wird die Dezentralisierung angegeben, damit die ganze Bevölkerung Gelegenheit hat, an der Produktion und an dem Genuß von Kultur teilzunehmen. Zur Voraussetzung aber, daß alle Individuen daran teilnehmen können, wird die Beseitigung der Ungleichheit erklärt, die auf sozialer Lage, Erziehung, Alter, Geschlecht, Religion, Gesundheit oder der Zugehörigkeit zu ethnischen Minderheiten oder Randgruppen beruht. Für die Entwicklung einer eigenständigen Erziehung, Wissenschaft und Kommunikationsindustrie wird festgehalten, daß Lesen- und Schreibenkönnen für alle grundlegende Bedingungen sind und daß der Gebrauch der Nationalsprache für Zwecke des Unterrichts ermutigt werden sollte. Da sowohl das Fehlen einer eigenen Kulturindustrie wie die Übernahme ausländischer Produkte zum Mittel der Abhängigkeit und Entfremdung werden kann, wird der Aufbau solcher Industrien entsprechend den Bedürfnissen der Entwicklung jedes Landes für richtig gehalten. Dabei soll die regionale Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern gestärkt werden.

Quellenhinweis: FAZ, 10.8.1982; El Moudjahid, 26.7. – 14.8.1982; Mexico City Declaration on Cultural Policies; Auswärtiges Amt (Hrsg.) Zehn Thesen zur kulturellen Begegnung und Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt, Bonn, März 1982

Kirchentag

Gerechtigkeit Gottes und Schläue der Pfaffen

Der 87. Deutsche Katholikentag dümmert herauf; vom 1. bis zum 5. September wird sich in Düsseldorf die Christenheit, Marke katholisch, Typ deutsch zusammenfinden unter der Losung „Kehrt um und glaubt – erneuert die Welt.“

Kirchentagslosungen können in der Gesellschaft der BRD nicht politisch folgenlos bleiben. An den Hamburger Kirchentag von 1981 sei erinnert; er stand unter dem Motto „Fürchtet Euch nicht“ und bereitete die berühmte Demonstration vom Herbst 1981 vor.

Zur Vorgeschichte: im Laufe des Jahres 1979 und verstärkt 1980 kam es in den Gewerkschaften zu einer Debatte über Forderungen gegen die Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Welt. Die Diskussion schlug sich in Beschlußdokumenten der Gewerkschaftstage der DGB-Gewerkschaften nieder in Stellungnahmen gegen die Mittelstreckenraketenrüstung, die von der BRD damals schon forciert wurde. Von der Öffentlichkeit praktisch unbemerkt leistete sich der DGB eine weitere, vielleicht noch wichtigere Distanzierung von der Politik der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Er strich die Forderung nach „Wiedervereinigung Deutschlands mit Berlin als Hauptstadt“ aus seinem Grundsatzzprogramm. Dies waren entwicklungsfähige Positionen.

In diese Situation öffentlicher Unruhe (typisch auch die Aktionen gegen öffentliche Rekrutenvereidigungen) stieß der Kirchentag mit seiner Losung „Fürchtet Euch nicht“. Da nun vor allem die Jugend dem Pfaffengerede unausweichlich ausgesetzt ist, da die staatstragende Rolle der Religion und die staatstragende Tätigkeit der Kirchenorganisation jedem geläufige Tatsachen sind, mußte diese Parole den Eindruck machen, die evangelische Kirche wolle eine große Kampagne zu Ausbildung echt christlichen Vertrauens in die Lenker des Staates starten (und so war es auch, immerhin gehört der Verteidigungsminister Apel zu den großen evangelischen Tieren, die an dieser Parole schmiedeten).

Jeder aufmerksame politische Beobachter konnte sehen, wie die von der Kirche gefischte Jugend in Opposition zu dieser Zumutung ging. Wir fürchten uns doch! – das war ihr Aufschrei, evangelischen Kirchenleuten, bürgerlichen Politikern, ja sogar dem Kanzler Schmidt persönlich förmlich entgegengeschleudert. Die Konfrontation schien schroff. Pfaffen schwenkten scharenweise auf die neue Furcht-Welle ein, ebenso wie Pop-Stars und andere Kräfte des Show-Geschäftes.

Der Parolenvorwurf: „Fürchtet Euch nicht“ brachte die Vorbereiter imperialistischen Schlachtens in eine Position mit den Kritikern dieser Vorbereitung. Ihnen ward als gemeinsamer Ausgangspunkt die Furcht beigebracht. Den Staatsträgern im schwarzen Rock bot das Manöver die Möglichkeit, an die Spitze einer Bewegung vorzudringen, die seitdem erst „Friedensbewegung“ heißt. In dieser Bewegung ließ sich gut ein leises Gespräch beginnen: Wovor man sich wohl fürchte? Wovor mehr? Wovor weniger? Wovor am meisten? Inzwischen ist der Kreis geschlossen; am

meisten zu fürchten sind die Russen und daß hier Verhältnisse wie im Ostblock eingerichtet werden. Am wichtigsten ist deswegen die „Friedensbewegung in der DDR“, zumal hier ja schon eine da ist. Eine gesamtdeutsche Perspektive tut sich auf.

Inzwischen besteht in der „Friedensbewegung“ eine Opposition gegen den um sich greifenden Patriotismus, der von der Pfaffenbande kreiert wurde. Aber diese Opposition, die, laut von der Furcht schreiend, ins Propagandanetz gelaufen war, wirkt jetzt ein bißchen komisch. Sie mußte ja irgendwie erklären, daß man sich doch nicht fürchte usw. usf.; kurz, der Pfaffenstreich war genialisch angelegt, die Bewegung ist nicht nur vom Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der eigenen Bourgeoisie abgelenkt, sondern diskutiert mit freundlichem Unterton über die Berechtigung der Kriegsziele. Vielleicht entsteht ja im Gefolge des Ganzen wieder eine gesamtdeutsche Nationalkirche mit starker Kulturstrahlung in den asiatisch-despotischen Osten? Ein schönes Ziel.

Über die politischen Pläne zu spekulieren, die mit der Katholikentagslosung: „Kehrt um und glaubt – erneuert die Welt“ verbunden sein mögen, ist nach derartigen Erfahrungen schon ratsam.

Die Losung setzt ein Ziel: die Erneuerung der Welt. Sie gibt ein Mittel an: Umkehr und Glaube. Sie verlangt und enthält Kritik „der Welt“. Sinnlos wäre anders der Erneuerungsauftrag. Sie gibt einen Grund für den anerkannt schlimmen Zustand der Dinge an. Die Umkehr zum Glauben könnte kein Mittel sein, wäre nicht die Abkehr vom Glauben der Grund der schlimmen Erscheinungen.

An der Zwecksetzung „Erneuert die Welt“ überrascht die Unmittelbarkeit des darin enthaltenen politischen Auftrages. Sie lautet ja nicht etwa: Kehrt um und glaubt, und die Welt wird sich ändern. Es ist für die katholische Theologie sehr beachtlich, den Glauben unter die Mittel für weltliche Zwecke einzureihen. Das ist ein Opfer (denn die weltliche Unbedingtheit des Glaubens macht ja den Christen erst richtig zum Herdschaf), aber man bringt es gerne. Denn:

Die Zwecksetzung der Erneuerung der Welt treibt extreme Reaktionen und fortschrittliche Kräfte auf einen Standort zusammen: daß „es“ so nicht mehr weiter geht! – Auf den Erneuerungsauftrag kann sich berufen, wer z.B. will, daß man den Arbeiter wieder auf seinen Platz verweise, wie das auch einer kann, der eine Welt will, in der für Ausbeuter kapitalistischer Prägung kein Platz mehr ist. Hieße der Auftrag „Verändert die Welt“, so wäre eine konservative oder auch reaktionäre Interpretation erschwert. Hieße der Auftrag „Stellt die gute Ordnung wieder her“, so wäre das für fortschrittlich gesonnene Kräfte inakzeptabel. Aber die tückische Doppeldeutigkeit des „Erneuerungsauftrages“ kann Differenzierungen recht gut vermeiden helfen.

Gleichwohl könnte ein unbestimmt gelassener Erneuerungsauftrag heiße Debatten in den Christenheit auslösen. Die schöne Einigkeit in Christo könnte in solcher Debatte verschwinden. Klug verbunden ist deswegen der Erneuerungsauftrag mit einer klar umrissenen Angabe der Art und Weise. Umkehren, glauben! Die Mutter Kirche hütet sich zu sagen, was nun eigentlich erneuerungsbedürftig sei, wie Es, das Unbestimmte, aber geschehen müsse, steht fest.

Kehrt um und glaubt – das klingt so weltfremd, daß schwer vorstellbar ist, wie diese Weisung die Erneuerungsdebatte einschüren soll, die die Kirche ja offensichtlich will. Aber klang die Parole „Fürchtet Euch nicht“ nicht auch ein bißchen fast schon dämlich? Geplant ist wahrscheinlich das Folgende.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse erscheinen dem ersten Blick als summiertes Ergebnis üblen Verhaltens Einzelner. So mag der Ruf nach „Umkehr“ Widerhall finden. Es liegt ja so nahe und scheint platterdings unwiderleglich, daß sich am Gang der Dinge nichts ändern könne, wenn ein jeder weitermacht wie bislang auch. Also kann die Anweisung: „Kehrt um!“ schon die politischen Gefühle christlicher Massen in Wallung versetzen. (Das ganze beruht auf der dummen Fiktion, daß für die Gesellschaftsmitglieder überhaupt die Möglichkeit bestünde, weiterzuwandeln wie bisher. Das ist nicht der Fall, wenn gesellschaftliche Krisen eintreten.) Politische Kritik an der Politik der herrschenden Klasse entwickelte sich spontan nicht an den Unvermeidlichkeiten ihrer Herrschaft, sondern eigentlich immer an den Zügellosigkeiten, die insbesondere in Krisenfällen kraß hervortreten.

Die Mutter Kirche baut ideologisch einer größeren gesellschaftlichen Erschütterung vor, mit der gestützt auf ihren Schatz praktischer politischer Erfahrung aus doch schon zwei Jahrtausenden, zu rechnen beginnt. Sie versucht der aufkommenden Kritik allen

Radikalismus und allen geschichtlichen Bezug zu rauben, indem sie das Augenmerk der Kritiker auf eng gefaßte, als persönliche erscheinende Charaktermerkmale einzelner Personen richtet.

Gezielt ist deswegen die Weisung „Kehrt um“ verbunden mit der weiteren Bestimmung „und glaubt“. Jenen, die kühn genug wären, den Begriff der Umkehr auf ganze Gesellschaftsformationen zu beziehen, (z.B. Kehrt um, laßt die Ausbeutung der einen durch die anderen nicht mehr zu etc.), ist damit eine Hürde gebaut, über die nicht gut hüpfen ist. Denn das Glauben ist eine persönliche Sache, auch wenn es viele tun, geben sie sich diesem Rausch unvermeidlich als Einzelne hin und haben dabei in ihrer Schädelkapsel Gott ganz persönlich als ihren (ganz persönlichen) Gast. Da nun die Anweisung, (wieder) zu glauben, im Zusammenhang eines weltlichen Erneuerungsauftrages ausgesprochen wird, ist naheliegend zu vermuten, die weltliche Komponente des Glaubens spiele eine Rolle im Pfaffenplan. Die weltliche, unmythische Komponente des Glaubens besteht in der Einhaltung der Gebote. Im Klartext heißt die Parole deswegen: Hört auf, die Gebote der Kirche nicht einzuhalten (kehrt um), haltet sie künftig wieder ein (und glaubt). Unter dieser Voraussetzung dürft ihr euch mit der Herstellung einer Welt befassen, die sich wodurch auszeichnet? Nun logischerweise dadurch, daß man besser vor Sünde und Versuchung geschützt ist. Oben war gesagt, daß der Erneuerungsauftrag unbestimmt sei, das hier soll zeigen, wie er sich logisch fortentwickeln läßt zum Plan einer schönen neuen Welt.

An die herrschende Klasse gerichtet, bedeutet diese Katholikentagslösung einen Aufruf sich zu zügeln, um der Kritik der Massen an ihrem Treiben nicht Anhaltspunkte zu liefern des Typs „ißt Kaviar tellerweise und kürzt gleichzeitig den Lohn“. An die breiten Massen gerichtet, soll diese Losung eine Barriere vor die Gefahr der Politisierung zunächst moralisierender Kritik legen. Dies geschieht nämlich so: arglos erregt sich der kritische Jungkatholik z.B. über die Phänomene des morbiden Luxus und der Verschwendung, die er im ausufernden gesellschaftlichen Elend der BRD stets reichlicher vorfinden wird. Die Mutter Kirche bestärkt ihn eine Zeitlang. Dann aber fragt sie: und Du?

Der Kapitalist löffelte Kaviar tellerweise und kürzte den Lohn. Du hast Schinken gegessen, während andere hungern. Nur kein Pharisäer werden und nicht selbstgerecht. Und so weiter und dann den mit dem Balken und dem Splitter und dann endlich: Kehrt *beide* um! Und es befasste sich ein jeder mit seiner eigenen Umkehr am meisten!

Entgegen Bibelsprüchen ist die Armut nicht der beste Boden für das Wachstum zivilisierten Verhaltens. Auf diesem Boden wächst nicht im Einzelnen vorbildliches Verhalten, sondern der Wunsch nach Kampf für eine Gesellschaft, die dem Arbeiter erlaubt, ein Mensch zu sein, wie er will. Die Berechtigung solcher politischer Vorstellungen davon abhängig zu machen, daß die Arbeiterklasse die Normen der neuen Gesellschaft, die sie will, in ihrem jetzigen Dasein vorwegzunehmen habe, damit man ihr glauben dürfe, ist ein alter Christentrick. Er ist denkbar schmutzig und reaktionär, spielt er doch mit den Ängsten der untergehenden Gesellschaftsklassen und wühlt sie auf.

Auf dem Kirchentag wird auch eine Opposition sein. Man höre ihr zu: „Was wäre, wenn Jesus zum Katholikentag käme? ... eine komische Frage? Die Redaktion der ‚Jungen Zeit‘ hat sich etwas einfallen lassen. Mit der oben zitierten Frage läßt sie Ihre Leser ein, zum Kugelschreiber zu greifen und aufzuschreiben, was ihnen einfällt. Die Antworten sollen in einer Ausgabe zum Katholikentag veröffentlicht werden. (...) Zwei unmaßgebliche Einfälle von mir:

Wenn Jesus zum Katholikentag käme:

... dann käme er gar nicht rein, denn er hat keine Plakette!

... wenn er allein käme, gäbe es nicht nur theologische Probleme: da den Veranstaltern die Position Jesu in der Friedensfrage entschieden zu einseitig ist, werden sie darauf bestehen, daß um den Ausgewogenheit willen die gesamte „Dreifaltigkeit“ personell vertreten ist.“

Na also, es geht schon an. Mit Jesus gegen die Kirche. Mit dem Glauben gegen die Religion. Mit dem Neuen Testament gegen das Alte, mit Jesus gegen Gottvater und den hl. Geist. Mit allem gegen die Amtsbürokraten der Kirchenorganisation. Weiter so, der Bischof lacht schon. Noch mehr sittliche Empörung! Noch strengere Maßstäbe an den Einzelnen! Irgendwann werdet ihr erkennen: auch ihr seid Sünder allzumal! Und dann, dann werdet ihr fromm sein müssen und brav wie die Schafe oder halt geschlachtet werden als die bekannten Böcke. Nicht vergessen, Gott ist nicht nur gültig, sondern auch gerecht.

Computergestützte Produktion Keine Humanisierung des Arbeitslebens

Das Produktionstempo in den Fabriken ist derart gestiegen, daß der Zeitanteil der Fertigung, gemessen an der „Durchlaufzeit“ von der Auftragsplanung bis zum fertigen Produkt, nur noch etwa 20% beträgt. Rechnergestützt haben die Kapitalisten damit begonnen, den gesamten fertigungsvorgelagerten Bereich wie Fertigungsplanung, Fertigungssteuerung usw. durchzurationalisieren bis hin zu rechnergestütztem Entwickeln und Konstruieren mit dem Ziel, Kosten und die Fertigungszeit weiter zu senken. Neue rechnergestützte Fertigungssysteme werden entwickelt und eingesetzt.

„So können in der Konstruktionsphase Geometriedaten bezüglich Erzeugnissen/Werkstücken entstehen und dank Speicherung wiederverwendet werden. EDV dient hier außer für die Berechnungen, Datenverwaltung, Unterstützung des kreativen Konstruktionsvorgangs durch gezielte Datenbereitstellung, beispielsweise in graphischer Form, auch der Erstellung von Stücklisten und Zeichnungen (CAD). Auf die hier verwendeten Daten gestützt wird dann die technische Fertigungsplanung (CAP) erleichtert. Indem die technologischen Anforderungen und Möglichkeiten zu den geometrischen Daten herzustellender Werkstücke hinzugenommen werden, können EDV-gestützt Arbeitspläne gewonnen werden. Für NC-Maschinen werden dabei die Programme (beispielsweise Lochkarten) erstellt. Hier schließt sich die Fertigungssteuerung mit ihren planend-dispositiven Funktionen an und reicht mit ihrem Durchsetzungssystem in das EDV-gestützte Fertigen und Montieren hinein (CAM).“ („Produktion“ v. 12.8.82)

„Um den Automatisierungsgrad in der Fertigung weiter zu erhöhen und gleichzeitig auch bei größeren Serien mehr Flexibilität zu erreichen, wurde ab Mitte der 60er Jahre das Konzept flexibler Fertigungssysteme (FFS) entwickelt, bei dem einzelne NC-WZM über ein Materialfluß- und Informationssystem miteinander so verkettet werden, daß die Werkstücke nicht durch den Arbeitsraum transportiert werden.“ (Fraunhofer-Gesellschaft, FhG-Berichte 2/82)

Beschleunigt wird diese Entwicklung durch die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, die die Kapitalisten dazu zwingt, sowohl die Fertigungszeiten weiter zu senken, als auch durch Variationen im Gebrauchswert den Absatz zu erhöhen. „Geht man vom herkömmlichen Maschinenpark eines Serienfertigers aus, so schlagen sich die Kosten zusätzlicher Produktvarianten in höheren Rüstzeiten, Nutzungsverlusten und Lagerbeständen sowie im erhöhten Dispositionsaufwand nieder. Das hier verborgene Rationalisierungspotential kann und muß durch flexible Fertigungstechnik zum Leben erweckt werden.“ („VDI-Z“ 8/82) Beispiel: IBM kann im Werk Sindelfingen mit 7 Prozeßrechnern, die Fertigungslinien steuern, gleichzeitig 22000 Fertigungsaufträge abwickeln.

Durch die Einführung rechnergestützter Produktionsmethoden werden also weitere Teile der Produktion der Fließarbeit unterworfen, insbesondere im Bereich der Klein- und Mittelserien. Arbeitsfunktionen wie Zuführen, Beschicken, Einlegen, Spannen, Bearbeiten, Messen, Entnehmen, Magazinieren werden insgesamt oder teilweise automatisiert. Die herkömmliche starre Fließbandarbeit wird flexibler gestaltet, d.h. der Wechsel von einer stumpfsinnigen und monotonen Arbeitsfunktion auf eine andere in Sekundenschnelle, vom Computer mit mathematischer Präzision gesteuert.

Obwohl es in der BRD 1981 gerade 14 im Einsatz befindliche Fertigungssysteme gab, triumphierten diese Kapitalisten mit der Tatsache, daß sie die Fertigungszeiten zwischen 3 und 40% senken konnten. Durch diese Entwicklung wird nicht nur der unmittelbare Produktionsprozeß weiter an Arbeitsinhalten entleert, die Intensität der Arbeit gesteigert. Die gesamten fertigungsvorgelagerten Bereiche werden erfaßt durch Einführung von Bildschirmarbeit, geistige Arbeit wird entwertet und durch den Kapitalisten in Vorgabezeiten faßbar, ganze Berufsgruppen verschwinden (z.B. technische Zeichner). Und diese Technologie wird gepriesen als zukünftige Humanisierung des Arbeitslebens. In der Hand der Kapitalisten ist sie Mittel für weitere Schinderei.

Kapitalistenangriff auf große Belegschaften

Mancher Leser mag sich nach dem Sinn der bisherigen Untersuchungen zur Reproduktion der Kapitale in der Investitionsgüterindustrie (Pol. Berichte 13 – 17/82) gefragt haben, zumal mögliche Konsequenzen aus den Untersuchungen für die Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung nicht erkennbar waren. Außerdem schienen die Resultate widersprüchlich: Die Ergebnisse für die wichtigsten Zweige der Investitionsgüterindustrie lieferten ein ganz anderes Bild als für die gesamte Investitionsgüterindustrie: Während für die Investitionsgüterindustrie die Kurven des Kapitalertrags pro Beschäftigten, des Verhältnisses von Kapitalertrag zu Lohnkosten und des Verhältnisses von Ertrag zum gesamten eingesetzten Kapital eine deutlich steigende Tendenz von mittleren zu Großunternehmen aufwiesen, ergab die Untersuchung der einzelnen Industriezweige eine eindeutig fallende Tendenz von mittleren zu Großunternehmen, zumindest für das Jahr 1978. Da aber die organische Zusammensetzung der Kapitale und ihre Umschlagszeit nach den einzelnen Industriezweigen sehr verschieden ist (so sind die Sachanlagen in der Autoindustrie relativ höher als in Feinmechanik/Optik z.B.), liefert die Untersuchung der einzelnen Industriezweige ein zutreffenderes Bild als der gesamten Branche Investitionsgüterindustrie. Allerdings erlauben die Ergebnisse der Untersuchung für ein bestimmtes Jahr noch keine Trendaussagen; das würde einen Zeitvergleich voraussetzen.

Was den Sinn der Untersuchungen nach Unternehmensgrößenklassen angeht, so sei auf die Position der IG Metall verwiesen, die ihre Propaganda gegen die kleinen Kapitale konzentriert, weil dort der Lohn am niedrigsten, die Arbeitsbedingungen am schlechtesten und die Ausbeutung am schlimmsten sei, während in den Großunternehmen aufgrund der Tätigkeit von Gewerkschaften und Betriebsräten schon etwas erreicht sei. Oder auf die z.B. von der DKP vertretene Position, daß die Monopole die höchsten Profite und die höchste Profitrate erzielen und dementsprechend zahlen können.

In den nebenstehenden Schaubildern ist der Vergleich von – in der amtlichen Statistik ausgewiesenen – Lohnkosten und Kapitalertrag für die Jahre 1975 und 1978 dargestellt. Das Krisenjahr 1975 mußte gewählt werden, weil keine Statistik nach Beschäftigtengrößenklassen für die früheren Jahre existiert. Im Jahr 1978 war der Tiefpunkt der Krise überschritten, eine flauere Konjunktur setzte ein. Der Vergleich ist wegen der Besonderheiten der beiden Jahre beschränkt, erlaubt aber doch gewisse Aussagen über die Absichten der Kapitalisten:

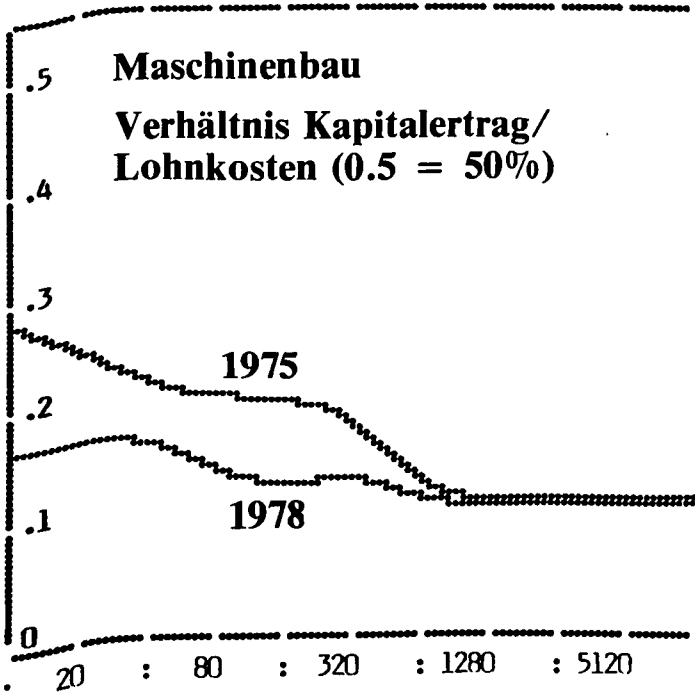
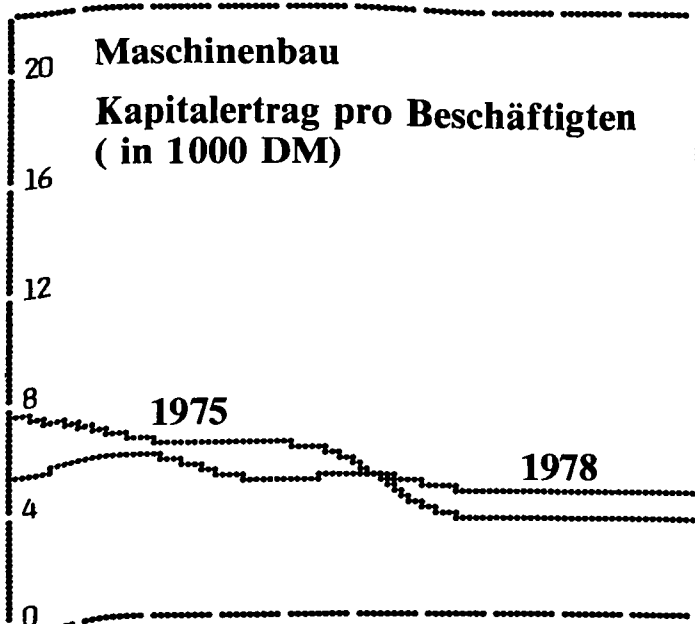
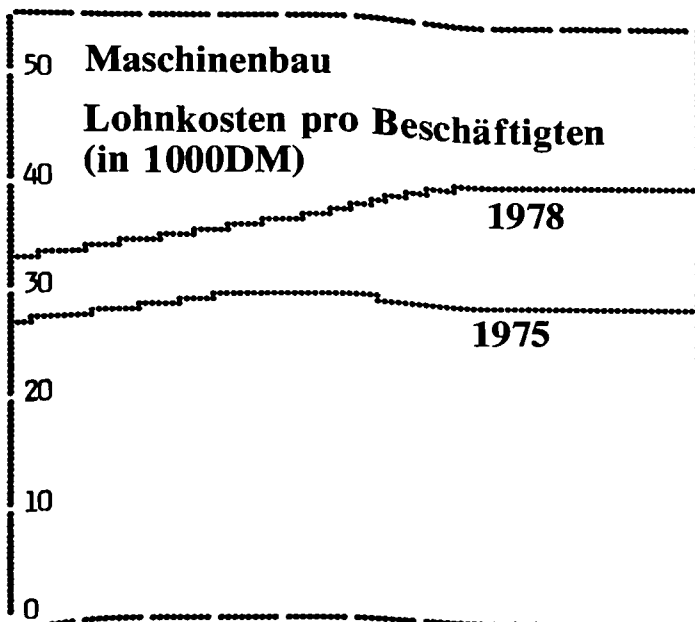
1. Auffällig ist, daß die Lohnkosten pro Beschäftigten nach Unternehmensgrößenklassen weit auseinandergedriftet sind zwischen 1975 und 1978. Der Abstand zwischen Lohnkosten (einschließlich Nebenkosten) der kleinen, mittleren und Großunternehmen hat sich erheblich vergrößert. Der in diesem Zeitraum einsetzende Reallohnabbau hat demnach vor allem die Beschäftigten der kleinen und mittleren Unternehmen getroffen, die offensichtlich eine Vorreiterrolle bei den Lohnsenkungen spielten und spielen.

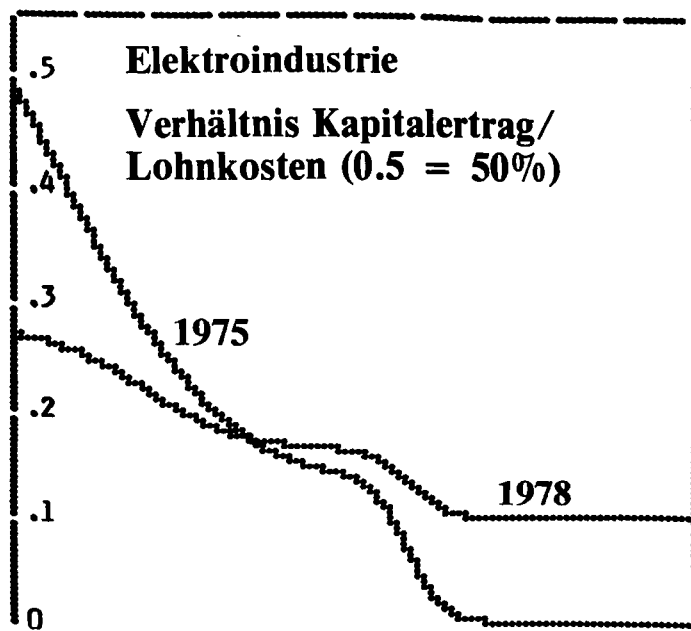
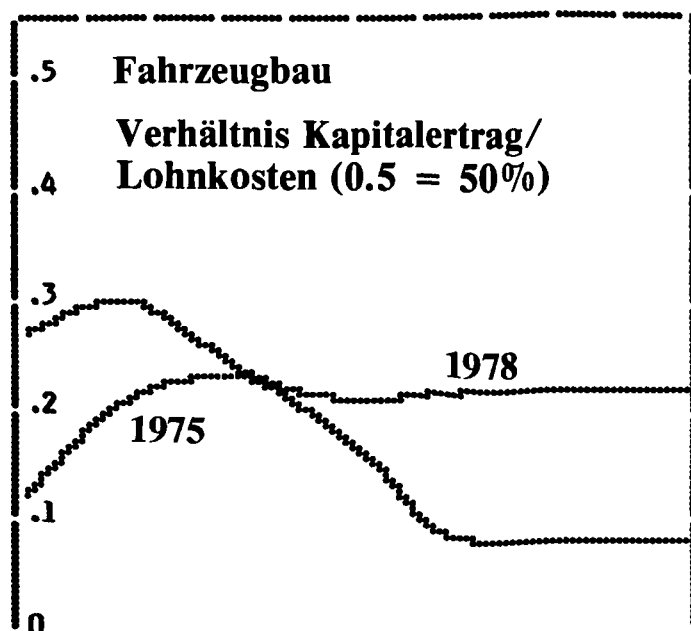
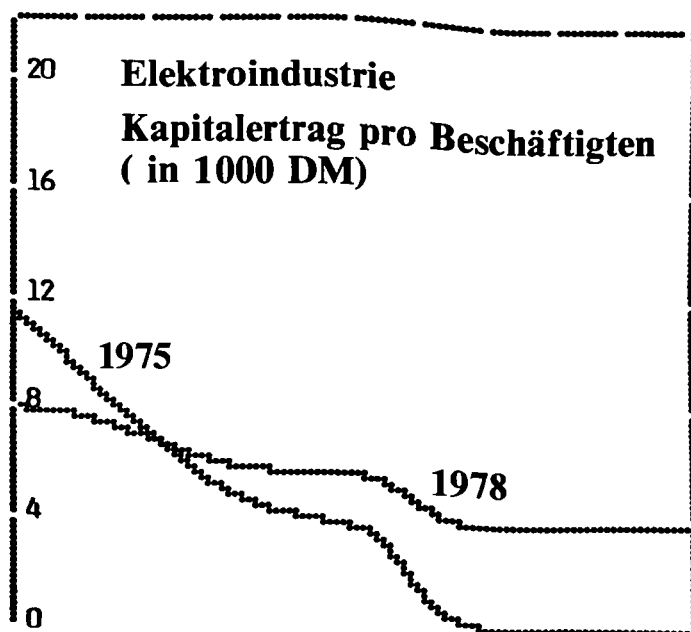
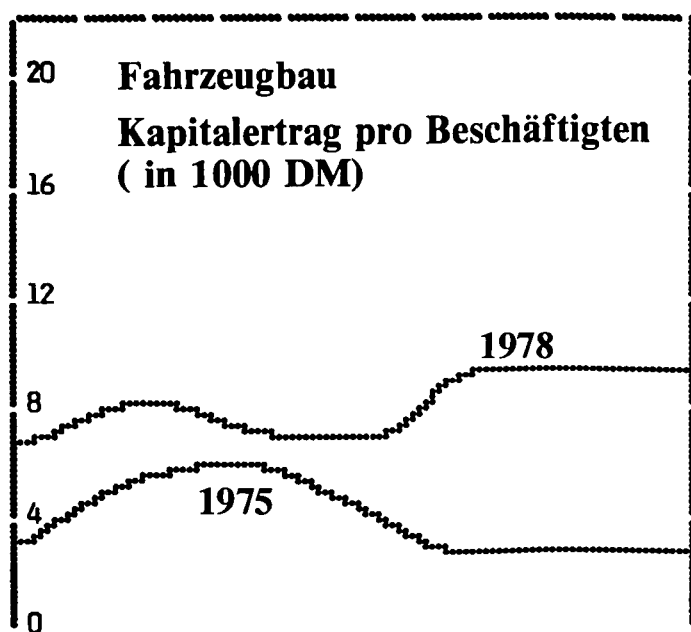
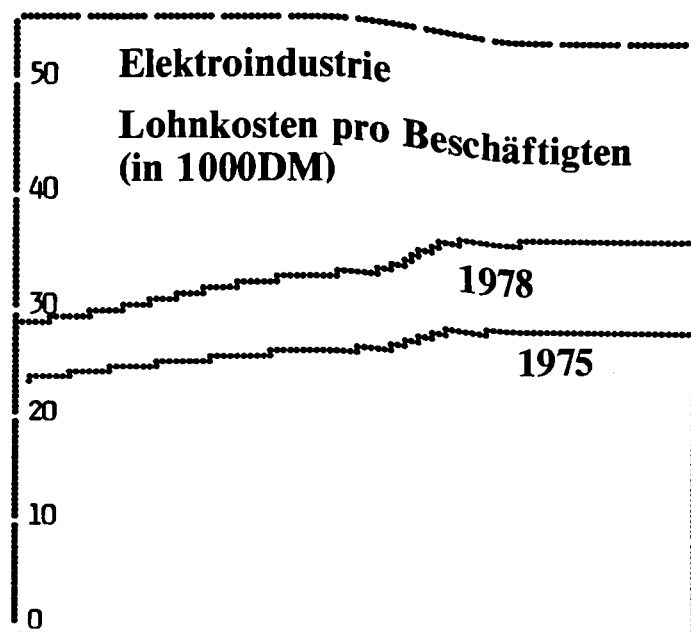
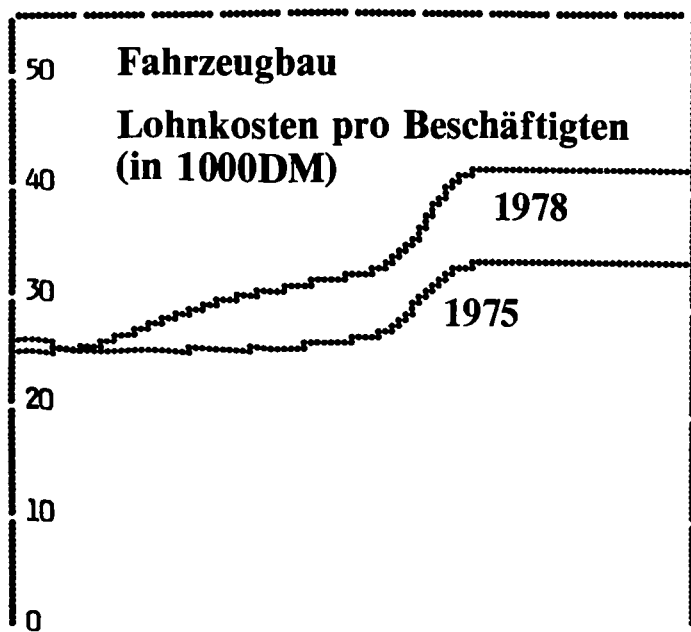
2. Der Kapitalertrag pro Beschäftigten liegt im Krisenjahr 1975 bei den Großunternehmen wesentlich niedriger als 1978, wo die großen Kapitale ihre Erträge mit der konjunkturellen Erholung wesentlich steigern konnten, am deutlichsten in der Automobilindustrie. Dasselbe gilt für das Verhältnis des Kapitalertrags zu den Lohnkosten. Dagegen sind die Einbrüche des Kapitalertrags 1975 bei den kleinen und mittleren Unternehmen nicht so eindeutig. In den im Krisenjahr 1975 gefallen Kapitalerträgen der Großunternehmen schlägt sich vermutlich die höhere organische Zusammensetzung des Kapitals nieder; mehr Sachanlagen und Materialvorräte erfordern höhere Abschreibungen, d.h. einen höheren Abzug von den Erträgen als bei kleinen Unternehmen, auch wenn die Erträge aufgrund von Absatzstockungen z.B. ohnehin gesunken sind. Die Null-Erträge 1975 bei den Großunternehmen der Elektroindustrie – hier finden sich Siemens, AEG, Grundig, Philips etc. – verbergen große Gewinne und ebensolche Verluste im einzelnen; es deutet sich hier die Vernichtungskonkurrenz an, die in den folgenden Jahren zu zahlreichen Pleiten und Zusammenschlüssen geführt hat.

3. Möglicherweise sind die statistisch ausgewiesenen Erträge der Großunternehmen abhängiger von der Geschäftslage als die von kleinen und mittleren Unternehmen. Der Verlauf der Ertragskurven nach Unternehmensgrößenklassen wäre demnach auch konjunkturabhängig.

Für die großen Kapitale ergibt sich danach die zwingende Konsequenz angesichts der gegenwärtigen und absehbaren Konjunkturlage, zwecks langfristiger Steigerung ihrer Erträge und Ertragsraten einen rabiaten Angriff gegen die großen Belegschaften zu führen. Denn der Senkung des Materialverbrauchs und der Energiekosten sind enge Grenzen gesetzt, die Sachanlagen vernutzen sich auch bei geringer Auslastung in der Krise. Dagegen erlaubt die schon fortgeschrittene Lohnsenkung in den Klein- und Mittelbetrieben den großen Kapitalien, ihrerseits die Lohnkosten erheblich zu senken. Auf diesen Angriff muß sich die IG Metall einstellen.

Quellenhinweis: Stat. Bundesamt, Fachserie 4 (Produzierendes Gewerbe), Reihen 4.2.1 und 4.3.2

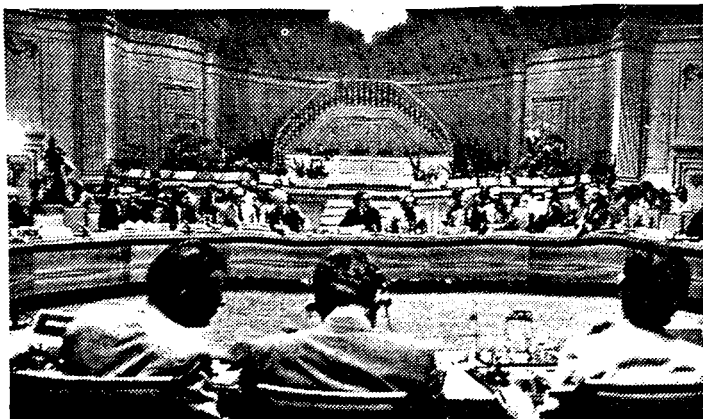




: 20 : 80 : 320 : 1280 : 5120

: 20 : 80 : 320 : 1280 : 5120

Abrüstungsverhandlungen Theaterdonner und handfeste Erpressungen



Bundeskanzler Schmidt hat gegenüber Reagan immer darauf bestanden, daß Abrüstungsverhandlungen geführt werden müssen. Stockende oder gescheiterte Verhandlungen würden Aufrüstung überhaupt erst gegenüber der Bevölkerung durchsetzbar machen. Die NATO hat die Initiative ergriffen und verlangt von der Sowjetunion, daß sie einen großen Teil ihrer Waffen verschrottet. Durch gleichzeitige Aufrüstung versucht die NATO, ein Übergewicht zu erlangen.

Krankenstand Arbeit ist die beste Medizin – für die Armen

Sämtliche Krankenkassen melden, daß wie 1981 auch 1982 die Zahl der Krankmeldungen und die Dauer der Krankheiten sinkt. Die Ursachen erörtern die Bourgeois offen und frech: Nicht der Gesundheitszustand der Lohnabhängigen sei besser, aber der wirtschaftliche Druck hebt die Arbeitsmoral. Der DGB befürchtet, daß die Folge bald ein weiteres Ansteigen der

Frühinvalidität sein wird. Bereits heute muß jeder zweite Arbeiter vor Erreichen des Rentenalters als Frühinvalid aufhören. Es kann nicht sein, daß es so viele Krüppel gibt, sagen die Reaktionäre, und schlagen zur Abhilfe vor: die Anerkennung erschweren, die Leistungen senken! Kernstück aller Pläne der Kapitalisten bleibt die Beseitigung der Lohnfortzahlung.



Kommunale Wirtschaftsförderung Billigstversorgung der Kapitalisten durch die Kommunen

STADT MANNHEIM

BERATUNG – INFORMATIONEN – KONTAKTE
Nutzen Sie unseren Wirtschaftsservice



Während die Leistungen der Kommunen für die Bevölkerung eingeschränkt und teuer werden, erhalten insbesondere die Großkonzerne billigste Grundstücke, Verkehrswege, Energie und sonstige Preisnachlässe. Millionenbeträge werden ihnen auf nicht öffentlichen Wegen dafür zugeschoben. Angeblich um Arbeitsplätze zu sichern. Öffentliche

Kontrollrechte lehnen die Kapitalisten ab. Gleichzeitig wollen sie ihre Gegenleistung an die Kommune – die Gewerbesteuer noch weiter als bisher schon gesenkt sehen. Kann sich die Opposition in den Kommunen gegen die Plünderung des Haushalts durch die Kapitalisten auf Forderungen der Gewerkschaftsbewegung stützen?

Brasilien Kleine und landlose Bauern kämpfen um Landreform

Zwei Fünftel der brasilianischen Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft, die Mehrzahl, besonders im Nordosten, direkt im Elend. Mit falschen Besitztiteln und gewaltsamen Räumungen vertrieben Banden der Großgrundbesitzer und ausländischer Konzerne in den letzten Jahren über eine Million Kleinbauern von ihrem Land. Gewerkschaften und Oppositionsparteien unterstützen die Forderung nach einer Landreform.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457